

## Bestandsaufnahme und Nutzungsmöglichkeiten amtlicher Mikrodaten der DDR für Sekundäranalysen zur Bildungs- und Einkommensungleichheit

Schimpl-Neimanns, Bernhard; Wirth, Heike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schimpl-Neimanns, B., & Wirth, H. (1994). *Bestandsaufnahme und Nutzungsmöglichkeiten amtlicher Mikrodaten der DDR für Sekundäranalysen zur Bildungs- und Einkommensungleichheit*. (ZUMA-Arbeitsbericht, 1994/06). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70158>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA-Arbeitsbericht 94/06

**Bestandsaufnahme und Nutzungsmöglichkeiten  
amtlicher Mikrodaten der DDR für Sekundäranalysen  
zur Bildungs- und Einkommensungleichheit**

*Bernhard Schimpl-Neimanns  
Heike Wirth*

September 1994

ZUMA  
Quadrat B2,1  
Postfach 12 21 55  
68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246 - 263/269  
Telefax: (0621) 1246 - 100  
E-mail [nachname@zuma-Mannheim.de](mailto:nachname@zuma-Mannheim.de)





## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung .....	1
I. Zusammenfassende Darstellung der Bevölkerungserhebungen der amtlichen Statistik der DDR.....	5
1. Volkszählung 1981 .....	5
2. Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988.....	7
3. Statistik des Haushaltsbudgets 1982 bis 1990 .....	9
4. Zeitbudgeterhebungen 1985 und 1990 .....	11
5. Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1987/88 .....	12
6. Datenzugang .....	13
II. Zum Analysepotential amtlicher Bevölkerungserhebungen der DDR am Beispiel ausgewählter Fragestellungen der Sozialstrukturforschung: Bildungsbeteiligung, Familiengründung, Einkommensverteilung und Lebensführung.....	17
1. Bildungsbeteiligung, Familiengründung.....	17
1.1 Die Entwicklung herkunftsspezifischer Ungleichheiten im Bildungssystem .....	19
1.1.1 Probleme des Vergleichs von herkunftsspezifischen Ungleichheiten .....	25
1.1.2 Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse .....	25
1.1.3 Soziale Gruppen in der Gesellschaft .....	27
1.1.4 Datenlage .....	28
1.1.4.1 Bildungsangaben in den amtlichen Bevölkerungserhebungen der DDR.....	28
1.1.4.1 Bildungsangaben in der westdeutschen amtlichen Statistik .....	34
1.2 Der Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten im Bildungssystem und seine Auswirkungen auf den Familiengründungsprozeß .....	36
1.2.1 Datenlage .....	39
1.2.1.1 Amtliche Bevölkerungserhebungen der DDR .....	39
1.2.1.2 Bundestatistik .....	40
2. Einkommensdaten der DDR-Statistik und ihr Analysepotential für die Ungleichheitsforschung.....	42
2.1 Einleitung .....	42
2.2 Probleme des Vergleichs von Einkommensverteilungen.....	45
2.3 Funktionen von persönlichen Erwerbseinkommen .....	46
2.3.1 Problemstellung und theoretische Ansätze.....	46

2.3.2	Daten der Einkommensstichprobe.....	50
2.4	Zur Analyse von Haushaltseinkommen.....	53
2.4.1	Problemstellung und theoretische Ansätze.....	53
2.4.2	Daten der Statistik des Haushaltsbudgets.....	56
2.5	Zur Analyse von Konsummustern als Indikator des Lebensstils.....	58
2.5.1	Problemstellung und theoretische Ansätze.....	58
2.5.2	Daten der Statistik des Haushaltsbudgets und der Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen 1988.....	61
2.6	Einkommensangaben in der Bundesstatistik.....	63
III.	Literatur.....	66
IV.	Anhang	
1.	Zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Erhebungseigenschaften.....	77
2.	Tabellarische Darstellung der Erhebungsmerkmale.....	88
2.1	Statistik des Haushaltsbudgets (Ost) 1988/1989..... Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten (Ost) 1988 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (West) 1988	89
2.2	Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (Ost) 1981 ..... Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung (West) 1987 Mikrozensus-Grundprogramm (West)	107
2.3	Zeitbudgeterhebung (Ost) 1985..... Zeitbudgeterhebung (Ost) 1990 Zeitbudgeterhebung (Ost/West) 1991/92 Sondererhebung (Ost) 1987/88	120

## Vorbemerkung

Mit der deutschen Vereinigung haben sich zwei Gesellschaftssysteme zusammengeschlossen, die gerade im Bereich 'soziale Ungleichheit' durch unterschiedliche Wirkungskräfte und gesellschaftliche Deutungsmuster gekennzeichnet waren. Mit der DDR ist ein Gesellschaftssystem zusammengebrochen, in welchem, im Zuge umfassender Gleichschaltungsprozesse, der Etablierung (planwirtschaftlich gesteuerter) sozialer Gleichheit eine wichtige legitimierende Rolle zukam. Die deutsche Vereinigung bringt die Übertragung des westdeutschen sozialen Marktmodells und die ihm immanenten Ungleichheitsmechanismen auf die ostdeutsche Gesellschaft mit sich. Während sich der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten für die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung primär in einer höheren finanziellen Belastung zeigt, hat der schnelle und radikale Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei den meisten Menschen in Ostdeutschland zu einer gravierenden Veränderung ihrer Lebensbedingungen geführt. Es ist inzwischen offensichtlich, daß das Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaften noch auf Jahre hinaus durch soziale Vergleichsprozesse bestimmt sein wird. Dies ist einmal der Vorher-Nachher-Vergleich und zum anderen der Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Diese Vergleichsprozesse werden in unterschiedlicher Weise zur Akzeptanz der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen beitragen.

Die Erfassung und Beschreibung des Transformationsprozesses, wie auch seiner Auswirkungen auf soziale Differenzierungsmuster setzt umfangreiche Informationen voraus. Dies bezieht sich nicht nur auf die unmittelbaren Veränderungen seit der Vereinigung. Zum Verständnis von Veränderungsprozessen und den ihnen zugrundeliegenden Mechanismen sind darüber hinaus - neben Theorien - immer auch Kenntnisse über den Ausgangszustand, d.h. die sozialen Strukturen der DDR-Gesellschaft nötig. So werden zum Beispiel detaillierte Informationen über die herkunftsspezifische Bildungsbeteiligung, die Zusammenhänge zwischen Bildung und Beruf oder die Determinanten von ungleichen Erwerbseinkommen benötigt.

Für die Zeit ab 1990 stehen der Sozialforschung fundierte Daten zur Verfügung. Mit der Ausweitung des Sozio-ökonomischen Panels auf das Gebiet der ehemaligen DDR, der ALLBUS-Baselinestudie und den folgenden ALLBUS-Umfragen, dem Wohlfahrtssurvey, dem Arbeitsmarktmonitor und weiteren Erhebungen läßt sich der soziale und gesellschaftliche Wandel seit der Vereinigung gut verfolgen. Diese Daten erlauben umfangreiche Analysen hinsichtlich Erwerbsbeteiligung, Berufsstruktur, Einkommens- und Versorgungslagen sowie Einstellungen zu verschiedenen Themenbereichen. Die Übernahme der Bundesstatistik<sup>1</sup> in den neuen Bundesländern, insbesondere die Einführung des Mikrozensus im Jahr

---

1 Unter dem Begriff der Bundesstatistik wird hier ganz allgemein das System der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik verstanden. Zu den im Bundesstatistikgesetz geregelten Ordnungsprinzipien der amtlichen Statistik gehören die fachliche und regionale Dezentralisierung und die Legalisierung.

1991, ermöglicht darüber hinaus auch eine Beobachtung der Transformationsprozesse auf einer breiten Datenbasis, auch bei kleinräumigen Differenzierungen.

Im Unterschied hierzu bestehen - insbesondere bezüglich sozialer Differenzierungsprozesse in der DDR-Gesellschaft - bis 1990 erhebliche Informationsdefizite. So findet man für den Zeitraum bis zur Wende beispielsweise kaum empirische Analysen in bezug auf soziale Differenzierungen am 'Arbeitsmarkt', geschlechtsspezifische Ungleichheiten, herkunftsspezifische Bildungsunterschiede, Einkommens- und Vermögensdifferenzierungen oder soziale Differenzierungen zwischen spezifischen Familien- und Haushaltsformen. D.h. es fehlen zum Teil grundlegende Informationen, die etwa einen Vergleich zwischen der DDR und den neuen Bundesländern oder der DDR und der Bundesrepublik ermöglichen würden.

Diese Informationsdefizite, aufgrund derer die Sozialstruktur der DDR in mancher Hinsicht noch immer eine Art 'terra incognita' darstellt, sind einerseits darauf zurückzuführen, daß die empirische Sozialforschung der DDR einigen gravierenden Einschränkungen unterlag. So wurde die Sozialstrukturforschung erst Ende der sechziger Jahre mit der Gründung eines Arbeitskreises und kleineren empirischen Studien aufgebaut. Ab Mitte der siebziger Jahre mußten sozialwissenschaftliche Befragungen dann angemeldet und durch den Ministerrat der DDR genehmigt werden. Bestimmte, politisch sensible Bereiche durften zum Teil nicht angeschnitten, erfragt oder veröffentlicht werden (Berger 1992; Meier 1991). Zu diesen Tabus gehörten unter anderem Staats- und Parteiführung, Einkommen und Armut, sowie Untersuchungen von Bildungs- und Berufschancen. Neben der wissenschaftlichen Einengung der Forschungsfragen bestanden außerdem Restriktionen bei der Auftragsforschung für die Staats- und Parteiführung, deren Ergebnisse nur diesen Stellen zur Verfügung standen und nicht wissenschaftlich diskutiert werden konnten (Köhler 1991:117). Zudem ist die Generalisierbarkeit vorliegender Sozialstrukturuntersuchungen der DDR-Soziologen insofern erschwert, als die Studien häufig auf kleineren Umfragen ausgewählter Betriebe und Personengruppen basieren.

Andererseits wurden von der amtlichen Statistik zwar in regelmäßigen Abständen repräsentative Bevölkerungserhebungen durchgeführt, die zumindest für die wichtigsten Bevölkerungsgruppen detaillierte sozialstrukturelle Analysen ermöglicht hätten. Insofern solche Analysen von seiten der amtlichen Statistik tatsächlich vorgenommen wurden, unterlagen sie dann aber in aller Regel ebenfalls Geheimhaltungsvorschriften.<sup>2</sup> Den Maßstab für Veröffentlichungen empirischer Sachverhalte ohne Geheimhaltungsgrad bildete das Statistische Jahrbuch der DDR.<sup>3</sup> Das Programm der Statistischen Jahrbücher

---

<sup>2</sup> So wurden beispielsweise seit Ende der sechziger Jahre keine Daten mehr zum Thema herkunftsspezifischer Bildungschancen veröffentlicht.

<sup>3</sup> Von den Ergebnisse der Volkszählung 1981 wurden bspw. nur Altersgliederungen und einige wenige Informationen zu Haushalten in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlicht. Eine ausführlichere Darstellung ausgewählter Ergebnisse dieser Zählung, in dem von der SZS herausgegebenen Band "Volks-, Beruf-, Wohnraum- und Gebäudezählung

wurde hierbei durch die SED-Führung festgelegt (Hagemann 1993:2). Auch für Wissenschaftler waren Zugang und Nutzung von amtlichen Daten in der Regel nur in Form veröffentlichter Ergebnisse möglich. Von den wenigen westdeutschen Soziologen, die überhaupt über die Sozialstruktur der DDR gearbeitet hatten, konnten ebenfalls nur veröffentlichte Daten unbekannter und oft angezweifelter Güte verwendet werden.

Zumindest die defizitäre Datenlage hat sich inzwischen entscheidend gebessert. Das Zentralarchiv in Köln hat eine umfangreiche Datensicherung für sozialwissenschaftliche Erhebungen der DDR betrieben, die interessierten Forschern zu Analysezwecken zur Verfügung stehen. Weiterhin liegen inzwischen auch eine Reihe von Kennziffernsammlungen auf der Basis von amtlichen Daten der DDR vor, die über das Statistische Bundesamt bezogen werden können. Für Forscher, die darüber hinaus an einem verallgemeinerbaren Bild über die Verteilung von Lebenslagen in der DDR-Gesellschaft interessiert sind, stellen die **amtlichen Bevölkerungserhebungen, soweit sie noch als Individualdaten vorliegen**, eine der wichtigsten Informationsquellen dar. Diese Daten enthalten zwar keine Angaben zu subjektiven Sachverhalten, wie z.B. Einstellungen, aber doch eine Vielzahl sogenannter 'harter' Daten beispielsweise zu Einkommen, Ausbildung, Beruf, Haushaltszusammenhang etc., die für sozialstrukturelle Analysen gut geeignet sind. Hinzu kommt, daß es sich hierbei um - im Vergleich zu sozialwissenschaftlichen Erhebungen - Datenbestände mit relativ großer Fallzahl handelt, die auch feiner differenzierte Analysen ermöglichen.

Daß diese Daten bislang nur relativ selten zu Analysen des Transformationsprozesses genutzt werden, liegt zum einen vermutlich daran, daß zum Teil nicht bekannt ist, daß es diese Erhebungen gibt, welche Merkmale sie enthalten und wie sich der Datenzugang gestaltet. Zum anderen werden viele Forscher auch generelle Zweifel an der Zuverlässigkeit und Qualität veröffentlichter wie auch unveröffentlichter Daten der amtlichen Statistik haben. Wegen solcher Zweifel haben Sozialforscher nach der Vereinigung teilweise den Schluß gezogen, man solle diese Schwierigkeiten umgehen und vorerst auf Rekonstruktionsversuche verzichten (vgl. Hartmann 1991:101). Dagegen ist einzuwenden, daß anstatt genereller Zweifel an der Qualität von DDR-Daten eine kritische Durchsicht nötig ist.<sup>4</sup> Diese Intention spiegelt sich auch in einer Erklärung der Deutschen Statistischen Gesellschaft von 1993 wider, in der es heißt: "Die Deutsche Statistische Gesellschaft sieht es als einmalige historische Aufgabe an, dieses Datenmaterial (gemeint sind die statistischen Datenbestände der DDR, d.V.) zu sichern, zu dokumentieren und so aufzubereiten, daß künftige Forschungen möglich werden (...)" (Historical Social Research 1993:113).

---

am 31. Dezember 1981 in der Deutschen Demokratischen Republik" war ausschließlich für den Dienstgebrauch bestimmt (Daniel 1994:26).

<sup>4</sup> Dabei sollte der Maßstab für die Datenqualität nicht höher liegen als bei sozialwissenschaftlichen Umfragen oder amtlichen Daten in der Bundesrepublik.

In diesem Kontext steht auch das bei ZUMA in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt - Zweigstelle Berlin - durchgeführte Projekt "Mikrodaten-DDR".<sup>5</sup> Ziel dieses Projektes war es, die relevanten (noch maschinenlesbar vorliegenden) Bevölkerungserhebungen der DDR-Statistik<sup>6</sup> und ihre Inhalte (Merkmale) zu dokumentieren, die Datenqualität zu evaluieren und Nutzungsmöglichkeiten für die Ungleichheitsforschung aufzuzeigen sowie die Datenzugangsmöglichkeiten zu klären. Die ausführliche Dokumentation der Projektergebnisse, welche es jedem potentiellen Datennutzer ermöglicht, zu prüfen, inwieweit diese Daten seinen spezifischen Auswertungsinteressen gerecht werden, kann bei der Geschäftsstelle der KSPW in Halle eingesehen werden.

Mit diesem Arbeitsbericht<sup>7</sup>, der in wesentlichen Teilen auf den Projektergebnissen beruht, wollen wir Anregungen dazu geben, wie das Analysepotential der amtlichen Einzeldaten der DDR für sozialstrukturelle Untersuchungen genutzt werden kann, wobei auch Aspekte der Validität und Vergleichbarkeit<sup>8</sup> angesprochen werden sollten.

Hierzu werden zunächst die wichtigsten Bevölkerungserhebungen, d.h. Volkszählung 1981, Einkommensstichprobe 1988, Statistik des Haushaltsbudgets 1982 bis 1990, die Zeitbudgeterhebungen 1985 und 1990 sowie die Erhebung zur Inanspruchnahme sozialer und kultureller Leistungen 1987/1988 (im folgenden: Sondererhebung) und ihre spezifischen Besonderheiten skizziert. In einem zweiten Abschnitt wird die Frage des Datenzugangs thematisiert. Daran anschließend wird das Analysepotential dieser Daten am Beispiel der Merkmale 'Bildung' und 'Einkommen' ausführlich diskutiert. Eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Erhebungseigenschaften sowie eine tabellarische Übersicht der Erhebungsmerkmale kann dem Anhang entnommen werden.

---

<sup>5</sup> Das Projekt wurde von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW) finanziell unterstützt, der wir hierfür herzlich danken.

<sup>6</sup> Aufgrund des Mangels an Magnetbändern galten im SZS kurze Aufbewahrungsfristen von 10 Jahren für die Bevölkerungsstichproben. Um Raum für neue Erhebungen zu schaffen, wurden alte Files unkopiert bzw. gelöscht. Noch vor der Vereinigung wurden wichtige Daten beim Kopieren der Magnetbänder durch technische Pannen zerstört. Aus diesen Gründen sind Einzeldaten der Stichproben nur noch für die achtziger Jahre und auch hier nur noch teilweise vorhanden.

<sup>7</sup> Wir danken Erhard König, Wolfram Schilling, Peter Hartmann und Paul Lättlinger für hilfreiche und kritische Kommentare zu einer früheren Version dieses Arbeitsberichtes.

<sup>8</sup> Unter dem Stichwort Vergleichbarkeit sind auch die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zu beachten, die DDR-Daten nach Standards der Bundesstatistik zu transformieren, um Zeitreihen etc. zur Verfügung zu stellen. Für den Ost-Westvergleich sind diese "Rückrechnungen" von Bedeutung, da sie wesentliche Komplikationen vergleichender Sozialforschung ausräumen können und ein hoher statistisch-methodischer Standard zu erwarten ist. Die konzeptuellen Überlegungen dazu sind jedoch von den Statistischen Ämtern noch nicht abgeschlossen.

## **I. Zusammenfassende Darstellung der Bevölkerungserhebungen der amtlichen Statistik der DDR**

### **1. Volkszählung 1981<sup>9</sup>**

Neben dem bereits genannten Problem der politischen Selektivität in veröffentlichten Statistiken der DDR besteht ein weiteres Problem darin, daß in Umfragen und einer Reihe amtlicher Statistiken eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, der sogenannte X-Bereich, nicht enthalten ist. Zum X-Bereich zählte die Nationale Volksarmee, die Polizei mit Strafvollzug und Feuerwehr, Zoll, Grenztruppen, Staatssicherheit, Parteien, Massenorganisationen, einschließlich Verlage und Druckereien dieser Einrichtungen sowie die Wismut-AG. Informationen zu diesem X-Bereich wie auch den hier beschäftigten Personen durften von der amtlichen Statistik nicht nur nicht veröffentlicht, sondern in den Bevölkerungserhebungen gar nicht erst erhoben werden. Hiervon ausgenommen waren nur die Volkszählungen. Hier kam man nicht umhin, das ganze Volk zu zählen, d.h. auch die Personen, die im X-Bereich tätig waren und ihre Haushaltsmitglieder.

Die Volkszählungen sind daher die einzigen Bevölkerungsbefragungen der DDR, in welchen Angaben über die Erwerbsbeteiligung und Berufsstruktur der gesamten Wohnbevölkerung enthalten sind. In allen anderen amtlichen Bevölkerungserhebungen sind die im X-Bereich beschäftigten Personen und ihre Haushaltsangehörigen nicht erfaßt. Der X-Bereich ist auch in den Berufstätigenerhebungen bis 1989 und dem 'Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen' nicht enthalten (Dietz/Rudolph 1990). Da diese Erhebungen zugleich die Grundlage für die in den Statistischen Jahrbüchern der DDR veröffentlichten Zahlen der erwerbstätigen Bevölkerung waren, bedeutet dies, daß auch hier der X-Bereich fehlt. Das heißt, wer sich auf der Basis der Statistischen Jahrbücher beispielsweise über die Gesamtverteilung der Erwerbstätigen auf Branchen oder bezüglich ihrer Ausbildungsabschlüsse etc. informieren will, ist damit konfrontiert, daß hier ein nicht geringer Anteil der Beschäftigten ausgeklammert ist. Um die Größenordnung zu verdeutlichen: Nach einem Vergleich der Volkszählung und der Berufstätigenerhebung waren 1981 (aktuellere Zahlen stehen nicht zur Verfügung) circa 715.000 Personen (Wedel 1993), d.h. knapp acht Prozent aller Erwerbstätigen, im X-Bereich tätig.

Vor diesem Hintergrund stellen die Volkszählungen hinsichtlich sozialstruktureller Analysen eine der elementarsten Informationsquellen dar. Allerdings nicht deshalb, weil über einen Vergleich von Volkszählungsdaten und anderen Bevölkerungserhebungen der Umfang des selektiven Ausschlusses dieser Personengruppe und ihrer Haushaltsmitglieder ermittelt und beurteilt werden könnte. Dies ist mit den Volkszählungsdaten nicht mehr möglich, da schon im Rahmen der Erhebung wie auch bei der Datenaufbereitung die Angaben zur ausgeübten Tätigkeit und zum Wirtschaftszweig so verkodet wurden, daß

---

<sup>9</sup> Diese Zusammenfassung basiert in weiten Teilen auf den Arbeitsberichten von Schilling (1993a,b).



eine eindeutige Zuordnung des X-Bereichs nahezu ausgeschlossen ist.<sup>10</sup> Eine wichtige Datenquelle sind die Volkszählungen deshalb, weil ihnen umfassende Angaben für die gesamte DDR-Gesellschaft entnommen werden können und sie daher unersetzlich für die Rekonstruktion der Sozialstruktur der DDR sind (vgl. auch Daniel 1994).

Maschinenlesbare Einzeldaten sind noch für die letzten beiden Zählungen von 1971 und 1981 vorhanden, wir werden uns im folgenden allerdings auf die aktuellere Zählung, d.h. auf die Volkszählung 1981 (im folgenden: VZ81) beschränken, mit der zugleich auch eine Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung durchgeführt wurde.

Im einzelnen enthält die VZ81 demographische Angaben über alle zu einem Haushalt gehörenden Personen, Informationen über Schulbesuch und Berufstätigkeit, allgemeinbildende und berufliche Bildungsabschlüsse, Einkommensarten (allerdings nicht über die Höhe des Einkommens) etc. Des weiteren stehen zur Haushalts- und Familienstruktur, zum generativen Verhalten und zur Wohnsituation vielfältige und regionalisierbare Merkmale zur Verfügung.

Darüber hinaus wurden in der VZ81 auch eine Vielzahl von Wohnungs- und Gebäudeinformationen erhoben, wie beispielsweise Eigentumsform, Geschößzahl, Bauzustand, Wohnungsfläche und Raumzahl, sowie die Ausstattungsmerkmale Heizung, Wasserleitung, Toilette, Bad/Dusche. Diese Angaben erlauben vielfältige Analysen zur Wohnsituation. In Zusammenhang mit den eingangs erwähnten politischen Restriktionen bei Bevölkerungsumfragen ist erwähnenswert, daß das Baualter der Wohnung bzw. des Hauses in der VZ81 ebenfalls erfaßt werden sollte und bereits als Frage in den Erhebungsbögen enthalten war. Aufgrund einer Intervention von seiten der SED, die unerwünschte Ergebnisse befürchtete, durfte diese Frage dann aber nicht gestellt werden (Hagemann 1993; Wedel 1993).

Unter familiensoziologischen Gesichtspunkten bietet die Volkszählung 1981 interessante Auswertungsmöglichkeiten zum Haushaltszusammenhang und zur Familienentwicklung. Während die Bundesstatistik, zum Beispiel im Mikrozensus, aus rechtlichen Gründen keine Angaben über die Zahl aller von einer Frau geborenen Kinder mehr erheben kann, enthält die Volkszählung 1981 diese Information; daneben auch das Eheschließungsjahr der bestehenden Ehe und Informationen über Mutter-Kind-Beziehungen.

Eine weitere, positiv zu bewertende Besonderheit der Daten ist auch darin zu sehen, daß bei Personen, die nicht mehr erwerbstätig waren, die vormalige betriebliche Stellung erfragt wurde. Somit sind auch für diese Personengruppe differenzierte Zuordnungen nach der sozio-ökonomischen Lage möglich.

---

<sup>10</sup> Beispielsweise sind beim Merkmal "Ausgeübte Tätigkeit" die Beschäftigten des X-Bereichs als Angehörige der bewaffneten Organe bzw. Sonstige Behördenangestellte kodiert.

Die "rückgerechnete" Ergebnisdarstellung der Volkszählung 1981 der DDR wird sich am Konzept der Bundesstatistik orientieren (vgl. insbesondere Wedel 1993). Die Diskussion über die Art und den Umfang der "Rückrechnung" ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Im bisherigen Konzept sind aus der Sicht der Ungleichheitsforschung nur wenige und zu grob gegliederte Auswertungen vorgesehen. Zum Beispiel sollen Tabellierungen der Erwerbstätigen nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig vorgenommen werden (Wedel 1993:35). Diese Ergebnisdarstellung dürfte für die Ungleichheitsforschung nur wenige Analysemöglichkeiten bieten. Nötig wären vielmehr mehrdimensionale Tabellen, z.B. nach Berufsgruppe, Wirtschaftszweig, Bildungsqualifikation und demographischen Merkmalen. Diese Auswertungen sollten zugleich Haushaltszusammenhänge abbilden, um beispielsweise Fragen zur Berufs- und Bildungshomogamie von Ehepaaren oder zu schichtspezifischen Schulbesuchsraten bearbeiten zu können.

## **2. Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988<sup>11</sup>**

Die Einkommensstichprobe ist für die Ungleichheitsforschung insofern relevant, als mit ihr Untersuchungen zu den in der DDR-Gesellschaft tabuisierten Themen "Schichtung von Erwerbseinkommen" sowie zur "Lohn- und Sozialpolitik" durchgeführt werden können. Durch die Erfassung von Daten zur Ausstattung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern lassen sich zusätzlich Aussagen über die soziale und materielle Lage der Bevölkerung ableiten. Die Stichprobe wurde von 1959 bis 1965 jährlich, 1967 und 1970, bis 1980 mit zweijährigem Abstand und danach 1983, 1985 und 1988 durchgeführt. Von diesen Erhebungen ist jedoch nur noch die Stichprobe von 1988 als maschinenlesbarer Einzeldatensatz vorhanden.<sup>12</sup>

Das Fragen- bzw. Erhebungsprogramm 1988 umfaßte folgende Themenbereiche:

- **Allgemeine Angaben** (Bezirk, Betrieb, Soziale Zuordnung des Haushalts, Haushaltsgröße, Gemeindegrößengruppe),
- **Demographische Angaben aller Haushaltsmitglieder** (z.B. Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, Soziale Stellung etc.),
- **für alle Haushaltsmitglieder sämtliche Einkommen aus Berufstätigkeit** (Lohn, Prämie) sowie aus staatlichen und betrieblichen Leistungen (Rente, Stipendium, Krankengeld etc.),
- **einmalige Geldeinkommen der Haushaltsmitglieder für 1987 bzw. 1988** (Jahresendprämien, zusätzliche Belohnungen),

---

<sup>11</sup> Diese Zusammenfassung basiert auf den Arbeitsberichten von König (1992, 1993 a,b,c,d).

<sup>12</sup> Selbst wenn nur noch die Daten von 1988 maschinenlesbar verfügbar sind, bietet es sich an, in der Berliner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes nach Tabellen und Ergebnissen früherer Erhebungen zu fragen, die nicht publiziert sind, bzw. nicht publiziert werden durften.

- **Geldeinnahmen des Haushalts im Erhebungsmonat (Kindergeld, Geburtenbeihilfen, Unterhaltszahlungen für Kinder etc.),**
- **Einmalige Geldeinnahmen des Haushalts für 1987 bzw. 1988,**
- **Bestand an Konsumgütern, Gartenbesitz bzw. Nutzung eines Gartens oder Wochenendgrundstückes.**

Die Zielpopulation waren private Haushalte von Arbeitern und Angestellten einschließlich berufstätiger Rentner, wobei die Angaben zu den Haushaltsmitgliedern vom Befragten gemacht wurden (Proxy-Interviews). Die Verknüpfbarkeit von Personen innerhalb der Haushalte erlaubt daher sowohl Aussagen über soziale Ungleichheit zwischen Individuen, soziale Ungleichheit zwischen Haushalten als auch zur Ungleichheitslage innerhalb von Haushalten.

Die Stichprobe enthält rund 30.000 Haushalte mit ca. 80.000 Personen, die mittels eines geschichteten zweistufigen Auswahlverfahrens ausgewählt wurden.<sup>13</sup> Die erste Auswahlstufe umfaßte ausgewählte Betriebe, die zweite Stufe Arbeiter und Angestellte in diesen Betrieben. Die Einzelheiten des Stichprobenplans und seine spezifischen Besonderheiten sind bei König (1993a,f) detailliert dargestellt und werden hier nicht weiter ausgeführt. Es soll nur kurz auf zwei wichtige Aspekte hingewiesen werden.

Erstens fanden verschiedene Selektionen statt, die eine Hochrechnung der Stichprobenergebnisse für die gesamte Bevölkerung nicht ermöglichen. So blieben in der ersten Auswahlstufe (Auswahl der Betriebe) aus politischen Gründen alle Institutionen und Betriebe, die dem X-Bereich zuzurechnen waren, unberücksichtigt. Darüber hinaus wurden aus organisatorischen Gründen alle Formen der Produktionsgenossenschaften, halbstaatliche und private Betriebe bei der Auswahl nicht berücksichtigt, da der Anteil der hier beschäftigten Arbeiter und Angestellten nur gering war. In der zweiten Auswahlstufe (Auswahl der Personen) erfolgte ein weiterer systematischer Ausschluß von Zielpersonen (bzw. -haushalten), sofern ein Mitglied ihres Haushalts im X-Bereich tätig war. Ebenso wurden Haushalte ausgeschlossen, wenn der Haupteinkommensbezieher Genossenschaftsbauer, Mitglied einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks oder selbständig war.

Insbesondere der Ausschluß von Haushalten des X-Bereichs führt - aufgrund des höheren Lohnniveaus in diesen Einrichtungen - zu einem weiteren systematischen Fehler. Es ist allerdings nur annähernd möglich, diesen Fehler - auf der Basis von Geldbilanzen - zu quantifizieren. Danach lag das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten im X-Bereich etwa um sechs

---

<sup>13</sup> Die Teilnahme an der Einkommensstichprobe war freiwillig. Zwischen 1985 und 1988 kam es zu einem Anstieg der Ausfälle von einem auf rund fünf Prozent der Haushalte. Als Gründe für den Anstieg der Ausfallquoten werden u.a. angeführt, daß die Bedenken hinsichtlich der Anonymität in der Bevölkerung gestiegen und daß 1988 Zinsen gesondert erfaßt wurden, was in den vorangegangenen Erhebungen nicht der Fall war (König 1993a:12).

Prozent und das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen um etwa zehn Prozent höher als jenes der Arbeiter und Angestellten in der Einkommensstichprobe (König 1993f:10f).

Zweitens, da die zu befragenden Haushalte über Betriebe ausgewählt wurden, hatten Haushalte mit mehreren Einkommensbeziehern eine größere Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Den hierdurch entstandenen systematischen Fehler, versuchte man von seiten der amtlichen Statistik mittels eines Verfahren der Anpassung von Randverteilungen (Doppelung von Sätzen) der Stichprobe auf (geschätzte) Strukturdaten nach Haushaltsgröße und Zahl der Einkommensbezieher zu korrigieren (vgl. König 1993c:10). Zu diesem Zweck wurden Daten der VZ81, des Einwohnerdatenspeichers, der Bevölkerungs- und Arbeitskräftestatistik sowie der Geldbilanz und der Lohnstatistik genutzt. Diese Vorgehensweise ist insofern nicht ganz unproblematisch, als die zur Anpassung herangezogenen Daten zum Teil, wie z.B. die VZ81 oder die Geldbilanz, auch Angaben zu dem in der Einkommensstichprobe nicht erfaßten X-Bereich enthalten. Wenn nun die dem X-Bereich zugerechneten Personen (Haushalte) bezüglich der zur Anpassung verwendeten Merkmale andere Randverteilungen aufweisen als die nicht dem X-Bereich zugeordneten Personen (Haushalte), können aufgrund der Gewichtung weitere Fehler entstehen.<sup>14</sup> Allerdings sollte dieser Kritikpunkt nicht überbewertet werden, da das Problem der Homogenität der Gewichtungsklassen bei der Anpassung an bekannte Randverteilungen der Population bei vielen amtlichen und sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen zu vermuten ist (vgl. Schnell 1993).

### **3. Statistik des Haushaltsbudgets 1982 bis 1990<sup>15</sup>**

Die seit 1960 durchgeführte Statistik des Haushaltsbudgets ist für die Sozialstrukturforschung von großer Bedeutung, da nur hier detaillierte Verbrauchsangaben und Einkommensdaten der Haushalte erfaßt wurden, die es ermöglichen, zahlreiche Aspekte der Lebensführung zu untersuchen. Da die Erhebung nach der Vereinigung bis Ende 1992 fortgesetzt wurde, können die sozialen und materiellen Lagen unterschiedlicher Haushaltstypen vor und nach der Systemtransformation untersucht werden. Maschinell lesbare Einzeldaten liegen allerdings nur für den Zeitraum ab 1982 vor.

Mit dem Fragenprogramm wurden folgende Merkmale des Haushalts erhoben (vgl. König 1992):

- **allgemeine und demographische Merkmale zur Charakterisierung des Haushalts** (Zahl der Personen im Haushalt nach Alter und Geschlecht, Zahl der Einkommensbezieher nach Einkommensart, Angaben der beruflichen Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers und der Berufstätigkeit des Ehegatten),
- **Ausstattung mit langlebigen technischen Konsumgütern,**

---

<sup>14</sup> Zur grundsätzlichen Problematik von Gewichtungen vgl. Gabler/Hoffmeyer-Zlotnik/Krebs (1994).

<sup>15</sup> Diese Zusammenfassung basiert auf König 1992; 1993a,b,c,d.

- **sämtliche monatlichen Geldeinnahmen und Ausgaben mittels Haushaltsbuch,**
- **Mengenangaben von Warenkäufen mittels Haushaltsbuch (ausgewählte Genußmittel, Schuhe, Textilien, Bekleidung; ohne Nahrungsmittel, die gesondert 1984 und 1989 mengenmäßig erhoben wurden),**
- **Anzahl der Tiere in der persönlichen Wirtschaft.**

Die Stichprobe umfaßte rund 3.800 Haushalte, von denen circa 3.400 jeweils mindestens über die Dauer eines Jahres ein monatliches Haushaltsbuch führte. Bei den verbleibenden 400 Haushalten wurde rotiert, d.h. diese Haushalte wurden alle drei Monate durch neue ersetzt.

Im Unterschied zu der oben besprochenen Einkommensstichprobe, in der nur Haushalte erfaßt wurden, deren Haupteinkommensbezieher zu der Gruppe der Arbeiter oder Angestellten gehörte, wurden im Haushaltsbudget auch Haushalte von LPG-Mitgliedern und nicht-erwerbstätigen Rentner einbezogen.<sup>16</sup>

Wie schon bei der Einkommensstichprobe, sind auch beim Haushaltsbudget bei der Datenanalyse und der Interpretation der Ergebnisse einige wichtige Aspekte zu berücksichtigen:

- (-) Die Teilnahme an der Erhebung war (wie auch bei der Einkommensstichprobe) freiwillig. Das bedeutet, daß zum Teil auch Haushalte der festen Stichprobe im Laufe eines Berichtsjahres ausgeschieden sind. Diese wurden zwar - sofern möglich - durch Haushalte ähnlicher Strukturen ersetzt. Aber es ist daher nicht möglich, die Einnahmen und Ausgaben einzelner und identischer Haushalte über das Berichtsjahr exakt zu verfolgen.
- (-) Die Daten wurden nur auf Haushaltsebene erfaßt. Eine personenbezogene Analyse ist nicht möglich.
- (-) Auch im Haushaltsbudget wurden bestimmte soziale Gruppen aus der Erhebung ausgeklammert. Dazu gehörten Haushalte, deren Mitglieder im X-Bereich tätig waren, deren Haupteinkommensbezieher in Produktionsgenossenschaften (mit Ausnahme der LPGen) oder als Selbstständiger tätig war. Dies bringt zum einen mit sich, daß für diese Gruppen keine Aussagen auf Basis des Haushaltsbudget getroffen werden können. Zum anderen führt der Ausschluß des X-Bereichs - bezogen auf Arbeiter- und Angestelltenhaushalte - dazu, daß in der Statistik des Haushaltsbudgets das Haushaltsnettoeinkommen im Vergleich zu volkswirtschaftlichen Makrogrößen um circa vier Prozent unterschätzt wird.
- (-) Bei der Statistik des Haushaltsbudgets handelt es um eine geschichtete Quotenstichprobe. Geschichtet wurde nach der sozialen Gruppe des Haupteinkommensbeziehers, der Haushaltsgröße und der Höhe der Einkommen aus Erwerbstätigkeit.<sup>17</sup> Damit auch Ergebnisse für kleinere Gruppen auf ausreichenden Fallzahlen beruhen können, wurde teilweise disproportional geschichtet. Die Verteilung der LPG-Mitglieder und der Rentner entspricht dabei nicht ihrem tatsächlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung: die LPG-Mitglieder sind überrepräsentiert (21 Prozent gegenüber 6 Prozent in der Gesamtbevölkerung), die Rentner unterrepräsentiert (11 Prozent

<sup>16</sup> Nach der Vereinigung wurden in die Stichprobe auch Haushalte aufgenommen, deren Haushaltsvorstand arbeitslos war (Münich 1993a).

<sup>17</sup> Eine ausführliche Darstellung der Stichprobenpläne von 1981 bis 1990 findet sich bei König 1993h,i.

gegenüber 25 Prozent). Weiterhin wurden auch die Quotenvorgaben nicht immer erreicht. Die realisierte Stichprobe weist daher Unter- und Übererfassungen im Vergleich zum Quotenplan auf. Diese Abweichungen wurden wiederum mit einer Anpassung an Strukturdaten (Doppelungsverfahren), unter anderem aus der Volks- und Berufszählung 1981 und der Geldbilanz, ausgeglichen. Auf das grundsätzliche Problem einer Anpassung anhand von Daten, die aus der Stichprobe ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen enthält, wurde schon oben hingewiesen. Hier kommt jedoch hinzu, daß eine Gewichtung als Mittel um 'Repräsentativität' zu erlangen, bei Quotenstichproben im allgemeinen insofern kritisch ist, als die Teilnahme- bzw. Ausfallprozesse während der Erhebung nicht oder nicht gründlich genug bekannt sind.

#### **4. Zeitbudgeterhebungen 1985 und 1990<sup>18</sup>**

Das Potential von Zeitbudgetdaten für die Analyse von Aspekten der Lebensführung wurde von der empirischen Sozialforschung und der amtlichen Statistik bisher kaum beachtet. Das Statistische Bundesamt führte erstmals 1991/92 eine Zeitbudgeterhebung durch. Im Unterschied hierzu wurden in der DDR von 1966 bis 1990 insgesamt acht Zeitbudgetstudien durchgeführt, davon vier Stichproben durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bzw. das Statistische Amt der DDR und zwar 1974, 1980, 1985 und 1990. Als maschinenlesbare Files liegen jedoch nur noch die Erhebungen von 1985 und 1990 vor.

Das zentrale Ziel dieser Stichproben galt der Frage, wie die 'arbeitsfreie' Zeit für Freizeittätigkeiten und Hausarbeiten verwendet wurde und welche Belastungen Familien durch hauswirtschaftliche Tätigkeiten hatten. Das Frageprogramm 1990 wurde in Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern konzipiert und enthält im Unterschied zu anderen amtlichen Erhebungen auch Fragen nach der Zufriedenheit mit bestimmten Lebensbereichen.

Hiervon abgesehen, waren die Erhebungsprogramme 1985 und 1990 weitestgehend gleich. Im einzelnen wurden folgenden Merkmalskomplexe erfaßt (vgl. König 1993e):

- **Angaben zum Haushalt** (z.B. Haushaltstypen, Gemeindegrößenklassen, Ausstattung mit technischen Konsumgütern etc.),
- **allgemeine und soziodemographische Angaben zur Person** (Bevölkerungsgruppe, Alter, Geschlecht, Stellung zum Haupteinkommensbezieher des Haushalts, Familienstand, allgemeinbildender und beruflicher Abschluß etc.),
- **Zeitprotokoll der jeweils befragten Person für einen ganzen Tag.** Hierbei wurden für einen festgelegten Tag alle ausgeübten Haupttätigkeiten in lückenloser Reihenfolge auf fünf Minuten genau aufgezeichnet. Weiterhin wurde auch der Zeitaufwand von gleichzeitig erfolgten Tätigkeiten (z.B. Radiohören, Lesen etc.) erfaßt. 1990 wurde darüber hinaus der Aufenthaltsort und Sozialkontakte während der jeweiligen Tätigkeiten erhoben.

---

<sup>18</sup> Diese Zusammenfassung basiert auf den Arbeitsberichten von König (1993a,b,c,d).

- **Zusätzlich** wurde 1990 die Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen erhoben. Darüber hinaus wurde auch erfaßt, wie häufig bestimmte Tätigkeiten, z.B. Theaterbesuch, Weiterbildung, Sport, Lesen etc. in der letzten Zeit ausgeübt wurden, und ob hierfür gerne mehr Zeit verwendet werden würde.

Die Zeitbudgeterhebungen erfolgten in Verbindung mit der Statistik des Haushaltsbudgets, so daß die oben genannten Probleme der Selektivität und der Gewichtung auch für diese Stichprobe gelten. Im Unterschied zum Haushaltsbudget, wurden in die Zeitbudgeterhebung 1985 nur Arbeiter- und Angestelltenhaushalte aufgenommen. 1990 wurden zusätzlich noch Rentnerhaushalte befragt. Ein individuelles Zeitprotokoll fertigten 1985 nur Haushaltsmitglieder im Alter von 16 bis unter 60 (Frauen) bzw. bis unter 65 Jahren (Männer) an. Bei Haushaltsmitgliedern, die außerhalb dieser Altersbegrenzungen lagen, wurde nur die Zeitverwendung für hauswirtschaftliche Tätigkeiten in summarischer Form erfaßt. 1990, als auch Rentnerhaushalte berücksichtigt wurden, entfiel die obere Altersgrenze. Der Stichprobenumfang betrug 1985 4.125 und 1990 5.400 Personen; 1990 umfaßte die Stichprobe 2.756 Haushalte.

## **5. Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1987/88**

Die letzte hier zu besprechende Erhebung der amtlichen Statistik der DDR ist die Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in privaten Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, die 1987/88 erstmalig und einmalig durchgeführt wurde.

Ziel dieser Stichprobe war es, wie auch aus der Bezeichnung hervorgeht, zu erfassen, in welchem Umfang kulturelle und soziale Leistungen von Personen und Haushalten in Anspruch genommen wurden und ob sich hierbei relevante Unterschiede beispielsweise in Abhängigkeit von Geschlecht, Schulbildung, Einkommen, Familiengröße ergeben. Zu diesen Zweck wurden Informationen zu folgenden Merkmalskomplexen erfaßt:

- Angaben zum Haushalt** (z.B. Bezirk, Bevölkerungsgruppe, Zahl der Personen im Haushalt, Haushaltsnettoeinkommensgruppe, Gemeindegrößengruppe)
- allgemeine Angaben zur Person** (z.B. Geburtsjahr, Geschlecht, soziale Stellung, Schul- und Ausbildungsmerkmale, Schulbesuch, Kinderbetreuung etc.)
- Komplex 'Gesundheitliche Betreuung'** (sechs Leistungsarten, Arztkonsultationen, Zahnarzt-konsultationen, diagnostische Untersuchungen, Rezepte, stationäre Behandlung und Kuren)
- Kultur & Sport** (Hauptleistungsarten: Anzahl der Besuche von Kino, Theater, Konzert, Museen, Kultur- und Klubhäuser, Zoo, Tiergärten, Zirkus, sonstigen Kulturveranstaltungen, Sportveranstaltungen, eigene sportliche Betätigung, Anzahl der ausgeliehenen Bücher in Bibliotheken)



- e) **Urlaub & Erholung:** Urlaubsanspruch, Ausflüge bzw. Kurzreisen, Inlands- und Auslandsreisen (Die Art und die Häufigkeiten wurden erfaßt.)
- f) **Gemeinschaftsverpflegung:** z.B. Werkküchenessen, Schulessen, Trinkmilch etc.

Wie schon das Zeitbudget, erfolgte auch die Sondererhebung in Verbindung mit der Statistik des Haushaltsbudget (1987/88). D.h., die für das Haushaltsbudget genannten Probleme der Selektivität und Gewichtung treffen auch für die Sondererhebung zu:

- (-) In die Sondererhebung wurden nur Arbeiter- und Angestelltenhaushalte einbezogen, d.h. die Daten erlauben auch nur Aussagen über diese Bevölkerungsgruppen. Die Arbeiter und Angestellten des X-Bereichs und ihre Haushaltsmitglieder blieben auch in dieser Erhebung ausgeklammert.
- (-) Der Erhebungszeitraum betrug wie beim Haushaltsbudget ein Jahr und erstreckte sich vom 1.11.1987 bis zum 31.10.1988. Die Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen wurde dabei auf Monatsbasis ermittelt.
- (-) Befragt wurden jeweils alle im Haushalt lebenden Personen. Die Daten erlauben sowohl eine personen- als auch eine haushaltsbezogene Auswertung. Im Schnitt beteiligten sich pro Monat 2.574 Haushalte mit 7.385 Personen an der Erhebung.

## 6. Datenzugang

Erhebungen der amtlichen Statistik stellen für die Untersuchung vieler Forschungsfragen eine wichtige und umfangreiche Datenressource dar. Auch wenn die von der Bundesstatistik veröffentlichten Tabellen sehr umfangreich und informativ sind, ist die Bearbeitung vieler Forschungsfragen erst auf Basis von Individualdaten möglich. Die Übermittlung von amtlichen Individualdaten an die Wissenschaft ist durch das Bundesstatistikgesetz geregelt.

Für Daten, die ab 1987 (vgl. BStatG 1987, §16, Abs.6) erhoben wurden, gilt das Kriterium der **faktischen Anonymität**. Danach dürfen "für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben (...) vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen und sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger Forschung übermittelt werden, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können (Dorer/Mainusch/Tubies 1988:87). Die Daten, die bis 1987 erhoben wurden, werden nur nach dem Prinzip der "absoluten Anonymität" weitergegeben. Das bedeutet, daß diese Individualdaten nur dann von den statistischen Ämtern übermittelt werden dürfen, wenn die enthaltenen Angaben dem einzelnen Befragten nicht mehr zuordenbar sind.

Wie bereits mehrfach erwähnt, unterlagen die Daten und Analyseergebnisse der amtlichen DDR-Statistik bis 1989 unterschiedlichen Geheimhaltungsstufen und waren nur einem sehr eingeschränkten Personenkreis zugänglich. Zwar wurden vereinzelt stark aggregierte Datenauszüge (z.B. aus dem Haus-



haltsbudget) an Forschungsinstitute weitergegeben, eine der Bundesstatistik vergleichbare (gesetzlich festgelegte) Übermittlungsregelung von Individualdaten an die Wissenschaft war in dem Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) jedoch nicht enthalten (vgl. Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 1975, Verordnung über Rechnungsführung und Statistik 1985).

Mit der Umstrukturierung der SZS in das Statistische Amt der DDR im Jahr 1990 wurde in dem Gesetz über die amtliche Statistik der DDR (StatG 1990, §3, Abs.3) erstmals die Möglichkeit einer Datenweitergabe formal festgehalten. Danach stellte das Statistische Amt auf Anforderung "von natürlichen und juristischen Personen auf vertraglicher Grundlage Sonderinformationen bei Wahrung der geltenden gesetzlichen Regelungen zur Geheimhaltung und zum Personendatenschutz" bereit. Damit war erstmals eine Übermittlung der bislang als Geheimsache behandelten Bevölkerungsstatistiken in anonymisierter Form möglich. Eine Differenzierung nach absoluter und faktischer Anonymität war hierbei nicht vorgesehen. Diese wurde erst eingeführt, als mit dem Vertrag über die Einheit der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 mit dem Bundesrecht auch alle Bundesstatistikgesetze für das Gebiet der ehemaligen DDR rechtswirksam wurden (Hölder 1992). Für die Bevölkerungsstatistiken der DDR bis 1987 orientiert sich die Weitergabe von Individualdaten daher an dem Kriterium der absoluten Anonymität, für den Zeitraum ab 1987 an dem Kriterium der faktischen Anonymität.

Eine Ausnahme hiervon, stellt die Volkszählung 1981 (Ost) dar, die von den Statistischen Ämtern - in Form von Individualdaten - bislang nicht übermittelt wird. Es ist aber möglich, auf Anfrage und gegen Kostenerstattung vom Statistischen Bundesamt Sonderauswertungen der VZ81 durchführen zu lassen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Ergebnisse in Form von sogenannten Summensätzen in Dateien (wiederum gegen Kostenerstattung) zu erhalten. Diese Summensätze entsprechen aggregierten Einzelangaben oder mehrdimensionalen Fallzahltabellen von Kombinationen mehrerer Merkmale (z.B. Geschlecht, Alter, Beruf, Bildung etc.). Für den Entwurf einer solchen mehrdimensionalen Tabelle werden Rekodierungen notwendig sein; die hierfür hilfreichen univariaten Randverteilungen der Merkmale können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden.

Auch die Übermittlung von absolut und faktisch anonymen Individualdaten der sonstigen Bevölkerungserhebungen setzt eine direkte Anfrage beim Statistischen Bundesamt voraus und findet nur gegen Kostenerstattung statt. Allerdings ist noch ungeklärt, wie die konkrete Umsetzung der faktischen und absoluten Anonymitätskriterien auf diese Daten erfolgen soll, da die hierfür geltenden Empfehlungen spezifisch für die Daten der Bundesstatistik entwickelt wurden (vgl. Südfeld 1987 für die absolute Anonymität; Müller et al. 1991 für die faktische Anonymität).

Bezüglich der absoluten Anonymität orientiert sich das Statistische Bundesamt an folgenden Anonymisierungsempfehlungen (vgl. Südfeld 1987:184ff):

- (1) Die Daten dürfen keine direkten Identifikatoren wie Namen und Adressen enthalten.
- (2) Die übermittelten Daten sollen nur eine Substichprobe aus der jeweiligen Statistik sein.
- (3) Die übermittelten Daten sollen ein bestimmtes Mindestalter aufweisen, d.h. die Angaben sollen durch eine neue Erhebung bereits überholt sein.
- (4) Die Daten sollen systemfrei sortiert sein.
- (5) Regionalangaben sollen nur als Typisierungsangaben enthalten sein (keine Region mit weniger als 500.000 Einwohnern soll identifizierbar sein).
- (6) Jede Ausprägung eines Merkmals soll mindestens fünffach besetzt sein.
- (7) Sensible Merkmale (Gesundheit, Einkommens- und Vermögenslage) sowie Merkmale, über die einfach Zusatzwissen erlangt werden kann, sollen nur klassifiziert weitergegeben werden.
- (8) Die Kombination von sensiblen Merkmalen und jenen Merkmalen, für die einfach Zusatzwissen erlangt werden kann, soll mindestens dreifach besetzt sein.
- (9) Vertragliche Bindung des Datenempfängers.

Bei dieser Auflistung von Vorschlägen zur absoluten Anonymisierung, die die Zeitbudgeterhebung 1985 und Haushaltsbudgetdaten von 1982 bis 1987 betreffen, ist zu beachten, daß es sich hierbei um Empfehlungen und nicht um gesetzlich fixierte Vorschriften handelt. Das heißt, die Schwerpunktsetzung der einzelnen Empfehlungen kann variieren. In bezug auf das Risiko einer Deanonymisierung wäre unseres Erachtens zu berücksichtigen, daß zwischen dem Zeitpunkt der Datenerhebung und dem Zeitpunkt der Datenweitergabe gravierende Umstrukturierungen in der ostdeutschen Gesellschaft stattgefunden haben. Während die Daten aus einer sozialhistorischen Sicht für die Sozialwissenschaftler von großer Bedeutung sind, haben sie zu der aktuellen gesellschaftlichen Situation der damals befragten Personen kaum noch einen Bezug. Bei vielen Menschen haben sich in diesem Zeitraum sowohl die berufliche Stellung, die Einkommenssituation wie auch der Wohnort geändert. Eine Reidentifikation einzelner Personen erscheint vor diesem Hintergrund nahezu unmöglich. Hinzu kommt, daß die im Zusammenhang mit der DDR-Gesellschaft am sensibelsten zu bezeichnenden Informationen - wie beispielsweise die Zugehörigkeit zum Staatssicherheitsdienst - in diesen Daten nicht erfaßt worden sind, wie auch der gesamte X-Bereich aus den Erhebungen der amtlichen Statistik (mit Ausnahme der Volkszählung) ausgeklammert war. Vor diesem Hintergrund erscheint uns eine gleichgewichtige Schwerpunktsetzung der einzelnen Empfehlungen als nicht angemessen, da das Analysepotential der Daten insbesondere durch die Punkte (5), (7) und (8) stark eingeschränkt würde. Bedingt durch die gesellschaftlichen Umwälzungen ist davon auszugehen, daß die absolute Anonymität dieser Daten auch ohne umfangreichen

Aggregationen gewährleistet ist. Im einzelnen ist dieser Sachverhalt anhand einer spezifischen Datenanforderung mit dem Statistischen Bundesamt zu klären.

Während beim Kriterium der absoluten Anonymität die hinter den Daten stehende Person nicht reidentifizierbar sein darf, wird bei der faktischen Anonymität das "Unverhältnismäßigkeitskriterium" zugrunde gelegt. Dies bedeutet, daß die Daten dann weitergegeben werden dürfen, wenn eine Reidentifikation der einzelnen Person nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft möglich ist. Diese Regelung ist für den Zeitraum ab 1987 anzuwenden und betrifft daher die Einkommensstichprobe 1988, die Statistik des Haushaltsbudgets ab 1987, die Sondererhebung 87/88 und die Zeitbudgeterhebung 1990.

Für die bundesdeutsche Statistik erfolgte die praktische Umsetzung des Kriteriums der faktischen Anonymität in konkrete Anonymisierungsempfehlungen bislang nur für den Mikrozensus und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (vgl. Müller et al. 1991). Die genannten DDR-Statistiken sind allerdings weder vom Auswahlatz, vom Stichprobendesign noch vom Merkmalsumfang mit dem Mikrozensus oder der EVS unmittelbar vergleichbar. Es ist zwar möglich, diese Empfehlung anhand von Analogieschlüssen auf die DDR-Daten zu übertragen, die im Detail zu treffenden Anonymisierungsmaßnahmen müssen jedoch jeweils an der einzelnen Erhebung konkretisiert werden. Eine Ausnahme stellt die Einkommensstichprobe dar, die noch vor dem gesellschaftlichem Umbruch in der DDR durchgeführt worden ist. Für die hier erhobenen Daten kann analog zu oben festgestellt werden, daß es durch die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen sehr aufwendig sein dürfte, sich das für eine Reidentifikation notwendige Zusatzwissen zu beschaffen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß der Zugang der Wissenschaft zu den Bevölkerungserhebungen der amtlichen Statistik inzwischen zwar formal geregelt ist, die konkrete Datenweitergabe jedoch noch eine Reihe von Vorarbeiten erfordert. Da dies von den jeweiligen Forschungsfragen und den hierfür benötigten Variablen abhängig ist, sind weitergehende Vorschläge an dieser Stelle nicht sinnvoll.

## **II. Zum Analysepotential amtlicher Bevölkerungserhebungen der DDR am Beispiel ausgewählter Fragestellungen der Sozialstrukturforschung: Bildungsbeteiligung, Familiengründung, Einkommensverteilung und Lebensführung**

### **1. Bildungsbeteiligung, Familiengründung**

Ein zentraler Aspekt der Sozialstrukturforschung ist die Chancengleichheit in Bildungssystemen. In modernen Gesellschaften sind die Lebenschancen eines Menschen eng mit seinem Ausbildungsniveau verknüpft. Der Zugang zu beruflichen Positionen sowie den damit verbundenen Privilegien steht - insbesondere in der Bundesrepublik - in einem engen Zusammenhang mit dem jeweils erreichten Bildungsergebnis. Dieses Bildungsergebnis selbst - und damit insgesamt die Verteilung der Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung - ist u.a. das Ergebnis von sozialen Selektionsprozessen im Bildungssystem. Damit beeinflusst das Bildungssystem die vertikale soziale und berufliche Mobilität in einer Gesellschaft (vgl. u.a. Müller 1975, Geißler 1992).

Normativ ist die Selektion im Bildungssystem an Leistungskriterien orientiert. Faktisch können sich jedoch auch andere Kriterien, wie z.B. die soziale Herkunft, das Geschlecht oder die Region in selektiver Weise auf den Bildungserfolg auswirken. Ein wichtiger Zweig der soziologischen Bildungsforschung beschäftigt sich daher mit der Frage, inwieweit Bildungssysteme zur Reproduktion sozialer Ungleichheit beitragen (vgl. u.a. Müller 1975, Blossfeld 1985). Für die Bundesrepublik wurde in älteren Untersuchungen gezeigt, daß insbesondere Arbeiter- und Bauernkinder, Mädchen, Katholiken und Landkinder im Bildungssystem benachteiligt waren (Peisert 1967, Bolte/Hradil 1984). Nach jüngeren Befunden hat die Konfessionszugehörigkeit kaum noch einen Einfluß auf die Bildungschancen (Eigler et al. 1980:51),<sup>19</sup> geschlechtsspezifische Nachteile sind nicht mehr feststellbar, der Frauenanteil in höherqualifizierenden Schulen übersteigt in jüngeren Jahrgängen inzwischen sogar den Männeranteil (Blossfeld/Shavit 1993:41, 48). Noch nicht eindeutig zu beantworten ist hingegen die Frage, inwieweit sich in den letzten Jahrzehnten herkunftsspezifische Chancenungleichheiten im Bildungssystem verringert haben. Einigkeit besteht darüber, daß sich in den meisten modernen Gesellschaften mit dem Trend einer allgemeinen Höherqualifizierung der Bevölkerung auch die soziale Zusammensetzung von Schüler- und Studentenpopulationen verändert (vgl. u.a. Müller/Haun 1994, Blossfeld/Shavit 1993). Ein wesentliches Ergebnis dieses Prozesses ist, daß der Anteil von Kindern aus unteren Schichten mit höheren Bildungsabschlüssen zugenommen hat. Inwieweit diese Anhebung des Bildungsniveaus jedoch tatsächlich mit einer Angleichung herkunftsspezifischer Bildungschancen einhergeht, wird in der Forschung kontrovers diskutiert (Böttcher 1991, Blossfeld/Shavit 1993, Meulemann 1992, Müller/Haun 1994). So kommen beispielsweise Blossfeld und Shavit zu dem Ergebnis, daß die herkunftsspezifischen Bildungs-

---

<sup>19</sup> Nach den Ergebnissen von Eigler et al. (1980:51f) unterschied sich die Bildungsbeteiligung (bezogen auf die Realschule und die Gymnasien) der beiden großen Konfessionen Ende der siebziger Jahre für das gesamte Bundesgebiet nur noch um zwei Prozentpunkte.

chancen weitgehend unverändert geblieben sind, während Müller und Haun feststellen, daß sich die herkunftsbedingten Chancenungleichheiten verringert haben.

Während sich die beiden deutschen Staaten in vielen Lebensbereichen äußerst unterschiedlich entwickelten, finden sich in bezug auf den Bereich "Bildung" auf den ersten Blick ähnliche Tendenzen: In beiden Gesellschaften wurde den bildungspolitischen Leitideen von Chancengleichheit im Bildungssystem als normativem Prinzip sowie der Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung ein großer Stellenwert eingeräumt (vgl. u.a. Bramhoff/Woidtke 1974, Geißler 1983, 1990, Thomas 1988). In der Bundesrepublik wurden die praktische Umsetzung dieser Prinzipien und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen von der Bildungsforschung untersucht und dokumentiert.

Für die DDR hingegen ist die Informations- und Datenlage hinsichtlich herkunftsbezogener Ungleichheitsstrukturen sehr unsicher. Die wichtigste Quelle für bildungsstatistische Informationen sind nach wie vor die Statistischen Jahrbücher. Aber auch der Informationsgehalt der wenigen hierin veröffentlichten Angaben ist aufgrund von Auslassungen und starken Aggregationen eher gering (vgl. u.a. Köhler/Schreier 1990, Waterkamp 1990). Die in der DDR-Literatur hinsichtlich sozialer Rekrutierungsmuster zu findenden Aussagen sind zum Teil stark ideologisch geprägt, konkrete Angaben über die Entwicklung herkunftsspezifischer Bildungsverteilungen finden sich kaum. So wird beispielsweise einerseits auf ausgeprägte Selbstrekrutierungstendenzen der großen sozialen Gruppen hingewiesen (Autorenkollektiv 1988:200). Andererseits wird die Bildungsgesetzgebung als ein Regulierungsmechanismus angeführt, der dafür Sorge trägt, "daß der Nachwuchs der sozialistischen Intelligenz sich jederzeit auch aus Arbeiter- und Bauernkindern entsprechend der Sozialstruktur auffüllt." (Autorenkollektiv 1988:199). Beide Aussagen werden jedoch nicht belegt.

Ähnliche Wissensdefizite bestehen auch für andere Lebensbereiche der DDR-Gesellschaft, wie beispielsweise hinsichtlich von Ungleichheitsstrukturen in Haushalten und Familien, von Differenzierungen am Arbeitsmarkt oder bezüglich von Einkommens- und Vermögensverteilungen. Vor diesem Hintergrund ist eine Rekonstruktion bestimmter Aspekte der DDR-Sozialstruktur unumgänglich, da eine präzise Analyse der mit dem Transformationsprozeß einhergehenden Veränderungen fundiertes Wissen über die Ausgangssituation der ostdeutschen Gesellschaft voraussetzt.

Wir möchten dies an zwei Beispielen kurz aufzeigen. Im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Einigung wird gelegentlich darauf hingewiesen, daß die Übertragung der in Westdeutschland bestehenden Institutionen und die in ihnen angelegten Ungleichheitsstrukturen auf die ostdeutsche Gesellschaft für diese in vielen Lebensbereichen eine Verschlechterung darstellt (vgl. z.B. Kretzschmar 1992). Sofern jedoch der von Geißler (1990:95) auf der Basis zugänglicher Statistiken abgeleitete Befund, daß die Bildungschancen von Kindern un- und angelernter Arbeiter in der DDR schlechter waren als in der Bundesrepublik, sich auch bei einer Reanalyse von Individualdaten bestätigen sollte, könnte sich

zumindest im Bildungsbereich eine Chancenverbesserung zum Beispiel dieser Gruppe aufgrund der System-Transformation ergeben. Zum anderen könnten durch vergleichende Analysen der Entwicklungen in beiden deutschen Gesellschaften, die von ähnlichen Bildungsprämissen ausgingen, aber unterschiedliche Wege der Verwirklichung einschlugen, weitergehende Erkenntnisse hinsichtlich der dem Abbau sozialer Ungleichheit zugrundeliegenden Mechanismen gewonnen werden.

Ein zweites Beispiel ist die Frage, welche spezifischen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der deutschen Gesellschaft mit der allgemeinen Anhebung des Bildungsniveaus verknüpft sind. In diesem Zusammenhang wird in der Bundesrepublik z.B. kontrovers diskutiert, welche Auswirkungen die zunehmende Höherqualifizierung der Frauen und die damit einhergehende verstärkte Erwerbsbeteiligung auf den Familiengründungsprozeß hat (Schwarz 1989, 1991, Brüderl/Klein 1991, Blossfeld/Huinink 1989, Blossfeld/Huinink/Rohwer 1991, Engstler/Lüscher 1991). In dieser Diskussion könnten durch eine vergleichende Analyse der beiden deutschen Gesellschaften neue Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Mechanismen hinter beobachteten Verhaltensänderungen der Frauen stehen.

Für eine empirische Analyse der hier beispielhaft angesprochenen wie auch anderen noch ungeklärten Fragen benötigt man neben theoretischen Ansätzen und Wissen über die Wirkungsweisen der jeweiligen Institutionengefüge auch Datenmaterial. Eine wichtige Datenquelle stellen die oben vorgestellten amtlichen Bevölkerungserhebungen der DDR dar, die bislang Sozialwissenschaftlern nahezu nur in Form von veröffentlichten Statistiken, d.h. stark aggregiert und selektiv, zugänglich waren.

Der vorliegende Bericht soll als Anregung dienen, das in amtlichen Bevölkerungserhebungen vorhandene Analysepotential für die Rekonstruktion der sozialen Wirklichkeit in der DDR-Gesellschaft zu nutzen. Zu diesem Zweck soll in diesem Abschnitt an den Beispielen "Entwicklung herkunftsspezifischer Ungleichheiten im Bildungssystem" und "Abbau geschlechtsspezifischer Bildungsungleichheiten und seine Auswirkungen auf den Familiengründungsprozeß" verdeutlicht werden, wie die amtliche Statistik der DDR für die Beantwortung offener Fragen herangezogen werden kann. Zugleich wird auch jeweils kurz skizziert, inwieweit die Erhebungen der Bundesstatistik für vergleichende Analysen genutzt werden können.

## **1.1 Die Entwicklung herkunftsspezifischer Ungleichheiten im Bildungssystem**

In der DDR war Bildungspolitik seit Anbeginn ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Gesellschaftspolitik und im wesentlichen durch zwei zentrale Leitideen charakterisiert: Herstellung von Chancengleichheiten im Bildungssystem und kontinuierliche Höherqualifizierung der Bevölkerung. In der Gründungsphase der DDR, die dadurch gekennzeichnet war, über den Austausch der Eliten die "bürgerliche" Sozialstruktur in eine "sozialistische" umzuformen, lag das Hauptinteresse auf dem



Abbau von Bildungsdefiziten der neuen Führungsschicht.<sup>20</sup> Zugleich sollte durch die gezielte Förderung der Bildungsbeteiligung von Arbeiter- und Bauernkindern die Basis für die künftige sozialistische Führungsschicht geschaffen werden (Thomas 1988:32, Staritz 1985:56). Im Anschluß an diese sozialistische Reform orientierte sich das Bildungskonzept der DDR seit den fünfziger Jahren an dem Prinzip der **proportionalen Chancengleichheit**, d.h. alle sozialen Gruppen der DDR-Gesellschaft sollten entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an der Gesamtbevölkerung in weiterführenden Bildungsinstitutionen vertreten sein (Geißler 1990:84, Köhler/Schreier 1990:139). Auf diese Weise wurde angestrebt, daß sich insbesondere die Führungsschicht, in der DDR als 'Intelligenz'<sup>21</sup> bezeichnet (wozu Hochschul- und Fachschulabsolventen<sup>22</sup> gezählt wurden), jeweils proportional aus allen Bevölkerungsgruppen rekrutiert. Wie Geißler (1990:84) feststellt, setzt eine solche Interpretation von Chancengleichheit im Bildungssystem entweder voraus, daß die Leistungspotentiale gleichmäßig über alle sozialen Gruppen der Bevölkerung verteilt sind oder daß bewußt meritokratische zugunsten von beispielsweise sozialen und politischen Selektionskriterien im Bildungswesen vernachlässigt werden. Die Bildungspolitik der DDR ist bis zu Beginn der sechziger Jahre durch eine starke Orientierung an sozialen Selektionskriterien gekennzeichnet. Über Quotierungsregelungen wurden Kinder aus unteren Schichten beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen privilegiert. Nach den Aufnahmerichtlinien in weiterführende Schulen Anfang der fünfziger Jahre sollten 80 Prozent der Neuzugänge in der Mittelschule und 60 Prozent der Neuzugänge in der Oberschule aus der Arbeiterschicht stammen (Geißler 1983:760). Bis zum Jahr 1960 wurde der Anteil von Arbeiterkindern an den sogenannten Direktstudenten<sup>23</sup> auf 50 Prozent gesteigert (Thomas 1988:32).

In unmittelbarer Verbindung mit dem Versuch, Chancengleichheit im Bildungssystem mittels staatlicher Regulierungsmechanismen zu gewährleisten, steht die zweite zentrale Zielsetzung der Bildungspolitik der DDR: die kontinuierliche Höherqualifizierung der Gesamtbevölkerung. Zunächst als gesellschaftspolitischer Beitrag zum Abbau sozialer Unterschiede und einer Homogenisierung der Gesellschaft angelegt, waren es seit Anfang der sechziger Jahre ökonomische Motive, die ein möglichst hohes Bildungsniveau der Bevölkerung als dringend erforderlich erscheinen ließen. Auf der Basis von Prognosen, die einen umfassenden und rapiden technischen Fortschritt und einen dementsprechenden Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften erwarteten, kam es zu einem massiven Ausbau des

<sup>20</sup> In diesem Zusammenhang wurde der zweite Bildungsweg in der DDR - seit 1951 gibt es die Möglichkeit des Fern- und Abendstudiums - stark ausgebaut (Bramer 1991).

<sup>21</sup> Definiert als eine soziale Schicht, "deren Angehörige vorwiegend geistige, eine hohe Qualifikation erfordernde Arbeit leisten." (Wörterbuch der Marxistischen-Leninistischen Soziologie 1977:307)

<sup>22</sup> Nach Ingrid Lötsch (1986:9) sind allerdings nur die Ingenieurwissenschaftlichen Fachschulabschlüsse der Intelligenz zuzurechnen.

<sup>23</sup> Diese Bezeichnung bezieht sich auf Studierende im ersten Bildungsweg. Das Abend- und Fernstudium, welches ab den sechziger Jahren in immer größerem Umfang von der sogenannten Intelligenz zur Weiterqualifizierung genutzt wurde (vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1968:473), bleibt hierbei unberücksichtigt.

Hoch- und Fachschulwesens der DDR. Zwischen 1950 und 1972 erhöhte sich die Zahl der Hochschulstudenten um mehr als den Faktor fünf von circa 30.000 auf 161.000, die Zahl der Fachschulstudenten stieg um mehr als das achtfache von etwa 21.000 auf knapp 177.000 an (Waterkamp 1987:31). Bezogen auf je 10.000 Personen der Bevölkerung stieg die Zahl der Hochschulstudenten in der DDR in diesem Zeitraum um etwa den Faktor sechs an, während sie sich in der Bundesrepublik nur um den Faktor vier erhöhte (Thomas 1989:34).

Seit Anfang der siebziger Jahre läßt sich in der DDR bezüglich der mit der Zunahme hochqualifizierter Bildungsabschlüsse verknüpften Hoffnungen eine gewisse Ernüchterung feststellen. Es zeichnete sich ab, daß das Tempo des technischen Fortschrittes zu optimistisch eingeschätzt worden war und dementsprechend die Diskrepanz zwischen der Zahl an hochqualifizierten Arbeitskräften und dem tatsächlichen Bedarf des Beschäftigungssystems immer größer wurde. Untersuchungen zufolge war damit insbesondere das Problem der Statusinkonsistenz verbunden, wobei Fach- und Hochschulabsolventen zu einem beträchtlichen Teil Tätigkeiten unterhalb ihrer Qualifikation ausübten (Waterkamp 1987:42; Lötsch/Lötsch 1985).<sup>24</sup> Die sozialistische Planwirtschaft reagierte mit einer Relativierung ihrer ursprünglichen sozialpolitischen Zielsetzung, d.h. mit erheblichen Zugangsbeschränkungen<sup>25</sup> durch die Einführung von Zulassungsquoten für hochqualifizierende Bildungsgänge (vgl. u.a. Anweiler 1989:374). So wurde die Zahl der Abiturienten bis Ende der achtziger Jahre nahezu konstant auf dem Niveau von etwa 32.000 pro Jahr gehalten. Die Zahl der Studienanfänger, die 1970 mit circa 44.000 einen Höhepunkt erreicht hatte, wurde gleichfalls auf einem Niveau von etwa 31.000 Anfängern pro Jahr festgefroren.

In Westdeutschland setzte die Bildungsexpansion später als in der DDR ein. Das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne einer leistungsbezogenen Chancengleichheit setzte sich als bildungspolitische Leitidee erst Mitte der sechziger Jahre durch. Anfang der siebziger Jahre, als in der DDR bereits deutliche Schließungstendenzen auftraten, kam die Bildungseuphorie in der Bundesrepublik erst richtig zum Tragen. Während sich die Zahl der Hochschulstudenten in der DDR von 160.967 (94,6/10.000 Personen der Bevölkerung) im Jahr 1972 auf 129.970 (77,6/10.000 P.d.B.) im Jahr 1980 verringerte, verdoppelte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik von 422.000 (69,6/10.000 P.d.B.) auf 842.000 (136,8/10.000 P.d.B.) (Thomas 1988:34). Mit einem 'timelag' zu der Entwicklung in der DDR überstieg die Nachfrage nach höherer Bildung auch in der Bundesrepublik seit den achtziger Jahren den Arbeitsmarktbedarf an höheren Qualifikationen. Im

---

<sup>24</sup> Nach Lötsch/Lötsch (1985:170) übten circa 20 Prozent der Facharbeiter und 19 Prozent der "wissenschaftlich-technischen" Intelligenz Tätigkeiten aus, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus lagen.

<sup>25</sup> Seit Mitte der siebziger Jahre bis 1987 wechselten pro Jahr nur jeweils circa neun Prozent der Schüler nach Abschluß der zehnten Klasse in die zum Abitur führende Erweiterte Oberschule. Nimmt man die Schüler der Abiturklassen in der Berufsausbildung hinzu, wechselten insgesamt circa 14 Prozent der altersspezifischen Gruppen in die Abiturstufe über (Köhler/Schreier 1990:132).



Unterschied zur DDR reagierte die westdeutsche Bildungspolitik auf diese Entwicklung jedoch weniger restriktiv. Der Zugang zu höheren Qualifikationen wurde nicht über Quoten eingeschränkt, sondern anhand verschärfter Leistungskriterien (Numerus Clausus) und über finanzielle Mechanismen (z.B. Umstellung des BAFÖGs auf Vollدارlehen) erschwert.

Wie eingangs erwähnt, wurde die Bildungsreform und die damit einhergehende Höherqualifizierung der Bevölkerung von der Sozialstrukturforschung in Westdeutschland intensiv verfolgt und dokumentiert. Eine von vielen Forschungsfragen ist hierbei die Zunahme von höher- und hochqualifizierenden Bildungsabschlüssen bei Kindern aus unteren sozialen Schichten. So stieg der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studierenden von circa fünf Prozent Anfang 1960 auf 15 Prozent im Jahre 1988 (Geißler 1992:227). Angesichts dieser Entwicklung liegt es nahe, zu vermuten, daß sich der Einfluß der sozialen Herkunft auf die Bildungschancen verringert hat. Entgegen dieser Annahme kommt Meulemann (1992:123) nach Durchsicht von zehn Studien, die den Zeitraum von 1928 bis 1985 umfassen, zu dem Ergebnis, daß die Zunahme von hochqualifizierenden Bildungsabschlüssen nicht mit einem Abbau von Chancenungleichheiten einhergegangen ist. Auch Blossfeld/Shavit (1993:25) kommen zu dem Ergebnis, daß "trotz der zunehmenden Bildungsbeteiligung unterer sozialer Schichten die herkunftsbezogenen Bildungschancen weitgehend unverändert geblieben sind." Auf der anderen Seite kommen Müller/Haun (1994:32) zu dem Befund, daß "die Ungleichheit nach sozialen Herkunftsbedingungen in fast ähnlichem Ausmaß wie die zwischen den Geschlechtern abgenommen" hat. Diese unterschiedlichen Befunde sind jedoch insofern schwer zu vergleichen, als ihnen zum Teil unterschiedliche Datenbasen, Operationalisierungen und Untersuchungsmethoden zugrunde liegen, so daß die Forschungslage bislang noch nicht entschieden ist (Müller/Haun 1994:33).

Für die DDR läßt sich die Entwicklung herkunftsspezifischer Bildungsbeteiligung anhand der Statistischen Jahrbücher bis Ende der sechziger Jahre gut nachvollziehen. Nach den hier veröffentlichten Zahlen näherte sich die DDR ihrem bildungspolitischen Ideal der proportionalen Chancengleichheit zunächst stark an.<sup>26</sup> Bis 1960 stieg der Anteil der Arbeiterkinder bei den Direktstudenten an den

---

<sup>26</sup> Allerdings sollten Angaben zur sozialen Herkunft von Schülern und Studenten mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden, da diese Einstufungen über die Schulen bzw. Zulassungskommissionen der Fach- und Hochschulkommissionen vorgenommen wurden. Dabei gab es offensichtlich keine festgelegten Kriterien, an welchen sich eine Einstufung definitiv hätte orientieren können. Dies hat unter anderem dazu geführt, daß bestimmte soziale Gruppen zur Arbeiterklasse gezählt wurden, obwohl sie zur Intelligenz gehörten. "Das sind solche Eltern, die aus der Arbeiterklasse stammen und im Auftrag der Arbeiterklasse verschiedene Aufgaben im Sinne der historischen Mission der Arbeiterklasse erfüllen. (...) Bildungsmäßig verfügen diese Eltern aber über die gleichen Potenzen wie diejenigen, die der Intelligenz angehören" (Goroncy 1978:57, 58). Zum anderen war nicht definitiv festgelegt, welches Elternteil für die soziale Einstufung der Schüler und Studenten herangezogen werden sollte. Goroncy (1978:64) weist auf die sich hieraus ergebenden Unsicherheiten hin: "Dadurch wird auch aus keiner Statistik die genaue soziale Zusammensetzung ersichtlich, da ein Kind der Arbeiterklasse zugeordnet wird, weil z.B. die Mutter Arbeiterin ist, der Vater aber zur Intelligenz gehört." Entsprechend sieht er auch die Gefahr (1987:110), "daß die Verantwortlichen formalistisch vorgehen und die geforderten statistischen Werte in den Vordergrund stellen, wobei der Anteil der sogenannten 'reinen Arbeiterfamilien' abnehmen könnte" (siehe hierzu auch Köhler/Schreier 1990:139, Bathke 1990:118).

Hochschulen auf 50,5 Prozent. Entsprechend kann dieser Zeitraum als eine Phase sehr hoher Mobilität charakterisiert werden, in welchem Kindern aus unteren sozialen Schichten Aufstiegschancen in großem Umfang ermöglicht wurden. Infolge modifizierter Zulassungskriterien, in denen meritokratische Prinzipien als Selektionskriterium gegenüber sozialer Herkunft an Gewicht gewannen, zeichnet sich seit Anfang der sechziger Jahre eine gegenläufige Tendenz ab. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten ging kontinuierlich zurück, während Kinder der Intelligenz unter den Studierenden überproportional vertreten waren (Thomas 1988:32). Im Jahr 1967 kamen bereits 20 Prozent der Direktstudenten aus Intelligenzfamilien, gegenüber 38 Prozent Studenten aus der Arbeiterklasse.<sup>27</sup> Diese Tendenz verstärkt sich, wenn das Fern- und Abendstudium als ein in der DDR sehr wichtiger Weg zur Weiterqualifizierung berücksichtigt wird.<sup>28</sup> In den sechziger Jahren absolvierten etwa ein Drittel der Hochschulstudenten und mehr als die Hälfte der Fachschulstudenten ein Fern- oder Abendstudium (Geißler 1983:763). Genutzt wurde diese Möglichkeit der Weiterbildung jedoch vor allem von den Angehörigen der Intelligenz. Von 1960 bis 1967 stieg der Anteil der Arbeiter an dieser Studienform von 7,3 auf 11,9 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Intelligenz von 27,9 auf 53,8 Prozent (Statistisches Jahrbuch der DDR 1968:473).<sup>29</sup>

Nach 1967 wurden von der amtlichen Statistik keine Angaben mehr zu der sozialen Zusammensetzung der Studenten veröffentlicht. Offiziell wurde allerdings nach wie vor das Prinzip der proportionalen Chancengleichheit vertreten. So findet sich noch in einem 1988 in der DDR erschienen Standardwerk zur Sozialstruktur die Aussage, daß "der Nachwuchs der sozialistischen Intelligenz sich jederzeit auch aus Arbeiter- und Bauernkindern entsprechend der Sozialstruktur auffüllt" (Autorenkollektiv 1988:199). In einer 1989 erschienen DDR-Studie zum Bildungswesen wird festgestellt: "Seit Mitte der fünfziger Jahre sind im Durchschnitt 55 Prozent aller Studierenden im Direktstudium ihrer sozialer Herkunft nach Arbeiter- und Bauernkinder" (Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik 1989:162). Weder die eine noch die andere Aussage wird jedoch belegt. Zugleich finden sich aber auch in der DDR-Literatur vereinzelte Hinweise, daß das bildungspolitische Ideal der proportionalen Chancengleichheit immer weniger der Realität entsprach. So weisen Nickel und Steiner bereits 1981 darauf hin, daß der Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen mit der sozialen Herkunft in der Form korreliert, daß höherqualifizierende Bildungseinrichtungen tendenziell stärker von Kindern genutzt werden würden, deren Eltern ein höheres Bildungsniveau aufweisen (1981:140). Ähnliche Aussagen finden sich auch bei

---

<sup>27</sup> Zum Vergleich: 1964 wurden knapp 77 Prozent aller Erwerbstätigen der Arbeiterklasse (Arbeiter- und Angestellte) und knapp 7 Prozent der Erwerbstätigen der Intelligenz zugeordnet (Belwe 1989:131).

<sup>28</sup> Den Ausführungen Geißlers (1983:762f) zufolge war das Fernstudium in der DDR ein sehr populärer Weg der Weiterqualifizierung: es schonte den Arbeitsmarkt, konnte zur betrieblichen Kaderpolitik genutzt werden und brachte den Weiterbildungswilligen bezahlte Freistellung von der Arbeit.

<sup>29</sup> Diese doch erhebliche Diskrepanz zu dem Direktstudium wird von Geißler (1983:763) damit erklärt, daß die Selektionskriterien beim Fernstudium stärker als beim Direktstudium an meritokratischen Prinzipien orientiert waren, da die Fernstudenten vorwiegend im Betrieb ausgewählt wurden. Dieser Weg eröffnet nach Geißler (a.a.O.) daher Chancen für Gruppen, die auf dem ersten Bildungsweg aufgrund sozialer Selektionskriterien benachteiligt waren.

Meier (1981:123) oder Löttsch und Freitag (1981:97f.), die ebenfalls überproportionale Selbstrekrutierungstendenzen der Intelligenz feststellen.

Bis 1990 waren solche eher vagen Hinweise nahezu die einzigen Informationsquellen zur Entwicklung von Bildungschancen in der DDR. Empirisch abgesichertes und allgemein zugängliches Wissen über den tatsächlichen Verlauf der herkunftsspezifischen Bildungsverteilung lag so gut wie nicht vor. Die nur partiell zugänglichen Untersuchungsergebnisse der Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig,<sup>30</sup> deuteten allerdings darauf hin, daß sich die Studienchancen von Arbeiterkindern in der DDR seit den siebziger Jahren erheblich verschlechtert haben. Geißler, als einer der wenigen westdeutschen Sozialforscher, der sich schon relativ früh mit Vergleichen von Bildungschancen zwischen der DDR und der Bundesrepublik beschäftigt hat, kam beispielsweise auf der Basis dieser Daten zu dem Ergebnis, daß "die Studienchancen eines Arbeiterkindes in der DDR inzwischen mindestens ebenso niedrig sind wie in der Bundesrepublik. Kinder von Un- und Angelernten haben in der DDR inzwischen kaum noch Chancen, eine Hochschule zu besuchen, ihre Benachteiligung ist sogar noch größer als in der Bundesrepublik" (1990:95).

Solche Aussagen wären zunächst zu überprüfen, und falls sie sich bestätigen sollten, ist zu fragen, worin die Ursachen liegen. Denkbar wäre, wie in der Literatur angeführt, daß insbesondere die unterschiedlichen politischen Systeme hierfür verantwortlich sind. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, daß die auch im Westen festgestellten Ursachen für herkunftsspezifische Unterschiede, wie beispielsweise die stärkere "Bildungsdistanz" unterer Schichten, in der DDR aufgrund der vergleichsweise geringen Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen sozialen Gruppen verstärkt Wirkung zeigten, nachdem die spezifischen Förderungsquoten für Arbeiter- und Bauernkinder abgebaut wurden.

Eine Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungsverteilungen ist angesichts dieses noch immer bestehenden Wissensdefizits und der widersprüchlichen Informationslage in der DDR-Literatur unumgänglich. Auch vor dem Hintergrund der sich zur Zeit in den neuen Bundesländern abzeichnenden "Bildungsexplosion"<sup>31</sup> muß für die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung bekannt sein, wie die herkunftsspezifischen Bildungschancen in der DDR verteilt waren. Darüber hinaus kann ein Vergleich der Bildungsverteilungen zwischen den beiden deutschen Gesellschaften auch neue Erkenntnisse hinsichtlich der den Ungleichheiten zugrundeliegenden Mechanismen geben.<sup>32</sup> Als Datenbasis für die Rekon-

---

<sup>30</sup> Die Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung unterlagen ebenfalls besonderen Restriktionen (Furmaniak/Kiock 1991:137).

<sup>31</sup> Vor der Wende wechselten insgesamt circa 14 Prozent der Schüler eines altersspezifischen Jahrgangs in Bildungswege, die zum Abitur führten. Für 1991/1992 wird geschätzt, daß zwischen 25 Prozent (Brandenburg) und circa 38 Prozent (Berlin-Ost) der Grundschulabsolventen auf das Gymnasium überwechselten (Budde/Klemm 1992:137).

<sup>32</sup> Boudon vertritt beispielsweise die Auffassung, daß nur ein sehr rigides institutionelles System, das die individuellen Freiheiten stark einschränkt, entscheidend zur Verringerung von Bildungsungleichheiten beitragen könnte

struktion herkunftsspezifischer Bildungsbeteiligungen kommen neben den Studentenuntersuchungen des ZIJ (Leipzig) insbesondere auch Individualdaten der amtlichen Statistik in Frage.

### **1.1.1 Probleme des Vergleichs von herkunftsspezifischen Ungleichheiten**

Die Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungschancen in der ostdeutschen Gesellschaft kann aus einer sozialhistorischen Perspektive vorgenommen werden, wobei dann untersucht würde, wie sich die Bildungschancen in der ostdeutschen Gesellschaft bis zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Einigung entwickelt haben. Wie oben ausgeführt, ist es aber vor allem der Vergleich zwischen DDR und Bundesrepublik, der im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß von Bedeutung ist. Deshalb sollen im folgenden kurz zwei wesentliche Aspekte skizziert werden, die bei einem solchen Vergleich zu beachten sind.

Diese Problemskizze erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern kann nur als Ausgangspunkt und Anregung in Betracht kommen. Spezifische Aspekte wie beispielsweise die Frage, inwieweit das Fluchtverhalten hochqualifizierter DDR-Bürger in die Bundesrepublik die Bildungsverteilungen beeinflusst hat, oder inwieweit sich das unterschiedliche Alter der Schüler beim Übergang in höherqualifizierende Bildungsgänge in beiden Gesellschaften<sup>33</sup> als Selektionskriterium auswirkt, bleiben hier unberücksichtigt.

### **1.1.2 Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse**

Die Bildungssysteme der beiden deutschen Gesellschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten in struktureller und organisatorischer Hinsicht unterschiedlich entwickelt.<sup>34</sup> Bevor ein sinnvoller Vergleich möglich ist, muß geklärt werden, inwieweit die hier erworbenen Bildungsabschlüsse vom Niveau her vergleichbar sind.<sup>35</sup> In Anlehnung an Müller (1987) sollen hier kurz zwei Ansätze charakterisiert werden, die bei der komparativen Sozialstrukturforschung häufig Anwendung finden.

Ein erster Ansatz geht davon aus, daß die erzielten Bildungsabschlüsse mit wachsender Verweildauer im Bildungssystem in der Regel ansteigen. Entsprechend wird bei diesem Ansatz das Qualifikationsniveau

---

(Boudon/Bourricaud 1992:624). Inwieweit trifft dies auf die ehemalige DDR zu, die dies ja zumindest in den Anfangsjahren versucht hat?

<sup>33</sup> In der Bundesrepublik findet dieser Übergang i.d.R. nach der vierten oder fünften Klasse statt, d.h. im Alter zwischen 10 und 13 Jahren. In der DDR hingegen im allgemeinen erst nach Abschluß der zehnten Klasse, im Alter von 16 Jahren.

<sup>34</sup> Für einen zusammenfassenden Überblick siehe Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (1990).

<sup>35</sup> Hierbei ist festzuhalten, daß die Vergleichsprobleme von Ausbildungsabschlüssen bei historischen Analysen nicht für die gesamte Bevölkerung zutreffen, da Personen, die ihre Ausbildung vor 1950 beendet haben, dies im gleichen Bildungssystem taten. Demnach würden - sofern man als kürzestes Ausbildungsalter (Volksschule) 14 Jahre festlegt und als längstes (Studium) 25 Jahre annimmt, Vergleichbarkeitsprobleme erst bei den Geburtskohorten ab 1925 (Studium) bzw. 1936 (Volksschule) auftreten (vgl. Schimpl-Neimanns/Lüttinger 1993:104).

über die Zahl der im Bildungssystem verbrachten Jahre operationalisiert. Dieses, insbesondere in der amerikanischen Forschung weit verbreitete Konzept ist auf europäische Bildungssysteme nur bedingt übertragbar, da diese wesentlich stärker in verschiedene Bildungsgänge mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen gegliedert sind, als es in den USA der Fall ist. In Europa ist somit der formale Bildungsabschluß erklärungskräftiger als die Zahl der Bildungsjahre (Müller 1987:105). In einem zweiten Ansatz wird deshalb versucht, Bildung über den meßbaren Output zu operationalisieren. Hierbei werden einzelnen Bildungskategorien Scores zugewiesen, die die Korrelation mit spezifischen Kriteriumsvariablen (z.B. Einkommen, Berufsprestige) maximieren.

Im Fall der DDR und der Bundesrepublik weist die äußere Struktur des Bildungswesens - mit einer Differenzierung zwischen einer Schulpflichtzeit, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sowie verschiedenen Formen der beruflichen Ausbildung - gewisse Ähnlichkeiten auf. Größere Unterschiede treten bezüglich des allgemeinbildenden Schulwesens auf.<sup>36</sup> In der DDR war die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule die Voraussetzung für den Besuch weiterführender Schulen. Ein erster organisatorischer Einschnitt lag jedoch schon bei der achten Klasse, nach der ein Teil der Schüler die Schule verließ. An die zehnte Klasse schloß die sogenannte Abiturstufe an, über welche die Allgemeine Hochschulreife erworben werden konnte. Die Abiturstufe umfaßte insbesondere die zweijährige Erweiterte Oberschule (EOS), die dreijährigen Abiturklassen von berufsbildenden Institutionen und andere zur Hochschulreife führende Lehrgänge. Parallel hierzu war unmittelbar im Anschluß an die zehnte Klasse der Besuch einer medizinischen, pädagogischen oder künstlerischen Fachschule möglich, bzw. über den Weg einer Berufsausbildung der Besuch von ingenieurtechnischen und ökonomischen Fachschulen (Anweiler 1990:31, Köhler/Schreier 1990:123). Auf die im Zusammenhang mit der Bewertung von unterschiedlichen Bildungssystemen ebenfalls wichtigen internen Zusammenhänge, Binnenstrukturen und Curricula wird nicht eingegangen, sondern auf entsprechende Literatur verwiesen (vgl. u. a. Waterkamp 1987; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1990, Das Bildungswesen der DDR 1989). Läßt man diese Aspekte unberücksichtigt und beschränkt sich auf die formalen Bildungsabschlüsse, so ist, mit Ausnahme der Fachschulabschlüsse, eine annähernde Vergleichbarkeit gegeben.

Im allgemeinen wird der DDR-Abschluß "achte Klasse" dem westdeutschen "Hauptschulabschluß" gegenüber gestellt (vgl. u.a. Köhler/Schreier 1990:118). Die ostdeutsche "zehnte Klasse" entspricht im Westen annähernd dem "Realschulabschluß". Hochschulreife und Hochschulabschluß sind ebenfalls in Ost und West vergleichbar. Eine gewisse Problematik ist beim Fachschulabschluß gegeben, da die ostdeutschen Fachschulen eine spezifische Erscheinung des Bildungswesens der DDR waren, die zu dem

---

<sup>36</sup> Das Problem von Sonder- und Spezialschulen wird bewußt ausgeklammert, da eine solche Differenzierung in den hier darzustellenden Erhebungen nicht vorgenommen wurde. Für weitergehende Information zu Spezialschulen siehe Schreier 1990a, Waterkamp 1987; für Sonderschulen siehe "Das Bildungswesen der DDR" (1989).

"System der Hoch- und Fachschulbildung" zählten und vor allem als Ausbildungsstätten für mittlere Kader galten. Die Fachschulen in der Bundesrepublik hingegen gehören zu dem beruflichen Schulwesen und vermitteln einen geringeren Bildungsstatus als die DDR-Fachschulen (Anweiler 1990:31f). Die Fachhochschulen der Bundesrepublik wiederum sind höher anzusiedeln als die Fachschulen der DDR. Zum Teil entsprechen die Fachschulen der DDR jenen der BRD (z.B. die Pädagogischen Schulen für Erzieherinnen). Andere, wie die Ingenieurschulen oder die ökonomischen Fachschulen der DDR, nehmen dagegen eher den Status einer Fachhochschule in der Bundesrepublik ein (Hörner 1990:22f, Schelo 1991:301). Eine Gegenüberstellung von Ost-Fachschulabschlüssen mit entsprechenden West-Abschlüssen erfordert daher jeweils präzise Informationen über den besuchten Fachschultyp.

### 1.1.3 Soziale Gruppen in der Gesellschaft

Die Untersuchungen zu der Entwicklung herkunftsspezifischer Bildungsverteilungen beruhen vorwiegend auf klassen- oder schichtspezifischen Konzepten, denen in der Regel die Erwerbstätigkeit des Haushalts- oder Familienvorstandes zugrunde liegt. Bei der Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungsverteilungen für die DDR stößt man auf das Problem, daß das hier politisch definierte "Zwei-Klassen Eine-Schicht"-Konzept, d.h. die Unterscheidung zwischen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern sowie der Schicht der Intelligenz (und sonstige)<sup>37</sup>, wie auch die in der amtlichen Statistik vorgenommene Unterscheidung zwischen Arbeiter, Angestellten, Mitglieder von Produktionsgenossenschaften, Intelligenz und Selbständige die inhaltliche Abgrenzung zwischen sozialen Gruppen nicht adäquat widerspiegelt.<sup>38</sup> Beispielsweise wurden der Arbeiterklasse, welcher 1987 circa 89 Prozent der Erwerbstätigen zugerechnet wurden, per Definition auch hauptamtliche Funktionäre in Parteien und Massenorganisationen, der staatlichen Verwaltung, des Militärs und der Volkspolizei zugerechnet (Rytlewski 1990:465, Köhler/Schreier 1990:139). Für sozialstrukturelle Analysen im allgemeinen, wie für bildungssoziologische Analysen im speziellen, ist eine solch unscharfe Abgrenzung sozialer Gruppen nicht brauchbar. Die Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungsverteilungen für die DDR setzt daher zunächst die Entwicklung eines adäquaten, die unterschiedlichen Lebenschancen in der DDR widerspiegelnden Schicht- oder Klassenkonzeptes voraus, das insbesondere auch mit der Bundesrepublik vergleichende Analysen zuläßt. Erste Versuche, die "spezifischen soziale Lagen" in der DDR zu klassifizieren, finden sich u.a. bei Ingrid Lötsch (1986) und bei Adler/Kretzschmar (1993:110ff). Sehr wichtige Hinweise können auch einem Arbeitspapier der Staatlichen Zentralverwal-

<sup>37</sup> Vgl. u.a. Autorenkollektiv 1988:16.

<sup>38</sup> Dieses Problem wurde auch in der DDR-Soziologie thematisiert. Nach Voigt/Belitz-Demiriz (1987:62) wies der Schichtungsexperte der DDR - Helmut Steiner - schon 1965 darauf hin, daß die in der DDR gebrauchten Begriffe für "Arbeiter", "Angestellte" und "Intelligenz" inhaltlich nicht der Realität entsprechen würden, da sie zum Teil unklar, zum Teil juristisch bestimmt seien. Deutliche Kritik an dem offiziellen Sozialstrukturmodell findet sich u.a. bei Ingrid Lötsch (1986), Meier (1990) und Lötsch/Lötsch (1992). Dennoch blieb das "Zwei-Klassen Eine-Schicht-Konzept" die offizielle und auch von den Soziologen vorwiegend verwendete Einteilung der Gesellschaft in soziale Gruppen (vgl. z.B. Autorenkollektiv 1988).



tung für Statistik (o.J.) "Methodische Grundlagen zur statistischen Ermittlung der sozialen Gruppen im Rahmen der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung" entnommen werden. Angesichts der in den alten Bundesländern vor dem Hintergrund der Individualisierungsthese kontrovers geführten Debatte hinsichtlich des theoretischen und empirischen Gehalts von Schicht- und Klassenkonzepten, ist die Entwicklung eines solchen Konzeptes für die DDR-Gesellschaft nicht nur unter dem Rekonstruktionsaspekt, sondern auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung in den neuen Bundesländern von großer Bedeutung.

Im folgenden Abschnitt soll kurz skizziert werden, inwieweit die Bevölkerungserhebungen der amtlichen Statistik in der DDR zur Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungschancen herangezogen werden können.

#### **1.1.4. Datenlage**

##### **1.1.4.1 Bildungsangaben in den amtlichen Bevölkerungserhebungen der DDR**

Als Indikatoren für herkunftsspezifische Bildungsungleichheiten können sowohl herkunftsspezifische Beteiligungsmuster an unterschiedlichen Bildungsinstitutionen wie auch herkunftsspezifische Bildungsergebnisse herangezogen werden.

Die Rekonstruktion herkunftsspezifischer Bildungsergebnisse ist auf Basis der amtlichen Bevölkerungserhebungen der DDR nicht möglich, da diese keine Angaben zu der sozialen Herkunft der Befragten enthalten.<sup>39</sup> Informationen über die soziale Herkunft können jedoch für Personen ermittelt werden, die noch im elterlichen Haushalt leben, so daß die Untersuchung herkunftsspezifischer Beteiligungsmuster an unterschiedlichen Bildungseinrichtungen möglich ist (vgl. u.a. Böttcher 1991, Schimpl-Neimanns/Lüttinger 1993). In diesem Fall wird untersucht, wie groß die Wahrscheinlichkeit eines Kindes einer sozialen Bevölkerungsgruppe ist, einen bestimmten Schultyp zu besuchen. In der Regel konzentriert man sich hierbei auf Schülerjahrgänge, für welche sichergestellt ist, daß die Aufteilung auf unterschiedliche Bildungsgänge bereits erfolgt ist. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Übergänge in weiterführende Schulen in der DDR wesentlich später erfolgten als in der Bundesrepublik, nämlich nach Abschluß der zehnten Klasse. So wird in der Bundesrepublik für die Ermittlung des herkunftsspezifischen Schulbesuches auf Basis des Mikrozensus in der Regel auf die 13- bis 14-jährigen und die 17- bis 18-jährigen Schüler zurückgegriffen (vgl. u.a. Böttcher 1991, Köhler 1992:27f., Schimpl-Neimanns/Lüttinger 1993). In dem weniger differenzierten Bildungswesen der DDR hingegen fand die Selektion in die weiterführenden Schultypen erst im Alter von 16 Jahren statt.

---

<sup>39</sup> Diese Informationen liegen mit Ausnahme der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 "Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung" jedoch auch in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik nicht vor.

Die selektive Betrachtung von Schüler- oder Studentenpopulationen ist in zweifacher Hinsicht nicht unproblematisch. Denn zum einen können nur jene Schüler oder Studenten in der Analyse berücksichtigt werden, die noch im elterlichen Haushalt leben; zum anderen erlaubt diese Betrachtungsweise noch keine Aussagen über die tatsächlich erreichten Bildungsabschlüsse. Die Möglichkeit des Abbruchs einer Ausbildung oder beispielsweise das Nachholen von Abschlüssen auf dem zweiten Bildungsweg bleiben bei dieser Vorgehensweise unberücksichtigt.

Von den hier betrachteten Bevölkerungserhebungen der DDR, d.h. Volkszählung 1981 (VZ81), Einkommensstichprobe 1988 (EKS88), Zeitbudget 1985 und 1990 (ZB85, ZB90), Sondererhebung 1987/88 sowie Haushaltsbudget 1988/89 (HB88/89), können mit Ausnahme des Haushaltsbudgets, das keine Angaben über den individuellen Schulbesuch der Kinder enthält, und des Zeitbudgets 1985, das nur eine grobe Haushaltszusammensetzung enthält, alle Erhebungen für eine Rekonstruktion des herkunftsspezifischen Schulbesuches Verwendung finden. Zu beachten sind hierbei allerdings zum einen die bereits angesprochenen Einschränkungen. Zum andern muß bei einer Verallgemeinerung von Analyseergebnissen berücksichtigt werden, daß - wie im ersten Teil dieses Arbeitsberichtes ausführlich erläutert - sowohl die Einkommensstichprobe, das Zeitbudget als auch die Sondererhebung aufgrund ihres Stichprobendesigns keinen repräsentativen Querschnitt der gesamten DDR-Gesellschaft abbilden, sondern sich auf spezifische (jedoch nahezu die Gesamtgesellschaft repräsentierende) Gruppen beziehen (vgl. Abschnitt I).

Da diese Erhebungen den Zeitraum von 1981 bis 1990 abdecken, ist es - unter Berücksichtigung der angeführten Einschränkungen - möglich, Veränderungen des herkunftsspezifischen Schulbesuches für dieses Jahrzehnt abzubilden. Eine zusammenfassende Darstellung der für die Analyse wichtigsten Merkmale in den verschiedenen Erhebungen und ihrer Merkmalsausprägungen kann den Übersichten 1 und 2 entnommen werden. Ein vollständiger Überblick über die in diesen Bevölkerungsumfragen erhobenen Merkmale findet sich in den Tabellen im Anhang.



**Übersicht 1: Merkmale in den Erhebungen VZ81, ZB85, EKS88, ZB90 und Sondererhebung 1987/88, die zur Ermittlung des gegenwärtigen Schulbesuchs herangezogen werden können.**

	<b>Volkszählung 81</b>	<b>Einkommenstich- probe 88</b>	<b>Zeitbudget 90</b>	<b>Sondererhebung 87/88</b>
<b>Merkmal:</b>	In Ausbildung	Soziale Stellung der Hhltsmitglieder	Soziale Stellung der befragten Person	Soziale Stellung/ gegenwärtiger Schulbesuch
<b>relevante Merkmalsausprä- gungen</b>	Schüler Lehrling Direktstudent	- Lehrling Direktstudent	Schüler Lehrling Direktstudent	Schüler Lehrling Student/Fachschule Student/Hochschule  POS EOS Sonderschule

Wie Übersicht 1 entnommen werden kann, wird das Merkmal "In Ausbildung" in der VZ81 mit den Kategorien Schüler, Lehrling und Direktstudent<sup>40</sup> direkt erfaßt. Während die Kategorien "Lehrling" und "Direktstudent" eine sinnvolle Differenzierung erlauben, kann der Ausprägung "Schüler" nicht entnommen werden, ob es sich hierbei beispielsweise um den Besuch einer allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, einer Erweiterten Oberschule (EOS), einer Spezial- oder Sonderschule handelt. Eine Differenzierung von Spezial- und Sonderschulen gegenüber den allgemeinen Schulen kann mit den vorhandenen Angaben nicht vorgenommen werden.<sup>41</sup> Eine Trennung der zwei dominierenden Schular-ten, EOS und der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule, ist jedoch mittels des Festlegens einer Altersgrenze annähernd möglich. In der Regel fand die Einschulung in der DDR im sechsten Lebensjahr statt (Marggraf 1993). Da im Schulsystem der DDR dem Wiederholen von Klassen kein pädagogischer Wert zugeschrieben wurde, mußten nur jene Schüler eine Klasse wiederholen, denen ein erfolgreicher Schulabschluß nicht zugetraut wurde.<sup>42</sup> Diese mußten dann die Schule jedoch noch vor dem Erreichen der zehnten Klasse verlassen (Waterkamp 1987:121)<sup>43</sup>, so daß davon ausgegangen werden kann, daß die zehnklassige Grundausbildung in der Regel mit 16 Jahren abgeschlossen war. Das würde bedeuten,

<sup>40</sup> Der Kategorie "Direktstudent" ist nicht entnehmbar, ob es sich um den Besuch einer Fachschule oder einer Hochschule handelt.

<sup>41</sup> Dies trifft jedoch auch auf die amtliche Statistik in der Bundesrepublik zu. So werden auch im Mikrozensus Hauptschul- und Sonderschulabsolventen in einer Kategorie zusammengefaßt.

<sup>42</sup> Die Wiederholerquote wurde von circa 4,8 Prozent (1964/65) auf 1,5 Prozent (1974/75) gesenkt (Waterkamp 1987:121).

<sup>43</sup> Es bestand jedoch die Möglichkeit, den POS-Abschluß während einer Berufsausbildung nachzuholen (Waterkamp 1987:121).

daß Schüler im Alter von 16 bis 17 Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit höherqualifizierenden Schulen zugeordnet werden können.

Nur bedingt geeignet für die Untersuchung herkunftsspezifischer Bildungsbeteiligung ist die EKS88, da Bildungsmerkmale hier nur sehr grob erfaßt werden. Der Status "Schüler" wurde bei dieser Statistik nicht erfragt. Über das Merkmal "Soziale Stellung der Haushaltsmitglieder" kann daher nur zwischen den Kategorien "Lehrling" und "Direktstudent" unterschieden werden.

Auch in den Zeitbudgetdaten 1990 ist das Merkmal "gegenwärtige Ausbildung" nur indirekt über die soziale Stellung der Haushaltsmitglieder bzw. der befragten Personen enthalten. Im Unterschied zu der EKS88 wird hierbei jedoch wie in der VZ81 zwischen den Kategorien "Schüler", "Lehrling" und "Direktstudent" unterschieden.

Sehr differenzierte Angaben zum gegenwärtigen Schulbesuch enthält die Sondererhebung 1987/88. Im Unterschied zu den besprochenen Erhebungen wurde hier nicht nur bei Studenten zwischen Fach- und Hochschulstudenten differenziert, sondern auch beim gegenwärtigen Schulbesuch zwischen der POS, der EOS und der Sonderschule.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Analyse herkunftsspezifischer Ungleichheiten im allgemeinen auf der Basis von Schicht- oder Klassenkonzepten erfolgt und ein solches Konzept für die Gesellschaft der ehemaligen DDR bislang nur rudimentär vorliegt (vgl. insbesondere Adler/Kretzschmar 1993, Meier 1991, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik o.J.). Für erste Analysen kann man sich jedoch auch an den traditionellen Indikatoren sozialer Herkunft "Bildungsniveau" und "berufliche Stellung" des Haupteinkommensbeziehers orientieren. Wie bereits erwähnt, ist bei dem Merkmal "Stellung im Beruf" jedoch insbesondere der Informationsgehalt der Kategorie "Arbeiter" gering, da die Mitgliedschaft zu der Arbeiterklasse auch aus dem "väterlichen oder dem eigenen Beruf, aus dem erlernten oder dem zuletzt ausgeübten Beruf, aus länger- oder kurzfristiger Arbeit, z.B. einem Vorpraktikum" (Rytlewski 1990:465) hergeleitet wurde. Eine aussagekräftige Differenzierung kann aber in Verbindung mit anderen Merkmalen wie beispielsweise ausgeübte Tätigkeit und Einkommen erreicht werden.<sup>44</sup>

Einen Überblick über die in den amtlichen Bevölkerungserhebungen als mögliche Indikatoren für soziale Herkunft verwendbaren Merkmalen gibt Übersicht 2. Das Merkmal Einkommen wurde hierbei ausgeklammert, da es in Abschnitt II.2 ausführlich behandelt wird. Wie Übersicht 2 entnommen werden kann, wurde der Schulabschluß von der DDR-Statistik nicht systematisch erhoben. In der Volkszählung 1981 wurde der Schulabschluß differenziert (Abschluß 8., 10. Klasse und Abitur) erfragt. Die Einkommensstichprobe 1988 enthält hingegen keine Informationen zum Schulabschluß, während in der

---

<sup>44</sup> Die in der EKS erhobenen Tätigkeitsmerkmale lassen sich problemlos in die Tätigkeitsmerkmale der VZ81 überführen.

Sondererhebung 1987/88 und im Zeitbudget 1990 wiederum detailliert nach dem jeweiligen Schulabschluß gefragt wird.

Das Merkmal **"Abgeschlossene Berufsausbildung"** hingegen ist in allen vier Statistiken mit den Ausprägungen Teilfacharbeiter (nur VZ81), Facharbeiter, Meister, Fachschulabschluß und Hochschulabschluß enthalten.

Wie Übersicht 2 zu entnehmen ist, wurde auch das Merkmal **"Stellung im Betrieb"** in den verschiedenen Erhebungen in unterschiedlicher Weise erfaßt. So wurde in der **Volkszählung 1981** das Merkmal **"Stellung im Betrieb"** (gefragt wurde: "Sind Sie berufstätig als ...") explizit erhoben. Personen, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht im Arbeitsprozeß standen, sollten ihre frühere Berufstätigkeit angeben. Frauen, die aufgrund einer Geburt zum Zeitpunkt der Erhebung nicht erwerbstätig waren, gaben zum einen ihre normale Berufstätigkeit an und machten in bezug auf die aktuell ausgeübte Tätigkeit die Angabe **"Freistellung"**. Keine spezifische Kategorie gibt es hingegen für Hausfrauen und Rentner. Diese können nur indirekt ermittelt werden. In der **Einkommensstichprobe 1988** wurde ganz allgemein nach der **"sozialen Stellung"** der Haushaltsmitglieder gefragt. Unterschieden wurde hierbei (neben den bereits oben erwähnten Lehrlingen und Direktstudenten) zwischen Arbeitern, Angestellten, LPG-Mitgliedern, übrigen Genossenschaftsmitgliedern, Selbständigen, nichtberufstätigen Rentnern, Müttern mit Freistellung (Babyjahr) und übrigen Personen ohne Einkommen. In der **Sondererhebung 1987/88** wurde ebenfalls nur nach der **'sozialen Stellung'** gefragt. Hierbei bilden allerdings Arbeiter und Angestellte eine Gruppe, die unterschieden werden von sonstigen Berufstätigen und Rentnern. Im **Zeitbudget 1990** schließlich wurde ebenfalls die **"soziale Stellung"** erhoben. Die Arbeiter wurden hier allerdings getrennt als Arbeiter und Produktionsarbeiter erfaßt. Daneben wurden noch Angestellte, sonstige Berufstätige, Rentner ohne Arbeitseinkommen, nicht Berufstätige und Arbeitslose erfaßt.

**Übersicht 2: Merkmale, die in VZ81, ZB85, EKS88, ZB90 und der Sondererhebung 1987/88 als Indikatoren für die soziale Herkunft berücksichtigt werden können**

	Volkzählung 81	Einkommensstich- probe 88	Zeitbudget 90	Sondererhebung 87/88
Abgeschlossene Schulbildung	Abschluß 8. Klasse Abschluß 10. Klasse Abschluß Abitur		bis 8. Klasse 10. Klasse Abitur	bis 8. Klasse 10. Klasse Abitur
Abgeschlossene Berufsausbildung	Teilfacharbeiter Facharbeiter Meister Fachschulabschluß Hochschulabschluß andere	ohne (un/angelernt) Facharbeiter Meister Fachschulabschluß Hochschulabschluß	Facharbeiter Meister Fachschulabschluß Hochschulabschluß	Facharbeiter Meister Fachschulabschluß Hochschulabschluß
Stellung im Betrieb/ Soziale Zugehörigkeit/ Soziale Stellung (relevante Merkmalsausprä- gungen)	Arbeiter/Angest.  LPG-Mitglied anderes Genossen- schaftsmitglied Freiberuflich Tätige Selbständiger Mithelf. Familien- angehöriger Nicht berufstätig	Arbeiter Angestellter  LPG-Mitglied anderes Genossen- schaftsmitglied  Selbständiger  Rentner Babyjahr  übrige Personen ohne Einkommen	Arbeiter Angestellter Produktionsarbeiter   Nicht berufstätig Rentner  sonst. Berufstätiger Arbeitslos	Arbeiter/Angestell- ter     Rentner  sonst. Berufstätiger
Tätigkeit	443 Tätigkeiten (siehe Systematik) Freistellung bei Frauen im Babyjahr	Tätigkeit (Anhang)	Tätigkeit (siehe Signierschlüssel)	

#### **1.1.4.1 Bildungsangaben in der westdeutschen amtlichen Statistik<sup>45</sup>**

Für die vergleichende Analyse herkunftsspezifischer Bildungsbeteiligungen können die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie die Volkszählung 1987 unberücksichtigt bleiben. In der ersteren wird das Merkmal "Gegenwärtiger Schulbesuch" überhaupt nicht erfaßt; in der Volkszählung gibt es zwar die Kategorie Schüler/Student, eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Schultypen ist jedoch nicht enthalten. Differenzierte Bildungsangaben finden sich hingegen im Mikrozensus, wenngleich auch bei diesem Merkmal die Erhebungskategorien im Zeitablauf variieren (vgl. Statistisches Bundesamt 1990:89).

Der Mikrozensus ist eine repräsentative - jährlich durchgeführte - Haushaltsstichprobe mit einem Auswahlatz von einem Prozent der Gesamtbevölkerung, die seit 1991 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wird (Heidenreich 1993a, b). Seit 1972 wird bei dem Merkmal "Schulbesuch" zwischen den Kategorien Besuch von Haupt-/Grundschulen, Realschulen, Gymnasien, Fachschulen, Ingenieur-/Fachhochschule und Hochschule/Universität unterschieden. Ab 1976 wird auch der Besuch von Integrierten Gesamtschulen erfaßt. Ab 1991 wird der Besuch von allgemeinbildenden Schulen im Mikrozensus nur noch differenziert nach den Klassenstufen 1 bis 4, 5 bis 10 sowie 11 bis 13 erfaßt, jedoch nicht mehr nach den verschiedenen Schulformen. Der Besuch von beruflichen Schulen wurde ab 1979 differenziert, zum Teil mit unterschiedlichen Kategorien erfaßt. Seit 1991 steht jedoch nur noch die Ausprägung "Berufliche Schule" zur Verfügung.

Als Indikatoren für die soziale Herkunft können beim Mikrozensus der **allgemeine Schul- und Ausbildungsabschluß** und die **berufliche Stellung des Haushalts- bzw. Familienvorstandes** herangezogen werden. Angaben zum allgemeinen Schul- und Ausbildungsabschluß wie auch zur Stellung im Betrieb werden im Mikrozensus alle zwei Jahre erhoben (Statistisches Bundesamt 1990:11,91). Da in den Mikrozensusen 1981, 1988 und 1990 diese Informationen nicht erhoben wurden, liegt mit dem Mikrozensus 1985 nur für das Zeitbudget 1985 ein - vom Erhebungszeitpunkt - unmittelbar vergleichbarer Datensatz vor. Für vergleichende Ost-West-Analysen bezüglich der Volkszählung 1981, der Sondererhebung 87/88, der Einkommensstichprobe 1988 oder dem Zeitbudget 1990 muß daher auf vorangegangene Mikrozensusen (1980, 1987, 1989) oder anschließende Mikrozensusen (1982, 1989, 1991) zurückgegriffen werden.

Das Merkmal "Schulabschluß" wird im Mikrozensus jeweils differenziert nach folgenden Kategorien erfaßt:<sup>46</sup>

- Volks-, Hauptschulabschluß,
- Mittlere Reife oder vergleichbarer Abschluß,

---

<sup>45</sup> Vgl. hierzu insbesondere Schimpl-Neimanns/Lüttinger (1993).

<sup>46</sup> Freiwillig ab 1991. Der Non-Response liegt 1991 nach eigenen Berechnungen bei etwa zehn Prozent.

- Fachhochschulreife und
- allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur).

Das Merkmal "abgeschlossene Berufsausbildung" wird i.d.R. mit folgenden Kategorien erhoben:

- Keinen beruflichen Ausbildungsabschluß;
- Abschluß einer Lehr-/Anlernausbildung oder gleichwertiger Berufsfachschulabschluß;
- Berufliches Praktikum; Meister, Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluß;
- Fachhochschulabschluß;
- Hochschulabschluß.

Eine Ausnahme bildet die Erhebung 1980 in welcher die Kategorien Berufsschule und Berufsfachschule sowie die Ausprägung Meister- gegenüber Technikerabschluß getrennt ermittelt wurden.

Für die Ermittlung der beruflichen Stellung des Haushaltsvorstands kann auf die Merkmale "Stellung im Beruf" und "Stellung im Betrieb" zurückgegriffen werden (vgl. Schimpl-Neimanns/Lüttinger 1993). Bei einer vergleichenden Analyse ist hierbei allerdings - wie schon oben für die Schulabschlüsse kurz skizziert - zu beachten, daß nicht nur bestimmte Berufsgruppen wie beispielsweise die "Beamten" in der DDR unbekannt waren, sondern auch gleich bezeichnete Berufsgruppen (hierunter fällt insbesondere die Kategorie "Arbeiter") in West- und Ostdeutschland nicht deckungsgleich sind (vgl. u.a. Gewande 1990, Rytlewski 1990, Köhler/Schreier 1990, Geißler 1990).

Für den Zeitraum von 1985 bis 1990 wurde die Stellung im Beruf mit folgenden Kategorien erhoben:

- Selbständige ohne Beschäftigte;
- Selbständige mit Beschäftigten;
- Mithelfende Familienangehörige;
- Beamter, Richter;
- Angestellter;
- Arbeiter, Heimarbeiter;
- Kaufm./Technischer Auszubildender;
- Gewerblicher Auszubildender;
- Zeit-/Berufssoldat;
- Wehrpflichtiger/ Ersatzdienstleistender.

Im Mikrozensus 1980 und 1982 hingegen, wurden die Selbständigen nicht nach "mit oder ohne" Beschäftigte getrennt und die Soldaten wurden der Kategorie Beamter, Richter zugeordnet (vgl. Statistisches Bundesamt 1990:37). Die "Stellung im Betrieb" wird seit 1982 mit folgenden Ausprägungen erhoben:

- Auszubildender;
- Selbständiger mit bis zu vier Beschäftigten;
- Selbständiger mit mehr als vier Beschäftigten;
- Angestellte/Beamte/Arbeiter (differenziert nach Bürokraft, Schreibkraft; Verkäufer, Bearbeiter; Sachbearbeiter);
- herausgehobene qualifizierte Fachkraft;

- Sachgebietsleiter/Referent, Handlungsbevollmächtigter;
- Abteilungsleiter, Prokurist;
- Direktor, Amtsleiter, Geschäftsführer (vgl. Statistisches Bundesamt 1990:106f.).

## **1.2 Der Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten im Bildungssystem und seine Auswirkungen auf den Familiengründungsprozeß**

Bis Ende des Zweiten Weltkrieges galt, daß Frauen/Mädchen um so seltener in Bildungseinrichtungen vertreten waren, je höher die hier zu erreichenden Abschlüsse waren. Noch in den sechziger Jahren war die bildungsspezifische Benachteiligung von Mädchen und Frauen beträchtlich. Als ein wesentliches Ergebnis der Bildungspolitik in beiden deutschen Staaten läßt sich festhalten, daß die geschlechtsspezifischen Chancenungleichheiten im Bildungssystem weitgehend abgebaut wurden (vgl. u.a. Geißler 1992:239f), d.h. Mädchen erreichten inzwischen die gleichen Bildungsergebnisse wie die Jungen. Das Qualifikationsniveau der Frauen in der DDR lag aufgrund ihres hohen Anteils an Fachschulabsolventen sogar etwas höher als in der Bundesrepublik: 1988 verfügten knapp 31 Prozent der (verheirateten) Frauen in der DDR mindestens über einen Fachschulabschluß, gegenüber zehn Prozent der (verheirateten) Frauen in Westdeutschland (vgl. u.a. Frick/Steinhöfel 1991:283).

In der Bundesrepublik, in welcher sich der Frauenanteil unter den Hochschulstudenten zwischen 1960 und 1989 von 27 auf 41 Prozent erhöht hat (Geißler 1992:240),<sup>47</sup> wird die zunehmende Höherqualifizierung von Frauen inzwischen verstärkt in Hinblick auf die Auswirkungen auf den Familiengründungsprozeß diskutiert (Blossfeld/Huinink 1989, Brüderl/Klein 1991, Blossfeld/Huinink/Rohwer 1991, Grundmann/Huinink/Krappmann 1992, Brüderl/Diekmann 1994). Ausgehend von den empirischen Befunden, daß

- die Ledigenquote bei Akademikerinnen in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen ist (so erhöhte sich der Anteil der Ledigen - bezogen auf die 30 bis 34jährigen - zwischen 1978 und 1987 bei Frauen ohne Ausbildungsabschluß um vier Prozent, bei Frauen mit Lehre um sechs Prozent und bei Akademikerinnen um 14 Prozent),
- viele - insbesondere hochqualifizierte - Frauen im Alter von 30 Jahren also noch nicht verheiratet sind (Schwarz 1989:376)
- und die Geburt des ersten Kindes - sofern überhaupt - ebenfalls erst in diesem Alter oder noch später stattfindet,

wird die Frage diskutiert, ob und welche kausalen Zusammenhänge zwischen der steigenden Bildungsbeteiligung von Frauen, ihrer zunehmenden Erwerbsbeteiligung, ihrem Heiratsalter und der Geburt des ersten Kindes bestehen.

---

<sup>47</sup> In der DDR erhöhte sich der Frauenanteil an Hochschulen im gleichen Zeitraum von 25 auf 49 Prozent.



Der familienökonomische Ansatz von Gary Becker postuliert einen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Heiratsneigung sowie Kinderwunsch. In Anlehnung an Blossfeld/Huinink (1989:385f) dargestellt, geht dieser Ansatz im wesentlichen davon aus, daß sich unverheiratete Frauen und Männer als eine Art Handelspartner betrachten. Diese gehen dann eine Ehe mit einem bestimmten Partner ein, wenn hierdurch Vorteile gegenüber der Nicht-Ehe oder gegenüber einem anderen Partner erzielt werden können. Traditionell liegt der Vorteil einer Heirat und der Gründung eines gemeinsamen Haushaltes insbesondere in der sich ergänzenden Spezialisierung der Männer auf arbeitsmarktvermittelte Erwerbstätigkeit und der Frauen auf die Haus- und Familienarbeit. Das würde bedeuten, daß der Anreiz zu heiraten um so größer ist, je stärker die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ausgeprägt ist. Infolge einer besseren Ausbildung der Frauen und den damit verbundenen höheren Einkommenschancen kommt es nach diesem Ansatz - unter der Bedingung traditioneller Arbeitsteilung - dazu, daß sich der Heiratszeitpunkt verzögert, der Anteil unverheirateter Frauen steigt und die Ehen instabiler werden (Blossfeld/Huinink 1989:386, Brüderl/Klein 1991:324f).<sup>48</sup> Weiterhin postuliert die ökonomische Familientheorie als Folge des höheren Bildungsniveaus und der besseren Berufschancen der Frauen auch einen sinkenden Kinderwunsch. Dies wird damit begründet, daß Kinder direkte Kosten (Kleidung, Ausbildung, Ernährung etc.) und Opportunitätskosten (z.B. entgangenes Einkommen aus alternativer Zeitverwendung) verursachen. Die Höhe der Opportunitätskosten ist abhängig von den realisierbaren Lohneinkommen der Frauen und damit indirekt von ihrem Ausbildungsniveau. Mit wachsendem Ausbildungsniveau und steigenden Karrierechancen von Frauen ist daher ein zunehmender Konflikt zwischen Kindererziehung und Erwerbstätigkeit zu vermuten, der nach dem ökonomischen Ansatz langfristig zu einer Verringerung der Kinderzahl, zum Teil auch zu einer Aufgabe des Kinderwunsches führt.

Nach einem anderen Ansatz (Blossfeld/Huinink 1989, Blossfeld/Huinink/Rohwer 1991) wirkt sich hingegen weniger das Bildungsniveau und sich hieraus ergebende Berufs- und Einkommenschancen, als vielmehr die Ausbildungsdauer, die sich bei einer höheren Qualifikation über einen längeren Zeitausschnitt erstreckt, negativ auf das Heiratsalter von Frauen aus. Allgemein wird postuliert, daß Personen, die sich in einer Schul- oder Ausbildung befinden, eine stark reduzierte Heiratsneigung aufweisen. Dieser sogenannte Institutioneneffekt wird unter anderem damit begründet, daß in der Ausbildungsphase i.d.R. nicht nur eine starke ökonomische Abhängigkeit von dem Elternhaus besteht, sondern in modernen Gesellschaften, die vorwiegend am Erwerbsleben orientiert sind, der normativen Erwartung, nicht vor dem Ausscheiden aus dem Ausbildungssystem zu heiraten, eine große Bedeutung zukommt. Nach diesem Ansatz ist daher die Dauer und nicht das Niveau der Bildung die Ursache für verzögerte Familiengründungsprozesse. Ein Bildungsniveaueffekt wird lediglich bezüglich des Zeitpunkts der Ge-

---

<sup>48</sup> Auch Schwarz (1989) diskutiert das Heiratsverhalten hochqualifizierter Frauen unter dem Aspekt der Partnerwahl auf dem Heiratsmarkt. Nach seinem Ansatz sind Männer noch stark ihren traditionellen Rollen verhaftet und haben daher eine eher geringe Neigung eine hochqualifizierte Partnerin zu heiraten.

burt des ersten Kindes (relativ spät) oder hinsichtlich der völligen Aufgabe des Kinderwunsches gesehen.

Weiterführende Erkenntnisse in dieser Diskussion könnten durch einen Vergleich mit der Entwicklung von Familiengründungsprozessen in der DDR gewonnen werden. Im Unterschied zu der Bundesrepublik war die Familienpolitik der DDR stark pronatalistisch ausgerichtet (Wendt 1991:269, Gysi et al. 1990:138). Zugleich war man aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs der DDR-Wirtschaft auf eine hohe Frauenerwerbsquote angewiesen.<sup>49</sup> Um diese Zielsetzung, d.h. die in Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung stehende Mutter, zu erreichen, existierten eine Vielzahl familienpolitischer Maßnahmen, die einerseits den Anreiz einer möglichst frühen Mutterschaft erhöhen und andererseits eine Doppelbelastung durch Mutterschaft und Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung verringern sollten. Hierzu gehörten u.a. 'Heiratsprämien' (Wohnungsvergabe, Kredite), die 'Geburtenbeihilfe', zinslose Kredite für junge Ehepaare, bezahlte monatliche Hausarbeitstage, die Wohnungsvergabepaxis und eine Vielzahl außerfamiliärer Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Im allgemeinen werden die hier nur skizzierten familienpolitischen Rahmenbedingungen als eine der wesentlichen Ursachen für die deutlichen Unterschiede in Heirats- und Fertilitätsmustern zwischen der DDR und der Bundesrepublik angesehen (vgl. z.B. Wendt 1991). So war die Heiratsneigung in der DDR mit 7,9 Eheschließungen pro 1000 Einwohnern deutlich höher als in der Bundesrepublik mit 6,4 Eheschließungen pro 1000 Einwohner. Mit durchschnittlich 23,2 Jahren heirateten Frauen in der DDR 2,5 Jahre früher als in Westdeutschland (Pohl/Störtzbach/Wendt 1992:8). Ähnliche Unterschiede sind auch hinsichtlich des Alters bei der Geburt von Kindern feststellbar, in der DDR betrug das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes 1989 24,8 Jahre, in der Bundesrepublik 27,7 Jahre (Pohl/Störtzbach/Wendt 1992:21). Zugleich war aber, wie bereits erwähnt, der Anteil hochqualifizierter Frauen in der DDR höher als in der BRD. Darüber hinaus lag die Frauenerwerbsquote<sup>50</sup> in der DDR mit 92 Prozent um circa 30 Prozent über jener in Westdeutschland (vgl. Geißler 1992:242f).

Vor diesem Hintergrund stellt sich daher die Frage, in welchem Umfang die in der Bundesrepublik zu beobachtenden Tendenzen der späten Heirat, des späten Alters bei der Erstgeburt oder der Aufgabe des Kinderwunsches eine unmittelbare Folge der Höherqualifizierung (sei es in Hinsicht auf die Dauer oder das Niveau der Ausbildung) von Frauen ist und welchen Anteil die familienpolitischen Rahmenbedingungen haben. Eine vergleichende Analyse des Zusammenhangs von Bildungsstrukturen und Familiengründungsprozessen in der DDR und der Bundesrepublik könnte hierüber weiteren Aufschluß geben; insbesondere da zur Zeit noch nahezu keine Informationen über die Heirats- und Fertilitätsmuster

---

<sup>49</sup> Die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR war aber nicht nur ein 'gesellschaftliches Erfordernis', sondern aufgrund der niedrigen Löhne auch eine ökonomische Notwendigkeit in vielen Familien. Nach vorliegenden Angaben betrug in der DDR der von Frauen erbrachte Anteil am Haushaltseinkommen etwa 40 Prozent. In der Bundesrepublik liegt dieser Anteil dagegen bei circa 18 Prozent (Wendt 1991:269).

<sup>50</sup> Bezogen auf die Altersgruppe der 25 bis 60-jährigen.

der DDR-Frauen in Abhängigkeit von Bildung vorliegen, die eine Beantwortung dieser Frage erlauben würden.<sup>51</sup>

Im folgenden soll kurz skizziert werden, welche Angaben, die zur Analyse dieser Frage herangezogen werden könnten, in den relevanten Bevölkerungserhebungen der DDR enthalten sind. Anschließend wird kurz auf die entsprechenden Merkmale des Mikrozensus eingegangen. Die Darstellung dient dabei ausschließlich einer ersten Orientierung über den Informationsgehalt dieser Daten.

## **1.2.1 Datenlage**

### **1.2.1.1 Amtliche Bevölkerungserhebungen der DDR**

Nach Blossfeld/Huinink (1989:387) ist die Akkumulation von Bildungs- und Karriereressourcen ein lebenslanger Prozeß, der sich zum einen im allgemeinen und beruflichen Bildungssystem und zum anderen später innerhalb des Beschäftigungssystem durch "on-the-job-training" vollzieht. Daher sollten sowohl die allgemeinen Bildungsabschlüsse als auch der Erwerb von arbeitsplatzbezogenen Fertigkeiten in ihren Auswirkungen auf den Familiengründungsprozeß berücksichtigt werden. Die letztgenannten Informationen wurden in den hier relevanten Bevölkerungsstichproben nicht erhoben - eine Ausnahme bildet die Einkommensstichprobe 1988, in welcher nach der derzeitigen Weiterbildung gefragt wurde - darüber hinaus enthalten die amtlichen Daten jedoch eine Reihe von Merkmalen, die zur Analyse des 'Timings' von Familiengründungsprozessen herangezogen werden können.

Die infrage kommenden Erhebungen sind die Volkszählung 1981, die Einkommensstichprobe 1988 und das Haushaltsbudget 1988/89. Ohne Belang sind die Zeitbudgetdaten und die Sondererhebung, da sie keine Informationen zum Eheschließungsjahr enthalten.

Die Volkszählung 1981 eignet sich insofern sehr gut für einen ersten Überblick, als hier neben den bereits besprochenen, differenziert erfaßten Bildungsangaben (Bildungs- und Ausbildungsabschluß) nicht nur Informationen zu den aktuell im Haushalt lebenden Kindern erhoben, sondern auch die Anzahl der von jeder Frau geborenen Kinder erfaßt wurden, so daß es möglich ist, die Fertilität von Frauen in Abhängigkeit von der Ausbildung in umfassender Weise zu analysieren. Daneben enthält die Volkszählung weitere wichtige Angaben, die für die Analyse von Familiengründungsprozessen von Bedeutung sind (vgl. auch die Tabellen im Anhang). Unter anderen sind hierbei zu nennen:

- Geschlecht
- Geburtsjahr
- Familienstand
- Eheschließungsjahr
- in Ausbildung

---

<sup>51</sup> Eine erste Analyse bezogen auf das Heiratsalter in Ostdeutschland haben Brüderl und Dickmann (1994) durchgeführt.

- erlernter Beruf
- Stellung im Betrieb
- letzte Tätigkeit
- ausgeübte Tätigkeit

Auch die Einkommensstichprobe enthält für eine Analyse von Familiengründungsprozessen notwendige Angaben. Neben den oben ebenfalls schon diskutierten **Bildungsangaben** wurde hier auch nach einer **gegenwärtigen Aus- und Weiterbildung** (mit den Ausprägungen: ohne, Fernstudium, Erwachsenenqualifizierung in betrieblichen Einrichtungen, Volkshochschule) gefragt. Darüber hinaus sind u.a. folgende Angaben relevant:

- Geschlecht
- Geburtsjahr
- Familienstand
- Eheschließungsjahr
- Soziale Stellung der Person
- Berufstätigkeit (Voll-, Teilzeit, nicht berufstätig)
- ausgeübte Tätigkeit
- Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder (diese Information kann indirekt über die Stellung zum Haupteinkommensbezieher erschlossen werden)
- Geburtsjahr der Kinder

Von nur begrenztem Nutzen sind die Haushaltsbudgetdaten, da sie zum einen nur haushaltsbezogen vorliegen, zum anderen die relevanten Angaben stark aggregiert sind. Zur Information werden diese Merkmale hier dennoch aufgeführt:

- Altersgruppe des Haupteinkommensbeziehers
- Altersgruppe des Ehepartners
- Soziale Stellung des Haushalts
- Zahl der im Haushalt lebenden Kinder, differenziert nach Alter
- Zahl der Arbeitseinkommensbezieher
- Gründungsjahr des Haushaltes
- Junge Ehe (differenziert nach: keine junge Ehe; beide Ehepartner unter 30 Jahren, beide Ehepartner unter 26 Jahren, ein Ehepartner unter 26 Jahren)
- Berufstätigkeit der Ehefrau/Lebensgefährtin (vollbeschäftigt, teilzeitbeschäftigt über 30 Stunden wöchentlich, teilzeitbeschäftigt bis 30 Stunden wöchentlich, nicht berufstätig (inkl. Babyjahr))

#### **1.2.1.2 Bundestatistik**

Für einen vergleichenden Überblick kann die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe außer Betracht bleiben, da sie keine Informationen hinsichtlich des Bildungs- und Ausbildungsniveaus der befragten Personen enthält. In der Volkszählung 1987 wurden zwar die jeweils höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse erhoben, die Frage nach dem Eheschließungsjahr ist allerdings nicht enthalten, so daß auch die Volkszählung hier nicht weiter berücksichtigt werden muß.

In den hier relevanten Mikrozensus (1980, 1982, 1987, 1989, 1991; vgl. Abschnitt II.1.1.4.1) wird zwar nach dem Eheschließungsjahr der aktuellen bzw. letzten Ehe gefragt, allerdings ist zu beachten, daß die Beantwortung dieser Frage in den Mikrozensus 1980 und 1982 verpflichtend, in den Mikrozensus seit 1985 freiwillig ist. Im Unterschied zu den amtlichen Erhebungen der DDR werden im Mikrozensus in zweijährigem Abstand - in Form eines Zusatzmoduls - auch Informationen zur beruflichen Weiterbildung der Befragten erfaßt (vgl. Statistisches Bundesamt 1990:91). Da diese Angaben - aufgrund fehlender Vergleichsmöglichkeiten mit den DDR-Daten - hier jedoch nicht relevant sind, soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß die Mikrozensus 1980, 1982, 1987, 1989 und 1991 auch Angaben zur beruflichen Fortbildung, Umschulung oder sonstiger zusätzlicher praktischer Berufsausbildung enthalten. Hinsichtlich einer vergleichenden Perspektive kommen daher neben den bereits erwähnten Bildungs- und Ausbildungsmerkmalen insbesondere folgende Merkmale aus dem Grundprogramm des Mikrozensus in Betracht:

- Geschlecht
- Geburtsjahr
- Familienstand
- Eheschließungsjahr
- Zahl der Kinder in verschiedenen Altersgruppen in der Familie/Haushalt
- ausgeübte Tätigkeit
- Stellung im Beruf

## **2. Einkommensdaten der DDR-Statistik und ihr Analysepotential für die Ungleichheitsforschung**

### **2.1 Einleitung**

Über den universellen Zugang zu Güter- und Dienstleistungsmärkten bestimmt die Einkommenslage maßgeblich die materielle Lebenslage. Traditionell spielt das Einkommensmerkmal deshalb, neben Bildung und Beruf, in der Sozialstrukturforschung und in der Analyse sozialer Ungleichheit eine zentrale Rolle. Die das Einkommensmerkmal betreffenden traditionellen soziologischen Fragestellungen lassen sich grob klassifizieren. Zum einen wird die Entstehungsseite thematisiert, wenn nach der ungleichen Verteilung der Erwerbseinkommen in Abhängigkeit von der Bildungsqualifikation oder dem Geschlecht gefragt wird. Personen und Haushalten fließt in ihrer Funktion als Anbietern von Arbeitsleistungen Einkommen zu. Die Höhe des Erwerbseinkommens spiegelt Bewertungen knapper Fähigkeiten und Leistungen in Abhängigkeit von Angebots- und Nachfragemechanismen des Arbeitsmarktes und der Verhandlungsmacht von Interessengruppen wieder. Durch staatliche Umverteilungen werden am Arbeitsmarkt entstehende Einkommensungleichheiten modifiziert. Die Rolle staatlicher Transferleistungen und Umverteilungsprozesse wird in der Regel mit der Untersuchung von Haushaltseinkommen angesprochen. Bei der Analyse von Konsummustern oder Lebensstilen wird zum anderen die Verwendungsseite des Einkommens behandelt.

Für die alten Bundesländer kann festgestellt werden, daß sich seit der Gründung der Bundesrepublik die Realeinkommen<sup>52</sup> erheblich verbessert und breiten Wohlstand ermöglicht haben. Dennoch scheint die ungleiche Verteilung von Einkommen im wesentlichen konstant geblieben zu sein (Glatzer 1989). In der DDR waren die Löhne und Gehälter wesentlich weniger differenziert und die Einkommensungleichheit im Vergleich zur Bundesrepublik geringer. Einerseits finden sich Hinweise, daß die Einkommensverteilung seit den fünfziger Jahren homogener geworden ist (Vortmann 1985: 177; Graf/Miethe 1992: 997). Andererseits werden ab den siebziger Jahren mit Hinweis auf Änderungen des Lohnsystems, die eine leistungsabhängigere Bezahlung durchsetzen sollten, Tendenzen einer wachsenden Einkommensdifferenzierung vermutet (Belwe 1989). Die Auswirkungen dieser steckengebliebenen Reform sind jedoch nicht klar und mit den vorhandenen Informationen nicht nachvollziehbar. Die von Manz (1992: 61-92) inzwischen berichteten Studien aus Anfang der siebziger Jahre zeigen, daß es in der DDR ein erhebliches Potential an Einkommensarmut und beträchtliche Vermögensunterschiede gab. Zwar stiegen von 1970 bis 1990 die Nettoarbeitseinkommen um 40 Prozent, da aber im gleichen Zeitraum die Preise stärker stiegen, ist eine Stagnation der Reallöhne zu konstatieren (Manz 1992: 44).

---

<sup>52</sup> Um Einkommensverteilungen verschiedener Zeitpunkte vergleichen zu können, muß die Kaufkraftentwicklung berücksichtigt werden. Bei der Berechnung von Realeinkommen werden die Veränderungen der Geld- oder Nominaleinkommen um den Anteil verringert (deflationiert), der auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückzuführen ist.

In der DDR-Ideologie dominierte das Verteilungsprinzip 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit', das sogar Eingang in die Verfassung gefunden hatte.<sup>53</sup> Wie in anderen sozialistischen Ländern gab es in der DDR einen Konflikt zwischen der Rechtfertigung von Einkommensunterschieden mit wirtschaftlicher Effizienz (Anreizfunktion des Einkommens) einerseits und dem Gleichheitspostulat andererseits. Neben dem normativen Primat der Verteilung nach der Arbeitsleistung spielten immer auch soziale Gesichtspunkte eine Rolle, die zur Verminderung ökonomischer Ungleichheit beitragen sollten und in der Forderung nach Annäherung der Einkommen aller Klassen und Schichten zum Ausdruck kamen. Über die Ziele der Verteilungspolitik informieren ausführlich Manz/Winkler (1988) und Vortmann (1985: 41ff.). Verstärkt versuchte man ab den siebziger Jahren leistungsabhängige Entlohnungsformen als Mittel zur Produktivitätssteigerung einzuführen und verfolgte damit einen 'Kurs der begrenzten Ungleichheit' (Schwartau/Vortmann 1989: 292). In der Preis- und Subventionierungspolitik, die zur "zweiten Lohntüte" führte, sind ebenfalls Kurswechsel festzustellen. Jedoch sicherten Subventionen und stabile Preise für den Grundbedarf das Lebensniveau der Einkommensschwachen.

Für die Sozialstrukturforschung ist eine Rekonstruktion der Einkommensungleichheit in der DDR aus verschiedenen Gründen nötig. Zum einen waren Einkommensanalysen weitestgehend tabu und in sozialwissenschaftlichen Erhebungen durften Einkommen nicht oder nur rudimentär erhoben werden (Laatz 1984, Meier 1991). Soziologen hatten in der Regel keinen Zugang zu den Bevölkerungsstichproben der amtlichen Statistik der DDR, die Einkommensdaten enthielten (Berger 1992). Insgesamt ist eine äußerst schlechte Materiallage festzustellen (Vortmann 1985). Die selektive Veröffentlichungspolitik der DDR-Führung erschwerte zusätzlich die Verwendung veröffentlichter Daten. Beispielsweise wurden bis 1989 keine (amtlichen) Angaben über Durchschnittsverdienste getrennt für Männer und Frauen berichtet (Statistisches Bundesamt 1992b: 22ff.), obwohl diese durchaus erhoben wurden und in verschiedenen Statistiken vorlagen. Wegen der unzureichenden Materiallage sind Rekonstruktionen zur Einkommenslage unerlässlich. Kenntnisse über die materiellen Lebensbedingungen in der DDR sind auch für die Untersuchung des Transformationsprozesses nach der Vereinigung von grundlegendem Interesse, da soziale Vergleichsprozesse mit der materiellen Lage in der DDR bis zur Vereinigung die Akzeptanz der Systemtransformation beeinflussen. Mit Lötsch (1993a) ist ferner festzuhalten, daß der Ausgangspunkt für die Analyse der Transformationsprozesse nicht erst Ende der achtziger Jahre sein sollte.

In der ehemaligen DDR zeichnet sich eine Angleichung an die Ungleichheitsstrukturen in den alten Bundesländern ab. Bei dieser Systemtransformation treten besondere Probleme auf, die aus den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt resultieren. Insbesondere sind dies Folgen hoher Arbeitslosigkeit, Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit und Frühverrentungen. Die Haushalte in den neuen Bundeslän-

---

<sup>53</sup> Voigt/Meck (1984) und Graf/Miethe (1992: 997) weisen darauf hin, daß von der Kennzeichnung der DDR als Leistungsgesellschaft jedoch keine Rede sein kann.



dem werden durch Subventionsabbau und steigende Preise für Mietwohnungen stark belastet. Einkommensumschichtungen entstehen auch durch die Einführung des bundesdeutschen Steuersystems und wohlfahrtsstaatlicher Transfers.

Das Analysepotential der amtlichen Einzeldaten der DDR-Statistik zu Fragen der Einkommensverteilung kann aus verschiedenen Perspektiven untersucht werden. Dies betrifft erstens die zeitliche Dimension und damit verbundene Fragen nach Möglichkeiten der Rekonstruktion materieller Einkommens- und Lebenslagen und der Nutzbarkeit der DDR-Daten als Basis für Untersuchungen der Transformationsprozesse. Hierbei spielt auch die Vergleichbarkeit mit den inzwischen in den neuen Bundesländern eingeführten Statistiken eine Rolle. Die zweite Dimension besteht in der sachlichen Unterscheidung zwischen der Entstehungs- und Verwendungsseite von Einkommen.

Bei internationalen Vergleichen und bei Untersuchungen der Transformationsprozesse entstehen Probleme der Zuordnung von Verteilungsunterschieden zwischen verschiedenen Gesellschaftsformen auf die Einheiten System oder Individuum bzw. soziale Gruppe. Auch wenn dieses methodische Problem hier ausgeklammert werden muß, soll die Aussagekraft von Verteilungsvergleichen zwischen verschiedenen Systemen diskutiert werden, um zu klären, ob und in welchem Maß Einkommen und monetärer Konsum vergleichbare Indikatoren der materiellen Lebenslage sind.

Im folgenden werden Fragen des Systemvergleichs zuerst angesprochen. Danach folgt eine Skizzierung der in der Regel bei Einkommensanalysen verwendeten theoretischen Ansätze, vor deren Hintergrund das Analysepotential der DDR-Daten für die Schätzung von Einkommensfunktionen diskutiert wird. Die Analyse von Haushaltseinkommen und die Verwendbarkeit der Daten für Untersuchungen der Steuer- und Transfersysteme werden gemeinsam diskutiert. Die Behandlung des Analysepotentials für Fragen nach Konsummustern und Lebensstilen schließt die inhaltlichen Betrachtungen ab. Der Schwerpunkt liegt bei der Darstellung des Potentials der Daten für die Untersuchung von Erwerbseinkommen, da diese in der DDR den größten Beitrag zur gesamten Einkommenslage hatten und sich gravierende Veränderungen des Arbeitsmarktes nach der Vereinigung zeigen. Die Vergleichbarkeit von Variablen und einzelnen Ausprägungen kann nur stellenweise angeschnitten werden. Hinweise auf amtliche Einkommensdaten der Bundesstatistik, die für vergleichende Ost-West-Analysen nutzbar sind, werden abschließend gegeben.

## 2.2 Probleme des Vergleichs von Einkommensverteilungen

Hauser (1992) und Atkinson/Micklewright (1992) haben auf die wichtigsten Komplikationen beim Vergleich von Einkommensverteilungen zwischen marktwirtschaftlichen und sozialistischen Ländern hingewiesen. Dies betrifft relative Einkommenslagen und Niveauvergleiche, bei denen Einkommen als Wohlfahrtsindikator verwendet wird. Die folgenden Ausführungen behandeln weniger Probleme von Einkommensvergleichen per se, sondern vielmehr Punkte, die sich aus der Verwendung von Einkommen als Indikator für materielle Lagen ergeben. Wir orientieren uns dabei stark an Hauser (1992) und fassen seine Anmerkungen zur Problematik relativer Vergleiche zusammen.

Mit dem Zugang zu besseren Wohnungen und höherwertigen Produkten oder Reisen verfügte die Partei- und Staatsbürokratie der DDR über verschiedene Privilegien. Diese geldwerten Vorteile sind nirgends erfaßt und können deshalb nicht empirisch untersucht werden. Betrachtet man aber lediglich die Verteilung persönlicher oder Haushaltseinkommen ohne Berücksichtigung der Privilegien, wird das Ausmaß von Ungleichheit in der DDR tendenziell unterschätzt. Zusätzlich ist zu beachten, daß die Partei- und Staatsbürokratie als Teil des sogenannten X-Bereichs<sup>54</sup> in den Bevölkerungsstichproben der DDR-Statistik ausgeschlossen war, so daß darüber grundsätzlich keine Aussagen gemacht werden können. Die Folge ist eine weitere tendenzielle Unterschätzung materieller Lebenslagen.

Die Preispolitik war in der DDR Teil der Verteilungspolitik (Vortmann 1985; Schwartau/Vortmann 1989) mit dem Ergebnis stark subventionierter Güter (vgl. Ebert 1990; Manz 1992). Man kann davon ausgehen, daß der Grundbedarf schichtunabhängig ist. Besonders die Subventionierung von Gütern des Grundbedarfs kam den unteren Einkommensschichten zugute, da dadurch der Einkommensanteil für weitere Güter vergrößert wurde. Wird als Ungleichheitsmaß beispielsweise die Einkommensrelation zwischen einkommenshohen und -niedrigen Schichten, jeweils mit und ohne einen konstanten Betrag für die Subventionierung des Grundbedarfs, verwendet, bewirkt diese Subventionierung eine Überschätzung der Ungleichheit. Damit wird deutlich, daß die isolierte Betrachtung von Einkommen jeweils aus der Entstehungs- oder Verwendungsperspektive nur eingeschränkte Schlußfolgerungen auf Veränderungen materieller Lebenslagen ermöglicht (vgl. dazu auch Roesler 1991; Manz 1992). Für die Analyse mit längerer Zeitperspektive wären Auswirkungen der Änderung der Preispolitik Ende der siebziger Jahre zu untersuchen, als das Prinzip konstanter Verbrauchsgüterpreise bei höherwertigen Produkten gelockert wurde (Schwartau/Vortmann 1989).

Bei Analysen des Haushaltseinkommens werden häufig Äquivalenzskalen zugrundegelegt, mit denen ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen ermittelt wird, um Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften

---

<sup>54</sup> Zum X-Bereich gehörten: Armee und Grenztruppen, Polizei, Zoll, Staatssicherheit, Parteien und gesellschaftliche Massenorganisationen (einschließlich Verlage und Druckereien dieser Einrichtungen), Beschäftigte der Wismut-AG (Betriebe des Bergbaus).

und altersabhängige Bedarfsunterschiede zu berücksichtigen. Die Übertragung von im Westen verwendeten Gewichten ist insofern problematisch, als damit angenommen wird, die altersabhängigen Bedarfsunterschiede seien in beiden Ländern gleich; angesichts der besonderen Familienpolitik in der DDR (vgl. Helwig 1987) ist dies eine kritische Annahme. Wie Hauser (1992) betont, wäre eine empirisch gesicherte Gewichtung auf der Basis von Ausgabegruppen und deren Preisen für unterschiedliche Haushaltstypen nötig.

Da der Dienstleistungsbereich der Nachfrage nach bestimmten Leistungen, z.B. Reparaturen und andere Handwerkerleistungen, nicht nachkommen konnte, wurden viele dieser Arbeiten als "Feierabendarbeit" ausgeführt. Bestimmte Berufsgruppen konnten dadurch ein beträchtliches zusätzliches und nicht zu versteuerndes Einkommen erzielen (Manz 1992: 53). Diese Einkünfte aus der Schattenwirtschaft können einen kaum zu kontrollierenden Einfluß auf die Einkommensverteilung haben.

Hauser (1992) gibt weitere Hinweise auf Probleme bei Niveauunterschieden, die entstehen, wenn Einkommensvergleiche für den Zeitraum der Transformationsprozesse durchgeführt werden. Hinsichtlich der Berechnung vergleichbarer Kaufkraftparitäten ist darauf hinzuweisen, daß mit Hilfe der Statistik des Haushaltsbudgets, die von den sechziger Jahren an durchgeführt und nach der Vereinigung bis 1992 fortgesetzt wurde, die Bestimmung schichtspezifischer Warenkörbe möglich ist (vgl. Nierhaus 1991; Manz 1992). Für die Ermittlung des unterschiedlichen Zeitaufwandes bei der Güterbeschaffung wären die Zeitbudgeterhebungen relevant. Fragen nach dem Umfang der Haushalts- und Eigenproduktion ließen sich mit dem Haushaltsbudget und dem Zeitbudget bearbeiten. Die weiteren Problempunkte der Bereitstellung öffentlicher Güter, der Vergleichbarkeit von Sozialabgaben und der unterschiedlichen Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur dürften mit den hier zu besprechenden DDR-Statistiken nicht bearbeitbar sein.

## **2.3 Funktionen von persönlichen Erwerbseinkommen**

### **2.3.1 Problemstellung und theoretische Ansätze**

Für die Analyse der Schichtung von persönlichen Erwerbseinkommen in marktwirtschaftlich verfaßten Systemen werden vorwiegend humankapitaltheoretische Ansätze, daneben Segmentations- und Segregationstheorien herangezogen. Nach der Kernannahme der Humankapitaltheorie (Becker 1975; Mincer 1974) führt Ausbildung zur Steigerung von Wissen und Fertigkeiten, was wiederum die Produktivität einer Arbeitskraft erhöht. Da die qualifizierteren Arbeitskräfte produktiver sind als die weniger qualifizierten, können sie im Lohnwettbewerb höhere Einkommen erzielen. Bei der Anwendung dieses Modells auf planwirtschaftlich verfaßte Systeme sind die zugrundeliegenden theoretischen Annahmen allerdings kaum haltbar. Die Einkommen waren im wesentlichen nicht marktvermittelt, sondern wurden staatlich festgesetzt, und diese Rolle der politischen Definitionsmacht bei der Einkommensverteilung

bleibt gänzlich außer acht. Wegen der chronischen Arbeitskräfteknappheit konnten andererseits teilweise die Beschäftigten den Betriebsleitungen finanzielle Zugeständnisse abringen, so daß in Grenzen doch von einem "Quasi-Arbeitsmarkt" gesprochen werden kann (vgl. Huinink 1992: 241). Bei den zentralen Lohnfestlegungen spielten theoretische Kriterien der Komplexität der Arbeit (einfache vs. schwierige Arbeit; Verantwortung) und der Reproduktion der Arbeitskraft (z.B. hinsichtlich Ausbildung) eine Rolle (vgl. Rößler/Schmidt/Seidl 1978). In dieser Hinsicht und insofern Einkommensdifferenzierungen leistungssteigernd wirken sollten, kommen auch Aspekte der Humankapitaltheorie zur Geltung, d.h. Annahmen über den Zusammenhang zwischen Bildungsqualifikation, Produktivität und Entlohnung. Einschränkend muß jedoch festgehalten werden, daß geringe Einkommensunterschiede zwischen Facharbeitern und Hochschulabsolventen - letztere verdienten zu Beginn ihres Arbeitslebens oft weniger als Facharbeiter - offensichtlich unbeabsichtigte Nebeneffekte hatten. So schreiben Lötsch/Wörner (1983: 168): "Ferner mehrten sich in dem Maße, wie bestimmte und gesellschaftlich dringend erforderliche Bildungswege nicht oder nicht hinreichend materiell stimuliert sind, die Probleme im Reproduktionsmechanismus der Intelligenz; es ist zum Beispiel schwierig genug, junge befähigte Facharbeiter für ein Ingenieurstudium zu gewinnen". Lötsch (1993b: 118) verweist auf Untersuchungen, wonach sich eine akademische Laufbahn gegenüber einer Arbeiterkarriere infolge von Einkommensausfällen während der Ausbildung erst ab Mitte bis Ende des fünften Lebensjahrzehnts bezahlt machte. Infolge flacher Einkommensverteilung war der Anreiz, in Humankapital zu investieren, also eher gering. Die von der Humankapitaltheorie angenommene Beziehung zwischen Bildung und Einkommen ist auch in der Hinsicht gestört, daß immer auch politische Kriterien eine Rolle für die Einkommensbestimmung spielten, sei es vermittelt über den Zugang zu besser dotierten Positionen (Adler/Kretzschmar 1993), sei es über bestimmte Sondervergütungen für bestimmte Gruppen in der Nähe zur staatlichen Macht (Vortmann 1985). Seit den siebziger Jahren wurde der Zusammenhang zwischen Qualifikation, Produktivität und Entlohnung besonders betont, um über Einkommensanreize Produktivitätserhöhungen zu bewirken. Einkommensdifferenzierungen dienten als Mittel der Arbeitskräftelenkung in bestimmte Wirtschaftsbereiche und spiegeln gewissermaßen Arbeitsmarkteffekte wider. Wägt man die verschiedenen Argumente ab, ist zusammenfassend festzuhalten, daß bei Berücksichtigung dieser Punkte Einkommen als Funktion von allgemeiner und beruflicher Bildung analysierbar ist und "Bildungsrenditen" ermittelt werden können.

Ausgehend von der Humankapitaltheorie, schlägt Merz (1988) die theoretische Erweiterung unter anderem durch die Berücksichtigung von positiven (Sozialleistungen) und negativen (Steuern, Sozialabgaben) Transferleistungen sowie Einkommen und berufliche Stellung des Ehepartners vor. Neben den Lohnsätzen haben diese Faktoren einen Einfluß darauf, ob Frauen Arbeit nachfragen. Insbesondere im Fall der DDR ist dies von großer Bedeutung, da die uneinheitliche Lohnbesteuerung Arbeitern gegenüber Angestellten Vorteile verschaffte (Stephan/Wiedemann 1990) und Betriebe um knappe Arbeitskräfte konkurrierten und dabei mit sozialpolitischen Leistungen warben (Adler/Kretzschmar 1993;

Behrens 1993). Während Merz (1988: 149) nur einen schwachen Einfluß des Einkommens des Ehemannes für die Erwerbsbeteiligung der Frau in der Bundesrepublik feststellen konnte, dürfte der Aspekt des "Dazuverdienens" in der DDR vermutlich eine größere Rolle gespielt haben.

Die niedrigeren Einkommenschancen von Frauen gegenüber von Männern werden in der Literatur unter den Stichworten "Selbstselektion" bzw. "Diskriminierung" kontrovers diskutiert. Auch für die DDR lassen sich Hinweise auf beide Sichtweisen finden. Die schlechteren Einkommenschancen von Frauen hängen mit der ungleichen Verteilung auf berufliche Positionen und Wirtschaftssektoren zusammen. Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlichem Frauenanteil an den Beschäftigten, wie z.B. Handel, Gesundheitswesen, Lebensmittel- und Textilindustrie, wiesen deutlich unterdurchschnittliche Lohnsätze auf (Manz 1992: 39). Aber ungleiche Einkommenschancen hinsichtlich Wirtschaftszweig oder Beruf alleine sind kein ausreichender Indikator für geschlechtsspezifische Benachteiligungen. Zu fragen ist vielmehr, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, die über solche Faktoren hinausgehen; d.h., verdienen Frauen unter Kontrolle bestimmter Merkmale immer noch weniger als Männer? Aber selbst unter Kontrolle von Variablen, wie z.B. Wirtschaftszweig, Beruf, Qualifikation und Arbeitszeit, sind Einkommensrückstände von Frauen nicht einfach als Diskriminierung zu interpretieren. Bei den Kontrollvariablen Wirtschaftszweig und Beruf wäre etwa zu beachten, daß die Berufswahl bzw. Berufslenkung in der DDR durchaus geschlechtsspezifisch erfolgte (Weigandt 1989; Roloff 1991). Insbesondere hinsichtlich des starken Abbaus der Bildungsdefizite von Frauen in der DDR sind Untersuchungen im Zeitvergleich wichtig, um zu prüfen, ob damit auch eine Angleichung der Einkommenschancen von Frauen verbunden war. Wegen der traditionellen Rollenteilung und der Doppelbelastung durch Familie und Beruf können Frauen auf dem Arbeitsmarkt Nachteile gegenüber Männern haben. Einerseits können Frauen bei hoher Belastung durch die Familienarbeit und Priorität der Familie vor dem Beruf eher Teilzeitarbeit oder einfachere und wenig verantwortungsvolle berufliche Tätigkeiten wünschen (Gysi 1989, Nickel 1990: 22). Damit zusammenhängende Einkommensunterschiede wären als Effekte von Selbstselektionsprozessen zu betrachten. Andererseits benachteiligten Betriebe aus Effektivitätsüberlegungen Frauen beim Zugang zu besser bezahlten Positionen. In den Betrieben entstanden bei Frauen zusätzliche Ausfallzeiten aufgrund von Freistellungen nach der Geburt von Kindern. (vgl. Nickel 1990: 30, Vortmann 1989: 335). Insofern hatten sozial- und familienpolitische Leistungen, die Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben erleichtern sollten, nichtintendierte Folgen (Trappe 1992: 182).

Die Thematik der Rekonstruktion der Einkommensverteilung in der DDR legt es nahe, den Wandel von Entlohnungspolitiken untersuchen. Ab den siebziger Jahren wäre mit der "Wende zum Realismus" (Belwe 1989) eine wachsende Einkommensdifferenzierung und die Herausbildung relativ privilegierter Gruppen zu vermuten. Nach Graf/Miethe (1992: 997) hat sich der Nettolohnabstand von Hoch- und Fachschulabsolventen zu Produktionsarbeitern zwischen 1984 und 1988 von 22 auf 15 Prozent verringert. Diese Gruppen sind jedoch sehr heterogen und nur Vergleiche stärker differenzierter Gruppen

könnten helfen, den Wandel der Einkommenspolitiken und ihren Einfluß auf die empirischen Verteilungen abzuschätzen. Damit sind auch Fragen nach der Entwicklung der Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen sozialen Gruppen aufgeworfen. Während Lötsch (1980: 109) die große Streuung der Einkommen nach Qualifikationsgruppen und die Überlappung der Einkommen mit anderen Qualifikationsgruppen als Annäherung der Arbeiterklasse an die Intelligenz interpretierte, stellte Laatz (1984: 159-161) fest, die betriebliche Stellung erkläre Einkommensunterschiede stärker als die berufliche Bildungsqualifikation. Beiden Aussagen lagen die gleichen Daten zugrunde, jedoch wurde keine multivariate Analyse durchgeführt, mit der die Frage nach der Homogenität zu beantworten wäre.

Da in der DDR Ausbildung weit mehr vom Staat unterstützt wurde als in der Bundesrepublik, ist es aus Sicht der Humankapitaltheorie plausibel, wenn im Osten die "Entschädigungen" für persönliche Ausbildungskosten und für während der Ausbildung entgangene Einkommen niedriger sind (vgl. Flakierski 1986: 27f.). Schwarze (1991) stellte bei vergleichenden multivariaten Einkommensanalysen für die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik eine niedrigere Ausbildungsrendite fest. Bei gleichen Daten (Einkommensstichprobe und Sozio-ökonomisches Panel), jedoch mit anderer Operationalisierung der Bildungsvariablen, kommen dagegen Krueger und Pischke (1992) zum Ergebnis nahezu gleicher Renditen.

Der weitere Verlauf der Einkommensentwicklung ist hinsichtlich verschiedener Teilaspekte zu untersuchen, die kurz angesprochen werden sollen. Das Einkommensgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland und die höhere Arbeitslosigkeit im Osten führt zu Arbeitskräftewanderungen und hohen Anteilen von Berufspendlern. Diese Wanderungen können, je nach Ausmaß, den Ost-Westvergleich beeinflussen, wenn man vereinfacht nur vom Wohnort ausgeht. Wegen des hohen Anteils von älteren Personen, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und ihrer, im Vergleich zu jüngeren Erwerbstätigen geringeren Flexibilität, sich neue betriebs- und branchenspezifische Kenntnisse anzueignen, sind Analysen altersabhängiger Einkommenschancen von Interesse. Allgemein ist danach zu fragen, ob sich die Ausbildungsrenditen im Osten nach der Einführung der Marktwirtschaft geändert haben. Teilweise kann eine tendenzielle Entwertung der allgemeinbildenden Abschlüsse, nicht aber der beruflichen Bildungsqualifikationen, festgestellt werden (Pischke 1992, Geib et al. 1992).



### **2.3.2 Daten der Einkommensstichprobe**

Von den amtlichen Daten der DDR enthalten nur die von 1959 bis 1988 durchgeführten Einkommensstichproben ausreichende Informationen zur Analyse von Einkommensfunktionen. In der Volkszählung durfte nur die Einkommensart, nicht aber die Einkommenshöhe erfragt werden (Hagemann 1993). Die Statistik des Haushaltsbudgets enthält zwar differenzierte Einkommensdaten, jedoch nur rudimentäre Angaben über die Berufstätigkeit und eignet sich außerdem nicht für die Untersuchung persönlicher Einkommen, weil die Daten nur haushaltsspezifisch auswertbar sind.

Da nur noch maschinenlesbare Einzeldaten der Einkommensstichprobe von 1988 vorhanden sind, lassen sich praktisch keine Untersuchungen über den Wandel der Einkommensverteilung durchführen. Dafür könnten allerdings unveröffentlichte Tabellen verwendet werden (vgl. König 1993c). Der Datensatz von 1988 bietet dennoch gute Möglichkeiten, den Ausgangszustand der DDR vor der Vereinigung zu ermitteln und wurde dafür bereits mehrfach genutzt (vgl. Frick/Krause/Schwarze 1991; Krause/Schwarze 1990; Krueger/Pischke 1992; Pischke 1992; Schwarze 1991).

Mit der Einkommensstichprobe wurde das Ziel verfolgt, Informationen über das Einkommensniveau und seine Bestandteile, sowie über die Einkommensentwicklung in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten nach verschiedenen sozialen Kriterien zu gewinnen. Aus dem Stichprobendesign ergeben sich, wie in Abschnitt I.2 bereits ausgeführt, einige Einschränkungen des Analysepotentials. Die Konzentration auf Arbeiter- und Angestelltenhaushalte der volkseigenen Wirtschaft und der Konsumgenossenschaften einerseits, und der Ausschluß von Beschäftigten des X-Bereichs und von Einrichtungen der LPG und PGH andererseits, erlauben nur eingeschränkte Untersuchungen zur Einkommensverteilung.

#### **Einkommensangaben**

Erhoben wurden sämtliche regelmäßig und monatlich anfallenden Individualeinkommen der Haushaltsmitglieder aus Berufstätigkeit, staatliche sowie betriebliche Sozialleistungen und Leistungen anderer Organisationen, daneben die einmalig angefallenen Einkommen der Haushaltsmitglieder (vgl. Anhang 2.1). Ebenfalls erfaßt wurden die Einnahmen des Haushalts im August 1988, wie z.B. Kindergeld und Geburtenbeihilfen etc. Das Arbeitseinkommen, die Lohnsteuer und der Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung der Befragten wurden von der betrieblichen Lohnabteilung eingetragen und können deshalb als sehr valide gelten. Für die vom Befragten angegebenen Einkommen der Haushaltsmitglieder dürften die bekannten Einschränkungen gelten. Die in solchen Proxy-Interviews entstehenden Fehler hängen damit zusammen, daß die Befragten nicht immer über die für ihre Mitbewohner relevanten Sachverhalte ausreichend informiert sind (vgl. Euler 1983).



Die Arbeitszeit wurde nur mit den Kategorien Vollzeit, Teilzeit und Nichtberufstätig erfragt. Da somit die geleisteten oder normalerweise zu leistenden Arbeitsstunden nicht bekannt sind, können Stundenlöhne nur näherungsweise ermittelt werden.

In der Regel werden für Einkommensfunktionen Bruttoeinkommen verwendet, die Fragen nach der Leistungsgerechtigkeit erlauben, während Nettoeinkommen für Aussagen über die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung herangezogen werden (vgl. Krupp 1979). Erhoben wurden alle für die Berechnung von Brutto- und Nettoeinkommen relevanten Bestandteile, wie Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeitrag<sup>55</sup> und Zuschläge, Prämien usw. sowie Angaben zum Schwangerschafts- und Wochengeld und zur Mütterunterstützung. Dies erlaubt neben Analysen von Brutto- oder Nettoeinkommen auch die Untersuchung spezifischer Auswirkungen der Steuerpolitik und sozialpolitischer Fragestellungen (vgl. Vortmann 1989, Stephan/Wiedemann 1990, Adler/Kretzschmar 1993, Behrens 1993).

Die Zuschläge für Überstunden, Sonn- und Feiertags- sowie Schichtarbeit und schwere Arbeitsbedingungen sind jedoch nur in einer Summe erhoben, was gewisse Heterogenitätsprobleme mit sich bringt. Bekannterweise wurden insbesondere für den Dreischichtbetrieb besondere, steuerfreie Entgelte gezahlt, die das Lohnniveau wesentlich bestimmten (Stephan/Wiedemann 1990). Die niedrigeren Einkommenschancen von Frauen hängen zum Teil damit zusammen, daß Frauen weniger Schichtarbeit leisteten als Männer (Statistisches Bundesamt 1992b: 22ff.). Prämien sind extra erfaßt. Ein weiteres Merkmal enthält den Jahresbeitrag der Belohnungen für langjährige Betriebszugehörigkeit, industriezweiggebundene Treueprämien und Zusatzvergütungen für bestimmte Bereiche des Staatsapparates. Wegen mangelnder Differenzierbarkeit der einzelnen Vergütungsarten sind nur eingeschränkt Analysen von Fragestellungen der Seniorität und Privilegierung bestimmter Gruppen möglich.

### **Bildungsangaben**

Die Bildungsqualifikation war neben der körperlichen Beanspruchung einer Arbeit ein zentrales Kriterium bei der Lohnfestsetzung. Der allgemeinbildende Abschluß wurde in der Einkommensstichprobe nicht erfragt. Die abgeschlossene Berufsausbildung wurde in den Kategorien un- und angelernt, Facharbeiter, Meister, Fachschulabschluß und Hochschulabschluß erfaßt. Damit fehlen wichtige Differenzierungsmöglichkeiten nach der Abgangsklasse aus der Polytechnischen Oberschule, dem Vorliegen eines Abiturs oder der Fachrichtung des Fachschulabschlusses. Einmalig wurde 1988 die Institution bzw. die Art der gegenwärtigen Aus- und Weiterbildung erhoben mit den Kategorien: Hoch-/Fachschule, Betriebliche Einrichtung, Volkshochschule.

Informationen über betriebsspezifische Qualifikationen, die in der Humankapitaltheorie eine prominente Rolle spielen, sind in den Daten nicht enthalten. Als Näherung wird in der Praxis oft die Differenz von

---

<sup>55</sup> Jedoch nur der Pflichtbeitrag; Beiträge für die Freiwillige Zusatzrentenversicherung sind im Nettoeinkommen enthalten.

Lebensalter und geschätztem Alter bei Eintritt in das Berufsleben verwendet. Dabei ist auf Überschneidungen mit Senioritätsansätzen hinzuweisen.

### **Tätigkeitsmerkmale**

Die Berufe sind in 24 Tätigkeitsgruppen erhoben. Das Merkmal Wirtschaftssektor umfaßt 18 Kategorien.<sup>56</sup> Beide Variablen können für Analysen verwendet werden, in denen verstärkt Arbeitsmarktstrukturen behandelt werden (vgl. Szydlík 1992, Adler/Kretzschmar 1993). Die Variablen erlauben auch die Berücksichtigung segregationstheoretischer Ansätze durch die Ermittlung von Wirtschaftssektoren mit überdurchschnittlichem Frauenanteil, was für die Untersuchung der geschlechtsspezifischen Einkommensungleichheit von großer Bedeutung ist (Stephan/Wiedemann 1990, Roloff 1991, Manz 1992). Das Vorliegen von Schichtarbeit ist nur über die Angabe ja/nein bekannt, was Unschärfen mit sich bringt, da immerhin 43 Prozent aller Schichtarbeiter im besser entlohten Dreischichtsystem arbeiteten (Stephan/Wiedemann 1990).

Zur Variablen Soziale Tätigkeit ist zu bemerken, daß in der DDR manche traditionellen Angestelltenberufe den Arbeitern zugerechnet wurden, z.B. Verkäufer. Beim Ost-Westvergleich stellen sich bei den Beamten und Selbständigen in Freien Berufen weitere Probleme, die hier nur gestreift werden können.

Unter anderem verweist Roloff (1991) darauf, daß Frauen im Vergleich zu Männern seltener in höhere Positionen gelangen konnten. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die hierarchische Position oder betriebliche Stellung in der Einkommensstichprobe über die Ausprägung 'Leiterfunktion' der Variablen Soziale Tätigkeit feststellbar ist.

Mit den anonymisierten Daten der Einkommensstichprobe, die ZUMA zur Verfügung stehen (Engelhard/Wirth 1992), ist die Betriebsgröße nicht zu ermitteln bzw. zu schätzen. Zwar ist eine Betriebsnummer enthalten, die aber nur im Zusammenhang mit der gelöschten Bezirksnummer eindeutig und für eine Schätzung der Betriebsgröße verwendbar wäre. Damit können designbedingte Abhängigkeiten zwischen den Befragten, die im gleichen Betrieb arbeiten, statistisch nicht entsprechend modelliert werden; ganz abgesehen von inhaltlichen Fragen betriebsspezifischer Entlohnung. Als regionales Merkmal liegt die Region vor mit den fünf Ausprägungen: Berlin, Bezirksstadt, Kreisstadt, kreisangehörige Stadt und Land.

### **Haushaltsinformationen, demographische und soziale Angaben**

Erhoben wurden folgende demographische Angaben: Geschlecht, Familienstand und Eheschließungsjahr. Die soziale Stellung der Person wurde erfaßt mit den Kategorien: Arbeiter, Angestellter,

---

<sup>56</sup> Bei Ost-Westvergleichen ist zu beachten, daß die Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR nicht hinreichend mit der vom Statistischen Bundesamt verwendeten Systematik der Wirtschaftszweige in Übereinstimmung gebracht werden kann (Ebert 1993).

LPG-Mitglied, übriges Genossenschaftsmitglied, Selbständiger, Lehrling, Direktstudent, nichtberufstätiger Rentner, Mütter mit Freistellung (Babyjahr), übrige Personen ohne Einkommen. Die Einkommensstichprobe enthält Informationen aller Personen im Haushalt. Die Variable "Stellung zum Haupteinkommensbezieher (HEB)" mit den Kategorien: HEB, Ehepartner des HEB, Kind des HEB, Übrige, erlaubt die Konstruktion von Haushaltstypen oder Angaben über die Zusammensetzung des Haushalts nach verschiedenen Kriterien, wie zum Beispiel Alter und Anzahl der Kinder im Haushalt etc. Daneben verfügt man über das Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder, z.B. des Ehegatten. Angaben über Kindererziehungszeiten oder Arbeitsunterbrechungen, die in Einkommensanalysen für Frauen häufig noch berücksichtigt werden, liegen nicht vor.

Trotz der genannten Einschränkungen, enthält die Einkommensstichprobe 1988 insgesamt wichtige und nahezu einmalige Informationen, mit denen Einkommensfunktionen geschätzt und Verteilungsungleichheiten ermittelt werden können.

## **2.4 Zur Analyse von Haushaltseinkommen**

### **2.4.1 Problemstellung und theoretische Ansätze**

Die Lebenschancen Einzelner werden nicht nur durch deren persönliche Einkommen, sondern auch durch die materielle Lage der Haushalte insgesamt bestimmt, in denen diese Personen leben. Zusätzlich ist zu beachten, daß bei einer Reihe von Einkommen die Haushaltskomposition eine Rolle spielt; z.B. bei der Bestimmung der Steuerklasse und bei den meisten Sozialleistungen. In der DDR lag der Anteil der Erwerbseinkommen am gesamten Haushaltseinkommen höher als in der Bundesrepublik (Frick/Krause/Schwarze 1991; Vortmann 1985). Insgesamt betrachtet waren in der DDR die Haushaltseinkommen weniger ungleich verteilt. Als Folge der Transformation in Ostdeutschland wirft der drastische Anstieg von Arbeitslosigkeit, insbesondere der Frauen, besondere Fragen auf. Die Frauenerbeitslosigkeit führt zum Rückgang von DDR-typischen Familienhaushalten, in denen beide Ehepartner Erwerbseinkommen erzielen. Der zweite Verdienst war die Regel und oft aus finanziellen Gründen unentbehrlich. In Westdeutschland dagegen zählen die Haushalte der Doppelverdiener zu den einkommensstarken Haushalten. Mittelfristig ist eine Angleichung der Lohn- und Gehaltstarife im Osten an die des Westens zu erwarten. Wie sich in Ostdeutschland längerfristig auch die Einkommensverhältnisse in bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit angleichen, ist eine wichtige Frage, da die materielle Lage des Haushalts eng mit der Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt zusammenhängt.

Die am Markt entstehenden Ungleichheiten und die durch Arbeitslosigkeit entstehenden materiellen Härten werden teilweise durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen aufgefangen. In Anlehnung an Weber definierte Lepsius (1979) Versorgungsklassen, um nach positiver oder negativer Privilegierung die Versorgung unterschiedlicher Gruppen mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu bestimmen. Diese Kategorie sozialer Lagen verdient besondere Aufmerksamkeit. Durch die Übernahme des Sozialversicherungssystems der Bundesrepublik entsteht eine neue Situation in Ostdeutschland. Einerseits sind bei den Rentnern Verbesserungen zu erwarten bzw. schon eingetreten (Hauser 1992, Statistisches Bundesamt 1992a). Gegenüber dem Rentensystem der DDR erfolgten mit der Vereinigung eine stärkere Ankoppelung der Renten an das (ehemalige) Erwerbseinkommen, Rentenerhöhungen und eine Dynamisierung der Renten zum Ausgleich von Realeinkommensverlusten durch Inflation<sup>57</sup>. Andererseits entfallen besondere familienpolitische Leistungen der DDR. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik gehören Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Rentner zu den finanziell schlechter gestellten Haushalten. Im Vergleich war jedoch die relative Position dieser Gruppen in der DDR günstiger als in Westdeutschland (Hauser 1992). Es ist zu vermuten, daß Familien mit Kindern und Alleinerziehende, die in der DDR relativ gut versorgt waren, in Folge der wirtschaftlichen Veränderungen Benachteiligungen hinnehmen müssen (Adler/Kretzschmar 1993; Geißler 1993: 85; Weidacher 1992: 302).

Die Auswirkungen der unterschiedlichen Transfersysteme auf die soziale Ungleichheit bis 1990 und prospektiv ab der Vereinigung verdienen große Aufmerksamkeit. Ähnlich ist der Wechsel des Steuersystems mit seinen unterschiedlichen Auswirkungen auf die Ungleichheitslagen zu sehen. In der DDR waren Arbeiter gegenüber den Angestellten steuerlich bessergestellt<sup>58</sup>, während Einkommen von Selbständigen wesentlich stärker belastet wurden (vgl. Vortmann 1985: 129-133). Von der Einführung des westdeutschen Steuersystems profitierten vor allem Angestelltenhaushalte (Geißler 1993: 82-84). Bei Arbeitern und Angestellten überstieg in der DDR die Steuerbelastung von zusätzlich verdienten Einkommen, z.B. des Ehegatten, nicht die 20 Prozentmarke (Fritzsche 1990).

Insgesamt können die positiven und negativen Transferleistungen die Ungleichheit maßgeblich beeinflussen. Wie Szélenyi (1978) für Ungarn dargelegt hat, ist die soziale Ungleichheit nach Berücksichtigung der staatlichen Redistribution größer als wenn nur die Erwerbseinkommen untersucht werden. Diese Effekte auf die gesamte Ungleichheit hängen auch davon ab, welche Gruppen in welchem Umfang subventionierte oder unentgeltliche (Sozial-)Leistungen beziehen, z.B. aus dem Bildungs- oder

---

<sup>57</sup> Manz (1992: 103, 117) weist aber auch auf Verschlechterungen durch die Rentenanpassung hin; z.B. bei Staatsrenten und der Altersversorgung von Ärzten, Lehrern, Juristen etc.

<sup>58</sup> Die steuerliche Besserstellung der Arbeiter gegenüber den Angestellten ergibt sich aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der Lohnbestandteile. Steuervergünstigungen bzw. -befreiungen wurden für Mehrleistungslöhne, Prämien und Zuschläge für Schicht-, Nacht- und Feiertagsarbeit sowie Erschwerniszulagen gewährt (Vortmann 1985: 129-133).

Gesundheitswesen, und wie diese monetär zu bewerten sind (Atkinson/Micklewright 1992: 147, Manz 1992). Ansatzweise lassen sich diese Fragen mit der 'Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988' beantworten. Die in Anspruch genommenen kulturellen und sozialen Leistungen wurden mengenmäßig erfragt und die Angaben sind differenzierbar nach sozialer Stellung, Geschlecht, Altersgruppen, Bildungsabschluß, Berufstätigkeit, sowie nach Haushaltsgrößen, Familientypen, Haushaltsnettoeinkommensgruppen und Gemeindegrößenklassen (vgl. Anhang 2.3).

Daneben können bei der Ermittlung der materiellen Lage aber auch Haushaltsverflechtungen eine Rolle spielen, wenn zwischen Haushalten Leistungen ausgetauscht werden.<sup>59</sup> Besonders bei Fragestellungen der Armutsforschung kann die Nichtberücksichtigung von Haushaltsverflechtungen und Einkommensaufteilungen innerhalb der Haushalte zu Problemen führen (Atkinson/Micklewright 1992: 189). Für eine Bestimmung der materiellen Lage wären auch die von den Haushalten selbst erbrachten Leistungen (Haushaltsproduktion) zu berücksichtigen, die zum Beispiel für Bekleidung erheblich waren (Ebert 1990).

Die Analyse von Haushaltseinkommen wirft Komplikationen des Vergleichs unterschiedlich großer Haushalte auf. Die einfachste Lösung besteht in der Berechnung von Pro-Kopf-Einkommen, wobei jede Person das Gewicht von eins erhält. Durch das gemeinsame Wirtschaften mehrerer Personen im Haushalt ergeben sich jedoch Einsparungen, die zu berücksichtigen sind. Unter wohlfahrtstheoretischen Gesichtspunkten werden mit Äquivalenzskalen fiktive Aufteilungen des Haushaltseinkommens auf die jeweiligen Mitglieder berechnet, die neben den Einsparungen aufgrund gemeinsamen Wirtschaftens altersabhängige Bedarfsunterschiede berücksichtigen. Zu den Problemen dieser Ansätze kann hier nur auf folgende Arbeiten verwiesen werden: Atkinson/Micklewright 1992; Euler 1974a; Hauser 1992; Klein 1984, 1986, 1990; Seel 1991. Die Probleme bei der Rekonstruktion der Einkommenssituation der DDR und der Untersuchung der Transformationsprozesse werden noch dadurch vergrößert, daß - mit Ausnahme der von Manz (1992) geschilderten Studien aus Anfang der siebziger Jahre - praktisch keine empirisch begründeten Skalierungen für die Zeit bis 1989 verfügbar sind und sich die Situation nach der Vereinigung schnell verändert hat; stichwortartig seien Mietsteigerungen, Nachholkäufe und Veränderung der Warenkörbe genannt.

---

<sup>59</sup> Der Haushaltsbegriff beschreibt Personen, die zusammen leben und wirtschaften. Die Diskussion über "neue Ungleichheit" hat mit der Betonung von Individualisierung und Pluralisierung sozialer Lagen unter anderem auch die Frage nach dem Zusammenhang von Individuum und Familie bzw. Haushalt aufgeworfen. Tatsächlich zeigt die Zunahme bestimmter Formen des Zusammenlebens (z.B. "living-apart-together"; vgl. Peuckert 1991, Galler/Ott 1993) eine Entkoppelung von gemeinsam leben und wirtschaften an. Diese Fragen erfordern jedoch eine getrennte Untersuchung. Solange diese These der Entkoppelung nicht geklärt ist, läßt sich vorläufig mit Müller (1992: 49) festhalten, daß die Familie bzw. der Haushalt die zentrale Untersuchungseinheit für Ungleichheitsanalysen ist.

## 2.4.2 Daten der Statistik des Haushaltsbudgets

Wie bereits erwähnt, wurden in der Volkszählung 1981 nur die Einkommensarten erhoben. In den Zeitbudgetstudien von 1985 und 1990 sind keine Einkommensangaben enthalten.<sup>60</sup> Die Schichtung der Haushaltseinkommen ist mit der Einkommensstichprobe von 1988 und mit der Statistik des Haushaltsbudgets untersuchbar.

Die Einkommensstichprobe ist sowohl personen- als auch haushaltsspezifisch auswertbar, da sie Informationen über alle Haushaltsmitglieder enthält. Die Einkommensangaben und die sozio-demographischen Angaben, die für die Untersuchung von Haushaltseinkommen benötigt werden, wurden oben bereits beschrieben. Da für Haushaltsanalysen die betreffenden Merkmale lediglich aggregiert und Typen gebildet werden müssen, soll die Einkommensstichprobe in diesem Zusammenhang nicht weiter behandelt werden. Ebenfalls kann die 'Erhebung zur Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988' hier außer acht bleiben, die beim Haushaltsnettoeinkommen (gruppiert) und den Charakteristika des Haushalts im wesentlichen der Statistik des Haushaltsbudgets gleicht.

Für die Analyse von Einkommensschichtungen der Haushalte werden zumeist die Haushaltseinkommen nach verschiedenen demographischen und sozialen Merkmalen gegliedert, die den Haushalt, seine Zusammensetzung und soziale Lage beschreiben. Durch Kombinationen der verschiedenen Merkmale wird versucht, die Einkommenslage möglichst homogener Gruppen abzubilden.<sup>61</sup> Die verfügbaren Einkommensinformationen und Gliederungsmerkmale werden im folgenden nur für die Statistik des Haushaltsbudgets dargestellt. Dabei konzentrieren wir uns auf die Daten von 1988/89, weisen aber darauf hin, daß im Statistischen Bundesamt maschinenlesbare Daten ab 1982 verfügbar sind. Dies, und die Tatsache, daß die Erhebung nach der Vereinigung bis zum Dezember 1992 fortgeführt wurde, macht das Haushaltsbudget als Informationsquelle hinsichtlich der Rekonstruktion von Lebensbedingungen in der DDR und der Untersuchung der Transformationsprozesse besonders beachtenswert.

Mit dem Haushaltsbudget wurden Informationen über sämtliche Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte ermittelt. Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig. Von 1985 bis zum ersten Halbjahr 1990 betrug der Umfang der Jahresstichprobe 3.400 Haushalte je Monat: 2.200 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte (zuzüglich 400 Haushalte in der Rotationsstichprobe), 800 Haushalte von LPG-Mitgliedern und 400 Haushalte von nicht berufstätigen Rentnern. Einschließlich der Rotationsstichprobe waren monatlich rund 3.800 Haushalte erfaßt. Erhebungsdesign und -merkmale dieser

<sup>60</sup> Jedoch sind im Zeitbudget 1992 Fragen nach der Höhe des Nettoeinkommens und nach den überwiegenden Quellen des Lebensunterhalts gestellt worden.

<sup>61</sup> Hierbei entsteht oft ein Klassifikationsproblem. Die Forschung ist in der Vergangenheit häufig den Weg gegangen, die soziale Lage des Haushalts über den Haushaltsvorstand zu ermitteln. Infolge des Wandels von Familien- und Haushaltsstrukturen und der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen ist dieses Vorgehen mehr denn je problematisch. Beachtet man den hohen Anteil der Frauenerwerbstätigkeit in der DDR, tritt das Problem der Bestimmung sozialer Lagen von Haushalten verschärft auf.



Quotenstichprobe wurden im Zeitverlauf mehrmals geändert, so daß eine rückwirkende Vergleichbarkeit von 1975 an stark eingeschränkt ist (Münlich 1993b: 205). Ab 1985 wurde eine leicht geänderte Systematik der Geldeinnahmen zugrundegelegt. Insgesamt ist jedoch von 1982 bis 1990 eine große Konstanz des Erhebungsprogramms festzustellen. Details können der Projektdokumentation (König 1992, 1993a) und weitere Hinweise den Aufsätzen von Hagemann (1993), Münlich (1993a,b) und Roesler (1991) entnommen werden. Auf designbedingte Einschränkungen des Analysepotentials wird im folgenden nicht mehr eingegangen; vgl. hierzu Abschnitt I.3.

### **Einkommensangaben**

Mit dem monatlich geführten Haushaltsbuch wurden sämtliche Geldeinnahmen des Haushalts erhoben, die eine Berechnung des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens erlauben. Angegeben wurden der Bargeldbestand am Monatsanfang, die Einkommen aus Erwerbstätigkeit als Arbeiter, Angestellter oder LPG-Mitgliedschaft (incl. Beitrag zur Zusätzlichen Rentenversicherung), Renten, Stipendien etc., verschiedene Sozialleistungen, Geldeinnahmen aus Banken und Versicherungen, andere Zuwendungen und Einnahmen (z.B. Miete, Verkauf von Gebrauchsgütern). Außerdem wurden die gesetzlichen Abzüge für Steuern aus der Berufstätigkeit und Sozialversicherungsbeiträge erhoben. Damit sind Untersuchungen von positiven (Sozialleistungen) und negativen (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) Transferleistungen möglich. Für Haushalte mit persönlicher Wirtschaft (z.B. LPG) und mit Kleingarten oder Kleintierhaltung wurden die Einnahmen aus Verkäufen eigener Produkte angegeben. Dies erlaubt ansatzweise die Bearbeitung von Fragen nach dem Umfang der Haushalts- und Eigenproduktion dieser Haushalte. Nicht ermittelt wurde der Gegenwert von Sachzuwendungen (Münlich 1993b: 207).

Angaben über die Zahl der Erwachsenen und der Kinder nach Altersgruppen im Haushalt ermöglichen die Ermittlung von einfachen Äquivalenzeinkommen.

### **Haushaltstypisierungen**

An sozialen und demographischen Merkmalen zur Charakterisierung des Haushalts enthält die Statistik des Haushaltsbudgets 1988/1989 folgende Informationen: Haushaltsgröße, Personenzahlen nach Alter und Geschlecht, sowie grobe Angaben zur beruflichen Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers und zur Berufstätigkeit des Ehegatten (Vollzeitbeschäftigt, Teilzeit bis 30 Std., Teilzeit ab 30 Std., Nichtberufstätig). Die demographischen Angaben sind jedoch nicht für jedes Haushaltsmitglied einzeln erhoben worden, sondern für den Haushalt klassifiziert. Mit diesen Informationen sind Aussagen über Problemgruppen möglich; z.B. über Alleinerziehende mit Kindern oder Rentnerhaushalte. (Münlich 1993b; Statistisches Bundesamt 1992a,b).



Die Statistik des Haushaltsbudgets liefert wichtige Informationen über die Einnahmen ausgewählter Haushalte.<sup>62</sup> Darüber hinaus informiert die Statistik des Haushaltsbudgets auch über Ausgaben- und Verbrauchsverhalten der Haushalte. Dafür war sie in der DDR im Prinzip die einzige Informationsquelle (Münnich 1993a). Die damit verbundenen sozialwissenschaftlichen Fragestellungen schichtspezifischer Konsummuster werden im nächsten Abschnitt angesprochen.

## **2.5 Zur Analyse von Konsummustern als Indikator des Lebensstils**

### **2.5.1 Problemstellung und theoretische Ansätze**

Traditionelle Konzepte der Sozialstrukturanalyse werden in der Bundesrepublik seit den achtziger Jahren verstärkt in Frage gestellt mit Hinweisen auf die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung von Lebenschancen, Wohlstandsentwicklung, Bildungsexpansion und Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Ausgehend von der These nachlassender Prägung der Lebensführung durch "objektive Lebensbedingungen" wurde konsequenterweise sozio-kulturellen Aspekten eine verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Lebensstil- und Milieuforschung schien dafür gut geeignet zu sein. Hradil (1992) und Müller (1992) haben jüngst den Forschungsstand und -bedarf der Lebensstilanalyse dargestellt und darauf hingewiesen, daß Lebensstil-Ansätze nicht Konzepte der sozialen Lage ersetzen können. Dabei sollten insbesondere die Verbindung und Abhängigkeit bestimmter Formen der Lebensführung mit der sozialen und materiellen Lage aufgezeigt werden. Dies wurde bereits von Weber (1924) betont, der forderte, zu untersuchen, in welchem Ausmaß Lebensführung und Lebensstil mit Unterschieden in der sozio-ökonomischen Lage, beruflicher Mobilität, Einkommen und Autonomiegrad am Arbeitsplatz variieren. Unter den Gesichtspunkten von Präferenzen und Nutzenfunktionen ist zu fragen, wie sich die Ausgaben für bestimmte Gütergruppen verändern in Abhängigkeit von der Variation der Einkommen und der sozialen Lage, bei der zum Beispiel zwischen beruflicher Stellung und Bildungsstatus zu unterscheiden wäre.

Da in amtlichen Erhebungen subjektive Faktoren, wie Einstellungen und Handlungsabsichten etc., in der Regel nicht erfragt werden, lassen sich nur Indikatoren des expressiven Verhaltens verwenden, die sich auf das Konsumverhalten und den Besitz von Gebrauchsgütern konzentrieren. Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durch die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg (1986: 186ff.) zeigen erwartungsgemäß deutliche Abhängigkeiten zwischen Haushaltseinkommen und der Ausstattung mit höherwertigen, teuren Gebrauchsgütern sowie der Nutzungsdauer. Gerade Verknüpfungen von sozialer Lage und Konsum, bzw.

---

<sup>62</sup> Einen guten Einblick in die Nutzbarkeit für sozialwissenschaftliche Fragestellung geben die entsprechenden Aufsätze und Tabellen in den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Sonderausgaben "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern" sowie die Hefte 14 und 15 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen der Bundesstatistik".

Einkommen und Einkommensverwendung erlauben die Untersuchung der Pluralisierungsthese, derzufolge die Korrelation der Strukturen von Einkommenserzielung und -verwendung innerhalb sozialer Gruppen im Zeitverlauf abgenommen haben müßte (Wiegand 1991). Allerdings sind solche Analysen mit amtlichen Daten unter soziologischen Aspekten mit gewissen Einschränkungen verbunden. Die Daten der EVS enthalten keine Angaben über die Bildungsqualifikationen, die Konsummuster und Lebensstile differenzieren.<sup>63</sup>

In den siebziger Jahren wurden in der DDR Fragen der Lebensführung unter dem breiten Konzept der "sozialistischen Lebensweise" diskutiert, das mit dem "Herzstück" des allgemeinen Bedürfnisses nach Arbeit (Engels et al. 1987: 306) die materielle und soziale Lage ebenso umfaßt, wie Sozialkontakte, Konsumtion, Freizeitverhalten, Werte und Normen.<sup>64</sup> Politisches Ziel war eine tendenzielle Annäherung aller sozialen Gruppen, wobei man allerdings auch auf die Differenzierung aufgrund unterschiedlicher Einkommensverhältnisse und Interessenlagen hinwies (vgl. Manz/Winkler 1988: 166ff.). Mit Hilfe eines Systems sozialer Indikatoren sollten die Lebensniveaus der verschiedenen Gruppen dargestellt werden. Dabei wurde reklamiert, daß eine Klassengliederung, die fast 90 Prozent aller Personen in einer Kategorie 'Arbeiter und Angestellte' enthält, für eine Beschreibung der unterschiedlichen Lebensbedingungen und -niveaus nicht sinnvoll sei (Berger et al. 1984: 24). Die Operationalisierungen der Indikatoren wurden in Anlehnung an Daten der amtlichen Statistik (z.B. Statistik des Haushaltsbudget und Zeitbudgeterhebung) konstruiert.

Sobel (1981) verwendete in seinen Analysen des US-amerikanischen Survey of Consumer Expenditures Konsumtion als Indikator für Lebensstile. Die Voraussetzungen dafür sind, daß Konsumtion expressives Verhalten ausdrückt und Konsumtion stärker als andere Indikatoren, wie zum Beispiel Freizeitverhalten, mit Lebensstilen in Verbindung steht. Hinsichtlich der Verwendung von Konsummustern in der DDR lassen sich mit Sobel (1981: 41) allerdings Einschränkungen annehmen: "Consumption is expressive if the consumer is free to choose what he or she consumes. But the degree of choice is always relative. In Soviet society, governmental decisions about the allocation of resources impose restrictions upon the range and form of that which is offered. That is, potential consumption is restricted by decisions of the state. But the state does not stop there. In the face of scarcity, the state is partially responsible for the distribution of consumption items as well."

Unter Betonung kultureller Aspekte meldet Rytlewski (1990: 21) weitere Zweifel an der Brauchbarkeit des Lebensstilkonzeptes für die DDR an: "So lassen sich Lebensstilprägung und soziale Schichtung der DDR meiner Einschätzung nach nicht voll zur Übereinstimmung bringen. Einem weitverbreiteten, sozial

---

<sup>63</sup> Das Fehlen von Bildungsangaben in der EVS wurde schon von Dörfel/Krupp (1971) kritisiert.

<sup>64</sup> Hinzuweisen ist auf die KSPW-Kurzstudie von Boje et al. (1992: 50-67), die eine Übersicht der verschiedenen theoretischen Ansätze geben, unter denen in der DDR Einkommens- und Konsumfragen behandelt wurden. Voß (1991: 32-37) diskutiert die Relevanz des Lebensweise-Konzepts der DDR-Soziologie für die Forschung über Lebensführung.

anerkannten kulturidealistischen Lebensstil, der ein in den vierziger und fünfziger Jahren deklassiertes Besitz- und Bildungsbürgertum überdauerte, steht in der sozialen Schichtung der Gesellschaft keine entsprechende Trägerschicht oder -gruppe mehr gegenüber".

Weidig (1984: 373) verweist auf Untersuchungsergebnisse, die ergeben hätten, "daß hinsichtlich der Ausstattung der Haushalte z.B. mit Waschmaschinen, Kühlschränken, Radios und Fernsehgeräten in den Familien der Arbeiter, der Angestellten, der Genossenschaftsbauern und der Angehörigen der Intelligenz insgesamt ein hohes Niveau erreicht wurde und kaum noch wesentliche Unterschiede bestehen". Dagegen spricht Rossade (1990) von großen Unterschieden der Lebenshaltung und -stile, differenziert nach sozialer Schicht und Stadt-Landunterschieden. Mittelbach/Roesler (1989) haben die Entwicklung von Einkommen und Verbrauch für den Zeitraum von 1946 bis 1986 anhand verschiedener Indikatoren dargestellt, die aus veröffentlichten Daten ermittelt wurden, und weisen darauf hin, daß eine soziostrukturelle Differenzierung wünschenswert ist. Veröffentlichte Daten enthalten in der Regel nicht einmal die Unterscheidung zwischen Arbeiter- und Angestelltenhaushalten. Selbst so gering differenzierte Ergebnisse konnten wegen strengen Geheimhaltungsregeln nicht veröffentlicht werden (vgl. Boje et al. 1992: 50ff.).

Trotz aller methodischen Einschränkungen bei der Analyse von Lebensstilen mittels Konsummuster ist ein Erklärungsbedarf vorhanden. Nach der Vereinigung nehmen die Einkommensungleichheiten zu. Einerseits entfallen Subventionen und verteuern die Lebenshaltung, andererseits vergrößert sich das Waren- und Dienstleistungsangebot. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen für die Sozialstrukturforschung. Eine interessante Hypothese ist zum Beispiel, ob der Grad an Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft mit der Vielfalt von Lebens- oder Konsumstilen in Verbindung steht. So argumentieren Adler (1992: 382) und Ritschel (1992: 299), daß Einkommensunterschiede in der DDR kaum Effekte auf unterschiedliche Konsumtionsmuster hatten. Jüngste Veröffentlichungen zu Konsumtion und Einkommen in der DDR (vgl. Manz 1992: 69ff., Ebert 1993) deuten dagegen darauf hin, daß diesbezüglich die sozialen Unterschiede größer waren als oftmals behauptet und durchaus ein Zusammenhang zwischen Einkommen und Haushaltsausstattung sowie Konsumtion besteht. Offe (1993: 291) und Reißig (1993: 53) gehen davon aus, über die Medien seien westliche Konsum- und Lebensmodelle vermittelt worden. Es ist deshalb zu fragen, wie sich Konsum- und Lebensstile differenziert nach Einkommen und Schicht oder Klassenlage darstellen und weiterentwickeln.

### **2.5.2      Daten der Statistik des Haushaltsbudgets und der Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen 1988**

Die Einkommensstichprobe 1988 enthält Angaben über den Besitz von verschiedenen Konsumgütern mit Anschaffungsdatum und über Gartenbesitz/-nutzung, jedoch darüber hinaus keine Informationen über den Verbrauch.

Die Zeitbudgetstudien (König 1992; vgl. auch Ehling/Schweitzer 1991; Priller 1993) erlauben vielfältige Analysen zum Freizeitverhalten, das zum expressiven Verhalten zählt und neben Konsum einen Teil des Lebensstils abbildet. Die Daten enthalten zum Beispiel Fragen nach Theater- und Konzertbesuchen, häuslichen und außerhäuslichen Freizeitaktivitäten und Urlaubsreisen etc. Mit Hinweis auf begrenzte Einkommensunterschiede und geringe Streuung von Konsummöglichkeiten aufgrund der Einkommensschichtung und der Angebotsbreite vermutet Priller (1993), daß soziale Differenzierung auch über unterschiedliche Zeitverwendungsmuster zum Ausdruck kommt. Da der Schwerpunkt dieser Arbeit die Einkommensanalyse ist und das Zeitbudget keine Einkommensvariablen enthält, bleibt es außer acht.

Die Statistik des Haushaltsbudgets kann dazu beitragen, die Beziehungen von Einkommen und Verbrauch ausgewählter Haushaltsgruppen aufzuzeigen. Im Rahmen dieser Befragung wurde 1987/88 die Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen durchgeführt, die ergänzende Untersuchungen über kulturelle Aktivitäten erlaubt. Diese Erhebung wird abschließend besprochen.

Analysen mit der Statistik des Haushaltsbudgets sind nur haushaltsbezogen möglich, d.h. auf der Individualebene lassen sich keine Aussagen machen. Da die individuelle Lebensführung in der Regel von Haushalts- und Familienbeziehungen abhängt, sowie von den Ressourcen, über welche die Personen eines Haushalts verfügen können, dürften Haushaltsanalysen dennoch wertvolle Hinweise geben. Mit den oben genannten Einschränkungen ist dies für den Zeitraum von 1982 bis 1992 möglich. Für Untersuchungen des Transformationsprozesses können insbesondere die Daten aus 1988/89 als Ausgangsbasis dienen, die noch die DDR-typische Situation widerspiegeln (Münnich 1993a).

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf diesen Datensatz und Erhebungszeitpunkt (vgl. Anhang 2.1, Engelhard/Wirth 1993) und beschränken sich auf die für Konsumuntersuchungen wichtigen Merkmale. Zu Einkommen, Haushaltstypisierungen und sonstigen demographischen Angaben wird auf den Abschnitt II.2.4.2 verwiesen. Als Haushaltsmerkmal ist die Anzahl der im Haushalt vorhandenen dauerhaften Gebrauchs- bzw. Konsumgüter erfaßt, wie z.B. Waschmaschine, Kühlschrank, Fernsehapparat (schwarz/weiß, Farbe), und der PKW-Besitz. Daneben sind der Besitz eines Gartens und eines Wochenendgrundstücks erfragt worden. Für Haushalte mit persönlicher Wirtschaft und Kleintierhaltung wurde außerdem der Tierbestand erhoben. Diese Haushaltsgruppe umfaßte neben Besitzern

von Großvieh nur Haushalte, die in gewissen Abständen nennenswerte Einnahmen aus dem Verkauf der Produkte der persönlichen Wirtschaft erzielten.

Die Geldausgaben wurden mittels detaillierter Anschreibungen im Haushaltsbuch erhoben. Die Hauptgruppen sind:

- (1) Nahrungsmittel
- (2) Genußmittel
- (3) Schuhe, Lederwaren
- (4) Textilien und Bekleidung
- (5) sonstige Industriewaren; darunter Möbel, Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Bücher, PKW (neu, gebraucht)
- (6) bezahlte Leistungen; darunter Reparaturen, Mieten, Reisen
- (7) Steuern, Versicherungen, sonstige Beiträge und Gebühren; darunter z.B. Beiträge für die Freiwillige Zusatzrentenversicherung, Einzahlungen auf Sparkonten, Tilgung von Krediten
- (8) Eigenverbrauch von Haushalten mit persönlicher Wirtschaft; nur mengenmäßig

Im Datensatz des Haushaltsbudgets 1988/89, der ZUMA zur Verfügung steht, sind die Ausgaben zusammengefaßt nur für die obigen Hauptgruppen enthalten. Damit sind nur sehr grobe Differenzierungen unterschiedlicher Konsummuster möglich. Für die Lebensstilforschung wären aber gerade die Aufgliederungen z.B. der Hauptgruppen fünf und sechs unentbehrlich.<sup>65</sup> Von 1982 bis 1987 wurde der Bildungsabschluß des Haupteinkommensbeziehers und seines Ehepartners mit sieben Ausprägungen erfragt: ohne Abschluß, 10. Klasse, Abitur, Facharbeiter, Meister, Fachschule und Hochschule. Angesichts der Bedeutung des "kulturellen Kapitals" in der Lebensstilanalyse, dürften damit differenziertere Untersuchungen möglich sein als mit den Daten von 1988/89. Nachteilig ist jedoch die fehlende Fortführung der Bildungsangaben bis 1992.

Grundsätzlich sind bis zur Vereinigung nur mit dem Haushaltsbudget die Möglichkeiten gegeben, auf der Grundlage empirisch fundierter Warenkörbe für verschiedene Haushaltstypen Aussagen über die Ausgabenstruktur in Abhängigkeit von der Einkommenslage zu machen. Diese Informationen können auch für die Schätzung von Gewichten verwendet werden, die für die Berechnung von Äquivalenzeinkommen benötigt werden<sup>66</sup>.

Die Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988 (im folgenden: Sondererhebung) ist haushaltsspezifisch und, im Gegensatz zur Statistik des Haushaltsbudgets, zusätzlich auf individueller Ebene auswertbar. Als Einkommensinformation steht hingegen nur das gruppierte Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung und Verbrauchsangaben sind nicht enthalten. Mit diesem noch maschinenlesbar vorhandenen File lassen sich

<sup>65</sup> Dies kann bei einer Anforderung der Daten beim Statistischen Bundesamt berücksichtigt werden, die wesentlich differenziertere Ausgabepositionen enthalten.

<sup>66</sup> Von der DDR-Forschung wurde zur Untersuchung der Einkommensverwendung in bestimmten Haushaltstypen von Verbrauchsnormen und Konsumentenbudgets ausgegangen (Manz 1992).

aber einige Analysen zur Lebensführung durchführen, welche die mit der Statistik des Haushaltsbudgets gewonnen Ergebnisse ergänzen können.<sup>67</sup> Für die Unterscheidung der Befragten nach sozialstrukturellen Gesichtspunkten können die Variablen Soziale Stellung, allgemeiner und beruflicher Bildungsabschluß, Schulbesuch sowie Voll-/Teilzeitbeschäftigung verwendet werden (siehe Anhang 2.3). Während mit der Variablen Soziale Stellung nur eine grobe Unterscheidung der Erwerbstätigen in Arbeiter oder Angestellter einerseits und sonstige Berufstätige<sup>68</sup> andererseits möglich ist, bieten besonders die Bildungsangaben weitergehende Differenzierungsmöglichkeiten hinsichtlich des 'kulturellen Kapitals'. Für die Lebensstilanalyse ist besonders diese Eigenschaften des Datensatzes von Interesse, daß für jeden Befragten monatliche Angaben über kulturelle und sportliche Aktivitäten sowie über Urlaubsreisen vorliegen. Die Anzahl der Besuche kultureller Einrichtungen wurden differenziert erfragt nach: Kino, Theater, Konzert, Museum/Ausstellung, Kultur- und Klubbhäuser (getrennt nach staatlichen und betrieblichen Einrichtungen), Zoo/Tiergarten, Sonstige Kulturveranstaltungen. Daneben liegt die Zahl ausgeliehener Bücher aus staatlichen und aus betrieblichen Bibliotheken vor. Weitere Informationen enthalten die Angaben zum Urlaub und zur Erholung. Für Ausflüge und Kurzreisen, Inlands- und Auslandsreisen wurden nicht nur die Reisedauern angegeben, sondern auch die Veranstaltungsträger (z.B. FDGB, Betriebsreise etc.).

Da die Sondererhebung im Rahmen der Statistik des Haushaltsbudgets als Quotenstichprobe nur in Privathaushalten der Arbeiter und Angestellten durchgeführt wurde, gelten im Prinzip die selben Einschränkungen. Die designbedingte Selektivität muß bei der Analyse in Kauf genommen. Dennoch bietet die Sondererhebung mit ihren spezifischen Informationen zum Bildungsabschluß und Schulbesuch, zum Alltagshandeln im Freizeit-, Sport und kulturellen Bereich vielfältige und wertvolle Möglichkeiten für die Untersuchung von Fragen zu Lebensführung und Lebensstil in der DDR.

## **2.6 Einkommensangaben in der Bundesstatistik**

Für die Bearbeitung der oben angesprochenen Einzelfragestellungen im Ost-Westvergleich oder für Untersuchungen der Transformationsprozesse kann die amtliche Statistik eine wertvolle Informationsquelle sein. Aufgrund hoher Fallzahlen erlauben diese Daten oft eine tief gegliederte Analyse auch kleiner Gruppen und kommen damit den Auswertungszielen der Sozialstrukturforschung sehr entgegen<sup>69</sup>. Die relativ kontinuierlichen Erhebungsprogramme der amtlichen Statistik erlauben die Analyse über größere Zeiträume, z.B. mittels Kohortenanalysen oder nach Aufbereitung der Daten als Zeitreihen.

---

<sup>67</sup> Ob die Daten der Sondererhebung mit denen der Statistik des Haushaltsbudgets zusammengeführt werden können, ist nicht bekannt.

<sup>68</sup> Das sind z.B. selbständige Handwerker oder Genossenschaftsbauern, die in einem Haushalt leben, dessen Haupteinkommensbezieher Angestellter oder Arbeiter ist.

<sup>69</sup> Vgl. ausführlicher zur Sekundäranalyse amtlicher Mikrodaten Alba/Müller/Schimpl-Neimanns 1994.



Bei Einkommensanalysen werden hohe Ansprüche an die Validität der Daten gestellt. Neben der Nichtbeteiligung an Umfragen ohne Teilnahmepflicht (Unit-Nonresponse) können Antwortverweigerungen einzelner Fragen (Item-Nonresponse) oder Falschangaben aber auch in Stichproben der amtlichen Statistik ein Problem sein, da die Offenlegung der Einkommenshöhe bei vielen Personen zum Privatbereich zählt.

Im folgenden werden einige amtliche Einzeldaten, die Einkommensinformationen enthalten, kurz dargestellt. Beschreibungen der Stichprobendesigns findet man neben einer Übersicht des Gesamtsystems der Einkommensstatistik zum Beispiel in Krug/Nourney (1987). Auf die Darstellung der "Laufenden Wirtschaftsrechnung privater Haushalte", die in den neuen Bundesländern die Statistik des Haushaltsbudgets ersetzt (Münnich 1993b), wird verzichtet, da mit dieser Erhebung nur bestimmte Haushaltstypen erfaßt werden. Über die Gewinnung und Verwendung von Einkommensdaten in der amtlichen Statistik informieren unter anderem Euler (1974b, 1992), Lippe (1990), Schüler (1988, 1990) und Spies (1992).

### **Beschäftigtenstatistik**

Die Beschäftigtenstatistik beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an die Sozialversicherungsträger, enthält also keine Beamten, Selbständige etc. Damit werden circa 80 Prozent aller Erwerbstätigen erfaßt. Erhoben wird das beitragspflichtige Bruttoarbeitsentgelt; jedoch nur bis zur Pflichtversicherungsgrenze. Die Einkommensangaben besitzen aufgrund ihrer Erfassung eine hohe Validität. Weitere Merkmale sind: Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Ausbildung und Beschäftigungsdauer. Die Beschäftigtenstatistik erlaubt Auswertungen für Personen und für Beschäftigungsfälle sowohl im Quer- als auch im Längsschnitt. Unter der Einschränkung, daß nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten sind, ist die Beschäftigtenstatistik für die Schätzung von Einkommensfunktionen gut geeignet. Detaillierte Informationen zu den Daten enthalten Herberger/Mayer (1984), Cramer (1985), Cramer/Majer (1991) und Statistisches Bundesamt (1993). In den neuen Bundesländern wurde 1991 mit dem Aufbau der Beschäftigtenstatistik begonnen. Es dürfte aber noch einige Zeit dauern, bis Auswertungen vorliegen.<sup>70</sup> Mit dem Arbeitsmarktmonitor, einer 0,1 Prozent Panel-Stichprobe, soll diese Lücke teilweise geschlossen werden (vgl. Bellmann 1992).

---

<sup>70</sup> Zu Problemen und ersten Analysen auf Betriebsebene, siehe Bellmann/Boeri/Lehmann 1994.



### **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe**

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird als Quotenstichprobe seit 1963 in fünfjährigem Abstand durchgeführt. Erstmals in 1993 wurden in West- und Ostdeutschland nach gemeinsamen und vergleichbaren Kriterien umfassende Informationen über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur von etwa 70.000 Haushalten ermittelt. Ziel der EVS ist es, "die erhobenen Daten über Einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Schulden u.ä. in möglichst tiefer Gliederung nach sozio-ökonomischen Merkmalen von Haushalten und, wo es möglich ist, nach Personen darzustellen" (Euler 1992: 464, vgl. auch Pöschl 1993). Haushalte mit Spitzeneinkommen (1993: über 35.000 DM monatlich) werden nicht erfaßt bzw. aufbereitet. Die EVS wurde bereits mehrfach von der Forschung für Analysen von Transfereinkommen und Armutslagen eingesetzt. Sie eignet sich besonders für Vergleiche mit Ergebnissen der Statistik des Haushaltsbudgets, sowie für die Analyse von Haushaltseinkommen und Konsumuntersuchungen.

### **Mikrozensus**

Der Mikrozensus ist eine Einprozent Stichprobe, die ab 1991 auch in den neuen Bundesländern jährlich durchgeführt wird (vgl. Heidenreich 1993a,b). Im Oktober 1991 und im Januar 1992 wurden 25 Prozent der Haushalte im Osten zusätzlich befragt, so daß Längsschnittauswertungen möglich sind (Lüken/Riede 1993). Es wird für alle Haushaltsmitglieder einzeln das Nettoeinkommen des der Erhebung vorausgehenden Monats erhoben. Das Haushaltsnettoeinkommen wurde nur bis 1982 direkt erfragt und muß seit 1985 aus den Einzelangaben der Haushaltsmitglieder errechnet bzw. geschätzt werden. Die Befragten sollen alle regelmäßigen Nettoeinkommen berücksichtigen; also ohne Lohnsteuer und ähnliche Beiträge. Dazu gehören Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (1/12 des Jahreseinkommens), Löhne und Gehälter, sowie wohlfahrtsstaatliche Leistungen (Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Kindergeld, Renten etc.), private Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen, sowie Sachbezüge. Bei selbständigen Landwirten und allen Mithelfenden Familienangehörigen entfällt die Angabe. Das Einkommen wird 1991 bis 1995 in 18 Einkommensgruppen und zensiert erfragt; die nach oben offene Randklasse liegt bei 7.500 DM und mehr. Aus diesen Gründen eignen sich die Angaben des Mikrozensus nur eingeschränkt für Einkommensanalysen.

### **Volkszählung**

Mit der Volkszählung 1970 wurden für eine Stichprobe von 10 Prozent der deutschen Bevölkerung erweiterte Fragen gestellt, darunter nach dem Einkommen. Erhoben wurde das Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit in klassifizierter Form, unter Ausschluß Mithelfender Familienangehöriger und Selbständiger in der Landwirtschaft. Das Einkommensmerkmal diente nicht zur Darstellung von Einkommensschichtungen und sollte lediglich die sozio-ökonomische Gliederung ergänzen (Euler 1974b). Die Volkszählung von 1987 enthält keine Frage mehr nach dem Einkommen, sondern nur nach der überwiegenden Quelle des Lebensunterhalts.

### III. Literatur

- Adler, Frank, 1992: Rückblicke auf den DDR-Realsozialismus: Strukturen - Stabilität - Erosion - Zusammenbruch. In: Meyer, Hansgünter (Hrsg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Berlin: Akademie-Verlag, S. 377-391.
- Adler, Frank/Kretzschmar, Albrecht, 1993: Ungleichheitsstrukturen in der ehemaligen DDR. In: Geißler, Rainer (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 93-118.
- Alba, Richard/Müller, Walter/Schimpl-Neimanns, Bernhard, 1994: Secondary Analysis of Official Microdata. Erscheint in: Borg, Ingwer/Mohler, Peter Ph. (Eds.), Trends and Perspectives in Empirical Social Research. New York: de Gruyter.
- Anweiler, Oskar, 1989: Bildung und Wissenschaft in der DDR. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 370-388.
- Anweiler, Oskar, 1990: Grundzüge der Bildungspolitik und der Entwicklung des Bildungswesens seit 1945. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 11-33.
- Atkinson, Anthony B./Micklewright, John, 1992: Economic Transformation in Eastern Europe and the Distribution of Income. Cambridge: University Press.
- Autorenkollektiv (u.L. von Rudi Weidig), 1988: Sozialstruktur der DDR. Berlin: Dietz.
- Bathke, Gustav-Wilhelm, 1990: Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 1. Beiheft. Sozialisation im Sozialismus, S. 114-128.
- Becker, Gary S., 1975: Human Capital. New York: National Bureau of Economic Research, zweite Auflage.
- Behrens, Johann, 1993: Betriebliche Sozialpolitik und soziale Ungleichheit. Eine Prognose für die neuen Bundesländer. In: Geißler, Rainer (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 149-162.
- Bellmann, Lutz, 1992: Entlohnung in den neuen Bundesländern. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 25(1), S. 27-31.
- Bellmann, Lutz/Boeri, Tito/Lehmann, Udo, 1994: Analyse betrieblicher Wachstumsprozesse auf der Basis der Beschäftigtenstatistik. In: Hochmuth, Uwe/Wagner, Joachim (Hrsg.), Firmenpanelstudien in Deutschland. Tübingen: Franke, S. 83-105.
- Belwe, Katharina, 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 125-143.
- Berger, Horst, 1992: Sozialindikatorenforschung, Amtliche Statistik und Sozialberichterstattung in Ostdeutschland - Bestandsaufnahmen und Perspektiven. In: Jaufmann, Dieter/Kistler, Ernst/Meier, Klaus/Strech, Karl-Heinz (Hrsg.), Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt/New York: Campus, S. 103-108.
- Berger, Horst/Hanf, Thomas/Priller, Eckhard/Rentzsch, Doris/Kettler, Sabine, 1984: System sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise. Berlin (Ost).
- Blossfeld, Hans-Peter, 1985: Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt: Campus.
- Blossfeld, Hans-Peter/Huinink, Johannes, 1989: Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluß auf den Prozeß der Familienbildung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 15(4), S. 383-404.
- Blossfeld, Hans-Peter/Huinink, Johannes/Rohwer, Götz, 1991: Wirkt sich das steigende Bildungsniveau tatsächlich negativ auf den Prozeß der Familiengründung aus? Eine Antwort auf die Kritik von Josef Brüderl und Thomas Klein. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(3), S. 337-352.

- Blossfeld, Hans-Peter/Shavit Yossi, 1993: Dauerhafte Ungleichheiten. Zeitschrift für Pädagogik 39(1), S. 25-52.
- Boje, Jürgen/Ebert, Elvir/Engels, Heinrich/Meyer, Uta/Montag, Rolf, 1992: Theoretisches Instrumentarium zum Herangehen an das Projekt "Einkommen und Konsum im Übergang von sozialistischer Plan- in soziale Marktwirtschaft. Abschlußbericht der KSPW-Kurzstudie des KAI e.V., Berlin (unveröff. Manuskript).
- Bolte, Karl Martin/Hradil, Stefan, 1984: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 5. Auflage.
- Böttcher, Wolfgang, 1991: Soziale Auslese im Bildungswesen. Ausgewählte Daten des Mikrozensus 1989. Die Deutsche Schule 83(2), S. 151-161.
- Boudon, Raymond/Bourricaud, Francois, 1992: Soziologische Stichworte. Ein Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bramer, Helga, 1991: Die berufliche Weiterbildung in der DDR vor der Wende. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24(2), S. 423-431.
- Brammhoff, Michael/Woidtke, Bernd, 1974: Die Problematik der Chancengleichheit in sozialistischen Ländern am Beispiel der DDR. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 26, S. 588-629.
- Brüderl, Josef/Diekmann, Andreas, 1994: Bildung, Geburtskohorten und Heiratsalter. Eine vergleichende Untersuchung des Heiratsverhaltens in Westdeutschland, Ostdeutschland und den Vereinigten Staaten. Zeitschrift für Soziologie 32(1), S. 56-73.
- Brüderl, Josef/Klein, Thomas, 1991: Bildung und Familiengründung: Institutionen- versus Niveaueffekt. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(3), S. 323-336.
- Budde, Hermann/Klemm, Klaus, 1992: Äußere Schulentwicklung in den neuen Ländern: Perspektiven und Gefährdungen. In: Rolff, H.-G./Bauer, K.-O./Klemm, K./Pfeiffer, H. (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd.7. Weinheim/München: Juventa, S. 133-158.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), 1990: Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Cramer, Ulrich, 1985: Probleme der Genauigkeit der Beschäftigtenstatistik. Allgemeines Statistisches Archiv 69, S. 56-68.
- Cramer, Ulrich/Majer, Wolfgang, 1991: Ist die Beschäftigtenstatistik revisionsbedürftig? Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24(1), S. 81-89.
- Daniel, Sabine, 1994: Volkszählung 1981 in Berlin (Ost). Eckdaten im Vergleich mit vorangegangenen Zählungen und aktuellen bevölkerungsstatistischen Daten. Berliner Statistik 2/94, S. 26-36.
- Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik, 1988: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Volk und Wissen.
- Dietz, Frido/Rudolph, Helmut, 1990: Berufstätigenerhebung und der Datenspeicher "Gesellschaftliches Arbeitsvermögen". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23(4), S. 511-518.
- Dorer, P./Mainusch, H./Tubies, H., 1988: Bundesstatistikgesetz. Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke mit den Leitsätzen des Volkszählungsurteils. Mikrozensusgesetz und Volkszählungsgesetz. Kommentar. München: C.H. Beck.
- Dörfel, Hans-Jürgen/Krupp, Hans-Jürgen, 1971: Der Beitrag der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Verbesserung der Einkommensverteilungsstatistik. Allgemeines Statistisches Archiv, S. 265-289.
- Ebert, Elvir, 1990: Den Einfluß der Distribution auf die Effektivität der Konsumtion stärker beachten. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin, S. 41-49.
- Ebert, Elvir, 1993: Probleme der Einkommensentwicklung, -differenzierung und -verwendung im Transformationsprozeß. Berliner Journal für Soziologie 3, S. 319-341.
- Ebert, Manfred, 1993: Erwerbstätigkeit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern. Forum der Bundesstatistik, Bd. 22. Stuttgart: Metzler-Poeschel, S. 163-180.

- Ehling, Manfred/Schweitzer, Rosemarie von, 1991: Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik. (= Heft 17 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt). Wiesbaden.
- Eigler, H./Hansen, R./Klemm, K., 1980: Quantitative Entwicklungen: Wem hat die Bildungsexpansion genutzt? In: Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Band 1. Weinheim/Basel: Beltz, S. 45-71.
- Engelhard, Matthias/Wirth, Heike, 1992: Mikrodaten - DDR. Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988 - Dokumentation der Datenaufbereitung. ZUMA-Technischer Bericht 92/08. Mannheim.
- Engelhard, Matthias/Wirth, Heike, 1993: Mikrodaten - DDR. Statistik des Haushaltsbudgets 1988/89 - Dokumentation der Datenaufbereitung. ZUMA-Technischer Bericht 93/08. Mannheim.
- Engels, Heinrich/Eisenberg, W./Hahn, Toni/Schmelter, R., 1987: Kapitel 5, Soziale Entwicklung - Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus - Bedürfnisse und Interessen. In: Soziologie des Sozialismus (Teil II), Beiträge aus der Forschung, Schriftenreihe zur Soziologie und Sozialpolitik, Heft 1. Berlin (Ost), S. 272-328.
- Engstler, Heribert/Lüscher, Kurt, 1991: Späte erste Mutterschaft. Ein neues biographisches Muster der Familiengründung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(4), S. 461-488.
- Euler, Manfred, 1974a: Zur Problematik der Ermittlung des Unterhaltsbedarf und der Unterhaltskosten eines Kindes. Wirtschaft und Statistik, S. 320-324.
- Euler, Manfred, 1974b: Die Einkommensbefragung der privaten Haushalte. In: Stand der Einkommensstatistik (= Sonderheft 6 zum Allgemeinen Statistischen Archiv), S. 71-88.
- Euler, Manfred, 1983: Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung. Wirtschaft und Statistik, S. 813-822.
- Euler, Manfred, 1992: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Wirtschaft und Statistik, S. 463-469.
- Flakierski, Henryk, 1986: Economic Reform and Income Distribution. A Case Study of Hungary and Poland. Armonk/New York: Sharpe.
- Frick, Joachim/Krause, Peter/Schwarze, Johannes, 1991: Haushalts- und Erwerbseinkommen in der DDR. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43(2), S. 334-343.
- Frick, Joachim/Steinhöfel, Michael, 1991: Heiratsverhalten in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland - Der Zusammenhang von Alter und beruflichem Bildungsabschluß von Ehepartnern. In: Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel" (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern. Frankfurt: Campus, S. 280-298.
- Fritzsche, Bernd, 1990: Verteilungspolitik in der Bundesrepublik und in der DDR. RWI-Mitteilungen 41, S. 93-104.
- Furmaniak, Karl/Kiock, Hartmut (Hrsg.), 1991: Programmforschung in der und über die (ehemalige) DDR. Werkstattbericht Nr. 13. München: Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung e.V.
- Gabler, Siegfried/Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen/Krebs, Dagmar (Hrsg.), 1994: Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Galler, Heinz P./Ott, Notburga, 1993: Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen. Frankfurt: Campus.
- Geib, Thorsten/Lechner, Michael/Pfeiffer, Friedhelm/Salomon, Susanne, 1992: Die Struktur der Einkommensunterschiede in Ost- und Westdeutschland ein Jahr nach der Vereinigung. ZEW Discussion Paper No. 92-06. Mannheim.
- Geißler, Rainer, 1983: Bildungschancen und Statusvererbung in der DDR. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35, S. 735-754.
- Geißler, Rainer, 1990: Entwicklung der Sozialstruktur und Bildungswesen. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 83-111.
- Geißler, Rainer, 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Geißler, Rainer, 1993: Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Geißler, Rainer, 1993: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: ders. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 63-92.
- Gesetz über die amtliche Statistik der DDR (Statistikgesetz der DDR - StatG): In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I Nr. 52. Ausgabetag: 17. August 1990.
- Gewande, Wolf-Dieter, 1990: Anerkennung von Übersiedlerzeugnissen. Berufliche Bildung und berufliche Qualifikation in der Deutschen Demokratischen Republik. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin/Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage.
- Glatzer, Wolfgang, 1989: Die materiellen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 276-291.
- Goroncy, Claus, 1978: Die Wechselbeziehungen zwischen dem sozialen Status der Eltern und den Bildungswünschen ihrer Kinder. Dissertation. Fakultät für Gesellschaftswissenschaften des Wissenschaftlichen Rates der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Graf, Hans-Werner/Miethe, Horst, 1992: Wechselwirkungen zwischen Produktionskonzeptionen und subjektiven Verhaltenspotentialen der Beschäftigten in der ehemaligen DDR und Konsequenzen für den Transformationsprozeß. In: Meyer, Hansgünter (Hrsg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Berlin: Akademie Verlag, S. 988-1008.
- Grundmann, M./Huinker, J./Krappmann, L., 1992: Familie und Bildung. Empirische Überlegungen zur Frage der Beziehung von Bildungsbeteiligung, Familienentwicklung und Sozialisation. Expertise zum fünften Familienbericht. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (unveröff. Manuskript).
- Gysi, Jutta/Liebscher, Reinhard/Ebert, Elvir/Zierke, Irene, 1990: Frau und Familie. In: Winkler, Gunnar (Hrsg.), Frauenreport '90. Berlin: Verlag Die Wirtschaft, S. 101-151.
- Gysi, Jutta, 1989: Frauen- und Familienentwicklung in der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken-Scheidt: Dadder, S. 93-115.
- Hagemann, Fritz, 1993: Amtliche Bevölkerungserhebungen in der ehemaligen DDR. Ein Überblick. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 1-10.
- Hansen, Rolf/Rolff, Hans-Günter, 1990: Abgeschwächte Auslese und verschärfter Wettbewerb - Neuere Entwicklungen in den Sekundarschulen. In: Rolff, H.-G./Bauer, K.-O./Klemm, K./Pfeiffer, H. (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 6. Weinheim/München: Juventa, S. 45-80.
- Hartmann, Heinz, 1991: Für alles gerüstet? Die deutsche Vereinigung als Herausforderung für die Soziologie. In: Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: Rotbuch, S. 100-110.
- Hauser, Richard, 1992: Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung - Probleme eines empirischen Vergleichs und der Abschätzung von Entwicklungstendenzen. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF 208/2). Berlin: Duncker & Humblot, S. 37-72.
- Heidenreich, Hans-Joachim, 1993a: Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern. Probleme und Erfahrungen. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 11-26.
- Heidenreich, Hans-Joachim, 1993b: Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus im Beitrittsgebiet. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 91-143.
- Helwig, Gisela, 1987: Frau und Familie. Bundesrepublik Deutschland - DDR. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.



- Herberger, Lothar/Mayer, Hans-Ludwig, 1984: Überblick über die derzeitigen Statistiken des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung. *Wirtschaft und Statistik*, S. 3-22.
- Historical Social Research, 1993, No. 68, Vol. 18.
- Hölder, E., 1992: Amtliche Statistik im vereinten Deutschland - Teil der europäischen Statistik. *Allgemeines Statistisches Archiv* 76, S. 20-33.
- Hörner, Wolfgang, 1990: Bildung und Wissenschaft in der DDR. Ausgangslage und Reform bis Mitte 1990. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn.
- Hradil, Stefan, 1992: Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In: ders. (Hrsg.), *Zwischen Bewußtsein und Sein*. Opladen: Leske + Budrich, S. 15-55.
- Huinink, Johannes, 1992: Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. In: Meyer, Hansgünter (Hrsg.), *Soziologen-Tag Leipzig 1991*. Berlin: Akademie Verlag, S. 231-244.
- Jaufmann, Dieter/Kistler, Ernst/Meier, Klaus/Strech, Karl-Heinz (Hrsg.), 1992: *Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*. Frankfurt: Campus.
- Klein, Thomas, 1984: Der Einfluß von Familie und Kindern auf die wohlfahrtsgerechten Abstufungen von Sozialeinkommen. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 10(1), S. 89-108.
- Klein, Thomas, 1986: Äquivalenzskalen - Ein Literatursurvey. *SfB 3 Arbeitspapier* 195. Frankfurt/Mannheim.
- Klein, Thomas, 1990: Zur wohlfahrtsgerechten Bemessung von Sozialeinkommen. *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, S. 224-236.
- Köhler, Anne, 1991: Die Umfrageforschung in der DDR vor und nach der "Wende". In: Furmaniak, Karl/Kiock, Hartmut (Hrsg.), 1991: *Programmforschung in der und über die (ehemalige) DDR*. Werkstattbericht Nr. 13. München: Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung e.V., S. 115-134.
- Köhler, Helmut, 1992: Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Zu Stabilität und Wandel der Ungleichheit von Bildungschancen. *Studien und Berichte* 53. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung/Edition Sigma.
- Köhler, Helmut/Schreier, Gerhard, 1990: Statistische Grunddaten zum Bildungswesen. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 112-156.
- König, Erhard, 1992: Erhebungsziele, -merkmale und Beobachtungseinheiten der Einkommensstichprobe 1988, der Statistik des Haushaltsbudgets 1982 bis 1990 und der Zeitbudgeterhebungen 1985 bis 1990. Berlin: Statistisches Bundesamt. (unveröffentlichtes Manuskript; KSPW-Projektdokumentation Kapitel I).
- König, Erhard, 1993a: Stichprobendesign. Berlin: Statistisches Bundesamt. (unveröffentlichtes Manuskript; KSPW-Projektdokumentation Kapitel II.1)
- König, Erhard, 1993b: Erhebungsverfahren und Organisation. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel II.2)
- König, Erhard, 1993c: Aufbereitung der Daten: Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988. Berlin: Statistisches Bundesamt. (unveröffentlichtes Manuskript; KSPW-Projektdokumentation Kapitel III.1).
- König, Erhard, 1993d: Aufbereitung der Daten: Statistik des Haushaltsbudgets 1982 bis 1990. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel III.2)
- König, Erhard, 1993e: Aufbereitung der Daten: Zeitbudgeterhebungen 1985 und 1990. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel III.3)
- König, Erhard, 1993f: Validität der Daten. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel IV)

- König, Erhard, 1993g: Einkommensstichproben der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in den 60er Jahren bis 1985. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel V.1)
- König, Erhard, 1993h: Statistik der Wirtschaftsrechnungen bzw. Statistik des Haushaltsbudgets in den 60er Jahren bis 1980: 60er Jahre bis 1974. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel V.2.1)
- König, Erhard, 1993i: Statistik der Wirtschaftsrechnungen bzw. Statistik des Haushaltsbudgets in den 60er Jahren bis 1980: 1975/1976 bis 1980. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel V.2.2)
- König, Erhard, 1993j: Zeitbudgeterhebungen 1974 und 1980. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel V.3)
- König, Erhard, 1993k: Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel V.4)
- Krause, Peter/Schwarze, Johannes, 1990: Die Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR vom August 1988 - Erhebungskonzeption und Datenbankzugriff. DIW-Diskussionspapier Nr. 11. Berlin.
- Kretzschmar, Albrecht, 1992: Arbeitslosigkeit - Resultat und Ferment des sozialen Wandels in Ostdeutschland. In: Kieselbach, T./Voigt, P. (Hrsg.), Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 138-151.
- Krueger, Alan B./Pischke, Jörn-Steffen, 1992: A Comparative Analysis of East and West German Labor Markets Before and After Unification. ZEW Discussion Paper No. 92-11. Mannheim.
- Krug, Walter/Nourney, Martin, 1987: Wirtschafts- und Sozialstatistik. München: Oldenbourg, 2. erw. Auflage.
- Krupp, Hans-Jürgen, 1979: Probleme der Messung von Einkommen und Vermögen als Hintergrundmerkmale für allgemeine Bevölkerungsumfragen. In: Pappi, Franz Urban (Hrsg.), Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Königstein: Athenäum, S. 207-215.
- Kühnel, Wolfgang, 1990: Der Lebenszusammenhang DDR-Jugendlicher im Spannungsfeld von institutioneller Verregelung und alltagskultureller Modernisierung. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungswissenschaft. 1. Beiheft. Sozialisation im Sozialismus, S. 105-113.
- Laatz, Horst, 1984: Zur Entwicklung der empirischen Sozialstrukturforschung in der DDR. In: Voigt, Dieter (Hrsg.), Die Gesellschaft der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 147-165.
- Lepsius, Rainer M., 1979: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 166-209.
- Lippe, Peter von der, 1990: Wirtschaftsstatistik. Stuttgart: Fischer, 4. neubearb. und erw. Auflage.
- Lötsch, Ingrid, 1985: Zur Entwicklung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus in der DDR. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin, S. 511-526.
- Lötsch, Ingrid, 1986: Ergebnisse der Volks-, Berufs- Wohnraum- und Gebäudezählung 1981. Teil 4: Zur sozialen Zugehörigkeit der wirtschaftlich Tätigen. Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Soziologie und Sozialpolitik.
- Lötsch, Ingrid/Lötsch, Manfred, 1985: Soziale Strukturen und Triebkräfte: Versuch einer Zwischenbilanz und Weiterführung der Diskussion. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin, S. 159-177.
- Lötsch, Ingrid/Lötsch, Manfred, 1992: Gesellschaftsentwicklung zwischen Nivellierung und Elitebildung. In: Thomas, M. (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Berlin: Akademie Verlag, S. 93-107.
- Lötsch, Manfred, 1980: Zur Entwicklung der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Autorenkollektiv (Hrsg.), Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft. Berlin: Dietz, S. 89-118.
- Lötsch, Manfred, 1993a: Sozialstruktur und Systemtransformation. In: Geißler, Rainer (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 31-40.



- Lötsch, Manfred, 1993b: Der Sozialismus - eine Stände- oder eine Klassengesellschaft? In: Joas, Hans/Kohli, Martin (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt: Suhrkamp, S. 115-124.
- Lötsch, Manfred/Freitag, Joachim, 1981: Sozialstruktur und soziale Mobilität. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin, S. 84-101.
- Lötsch, Manfred/Wörner, Gerhard, 1983: Materielle Lebensbedingungen und Annäherungsprozesse. Theoretisch-methodologische Überlegungen. Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie-Verlag, S. 161-175.
- Lüken, Stephan/Riede, Thomas, 1993: Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Wirtschaft und Statistik, S. 538-544.
- Manz, Günter, 1992: Armut in der "DDR"-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende. Augsburg: Maro.
- Manz, Günter/Winkler, Gunnar (Hrsg.), 1988: Sozialpolitik. Berlin: Die Wirtschaft, 2. erw. Auflage.
- Marggraf, Hans-Jörg, 1993: Bildungswesen der ehemaligen DDR. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern. Band 22 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Stuttgart: Metzler-Poeschel, S. 119-131.
- Meier, Artur, 1990: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B16-17, S. 3-14.
- Meier, Artur, 1991: Wende oder Ende? Probleme und Randbedingungen empirischer Sozialforschung der ausgehenden DDR. In: Sahner, Heinz (Hrsg.), Sozialforschung im vereinten Deutschland und in Europa. München: Oldenbourg, S. 61-70.
- Merz, Joachim, 1988: Das Arbeitsangebot verheirateter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine mikroökonomische Analyse unter Berücksichtigung des 'selectivity bias'. In: Krupp, Hans-Jürgen/Hanefeld, Ute (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Analysen 1987. Frankfurt/New York: Campus, S. 126-157.
- Meulemann, Heiner, 1992: Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik. In: Glatzer, W. (Hrsg.), Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Frankfurt: Campus, S. 123-156.
- Mincer, Jacob, 1974: Schooling, Experience, and Earnings. New York: National Bureau of Economic Research.
- Mittelbach, Hans/Roesler, Jörg, 1989: Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung der DDR in den vergangenen vierzig Jahren. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie Verlag, S. 172-201.
- Müller, Hans-Peter, 1992: Sozialstruktur und Lebensstile. Frankfurt: Suhrkamp.
- Müller, Walter/Blien, Uwe/Knoche, Peter/Wirth, Heike, 1991: Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Band 19 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Müller, Walter, 1975: Familie - Schule - Beruf. Analysen zur sozialen Mobilität und Statuszuweisung in der BRD. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Müller, Walter, 1987: Vergleichende Sozialstrukturforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Leverkusen: Leske + Budrich, S. 97-115.
- Müller, Walter/Haun, Dietmar, 1994: Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46(1), S. 1-42.
- Münnich, Margot, 1993a: Statistik des Haushaltsbudgets: Zur wirtschaftlichen Lage ausgewählter Haushalte in den neuen Bundesländern. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 65-90.
- Münnich, Margot, 1993b: Laufende Wirtschaftsrechnungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern. Forum der Bundesstatistik, Bd. 22. Stuttgart: Metzler-Poeschel, S. 203-232.

- Nickel, Hildegard Maria, 1990: Geschlechtersozialisation in der DDR: Zur Rekonstruktion des Patriarchats im realen Sozialismus. In: Burkart, Günter (Hrsg.), Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft, S. 17-32.
- Nickel, Hildegard-Maria/Steiner, Irmgard, 1981: Ergebnisse bildungssoziologischer Untersuchungen. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 2. Berlin, S. 135-147.
- Nierhaus, W., 1991: Zur Realeinkommensentwicklung ausgewählter Haushalte in den neuen Bundesländern. Ifo-Schnelldienst 44, S. 20-24.
- Offe, Claus, 1993: Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom Sozialismus zum Kapitalismus. In: Joas, Hans/Kohli, Martin (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt: Suhrkamp, S. 282-301.
- Peisert, H., 1967: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper.
- Peuckert, Rüdiger, 1991: Familienformen im sozialen Wandel. Opladen: Leske + Budrich.
- Pischke, Jörn-Steffen, 1992: Löhne und Einkommen ein Jahr danach. ZEW Wirtschaftsanalysen. Mannheim.
- Pohl, Katharina/Störtzbach, Bernd/Wendt, Hartmut, 1992: Die demographische Lage in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, S. 3-94.
- Pöschl, Hannelore, 1993: Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Wirtschaft und Statistik, S. 385-390.
- Priller, Eckhard, 1993: Zeitverwendung im Wandel: Analysen mit Zeitbudgetdaten der DDR-Statistik. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 46-64.
- Reißig, Rolf, 1993: Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems - Einige Ursachen und Folgen. In: Joas, Hans/Kohli, Martin (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt: Suhrkamp, S. 49-69.
- Ritschel, Doris, 1992: Soziale Milieus in der ehemaligen DDR - ein neuer Forschungsansatz. In: Meyer, Hansgünter (Hrsg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Berlin: Akademie-Verlag, S. 294-305.
- Roesler, Jörg, 1991: Haushaltsrechnungen in der DDR 1949 bis 1964. In: Pierenkemper, Toni (Hrsg.), Zur Ökonomik des privaten Haushalts. Frankfurt/New York: Campus, S. 85-97.
- Roloff, Juliane, 1991: Probleme und Ursachen der Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in der ehemaligen DDR. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(2), S. 135-147.
- Rossade, Werner, 1990: Kulturmuster in der DDR. Ein Werkstattbericht. In: Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina/Rytlewski, Ralf (Hrsg.), Lebensstile und Kulturmuster in sozialistischen Gesellschaften. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 50-72.
- Rößler, Hans/Schmidt, Hilmar/Seidl, Helmut, 1978: Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung. Die gesellschaftlichen Fonds der Konsumtion. Berlin (Ost): Dietz.
- Rytlewski, Ralf, 1990: Studentenschaft in der DDR. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 465-473.
- Rytlewski, Ralf, 1990: Lebensstandard, Lebensweise, Lebensstil. Einige problem- und methodenkritische Anmerkungen zum Vergleich moderner Gesellschaften in Ost und West. In: Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina/Rytlewski, Ralf (Hrsg.), Lebensstile und Kulturmuster in sozialistischen Gesellschaften. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 15-24.
- Schelo, Peter, 1991: Berücksichtigung der DDR-Bildungsabschlüsse im Laufbahnsystem der Beamten. Zeitschrift für Beamtenrecht 39(10), S. 300-303.
- Schilling, Wolfram, 1993a: Volks-, Berufs-, Wohnraum und Gebäudezählung 1981 in der ehemaligen DDR: Erhebungszwecke, Rechtliche Grundlagen, Erhebungsumfang, Erhebungseinheiten, Fragenprogramm, Erhebungsorganisation. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel VI.1)

- Schilling, Wolfram, 1993b: Volks-, Berufs-, Wohnraum und Gebäudezählung 1981 in der ehemaligen DDR: Öffentlichkeitsarbeit, Aufbereitung, Erstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse. Berlin: Statistisches Bundesamt (unveröffentlichtes Manuskript/KSPW-Projektdokumentation Kapitel VI.2)
- Schimpl-Neimanns, Bernhard/Lüttinger, Paul, 1993: Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik. ZUMA-Nachrichten 32, S. 76-115.
- Schnell, Rainer, 1993: Die Homogenität sozialer Kategorien als Voraussetzung für "Repräsentativität" und Gewichtungungsverfahren. Zeitschrift für Soziologie 22(1), S. 16-32.
- Schreier, Gerhard, 1990: Zur Entwicklung der regionalen Bildungsbeteiligung in der DDR. Bildung und Erziehung 43(1), S. 79-97.
- Schreier, Gerhard, 1990a: Begabungsförderung in der DDR. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 551-560.
- Schüler, Klaus und Mitarbeiter, 1990: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. Wirtschaft und Statistik, S. 182-194.
- Schüler, Klaus, 1988: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen: Ausgangsstatistiken und ihre Zusammenführung. In: Reich, Utz-Peter (Hrsg.), Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik (= Sonderheft 26 zum Allgemeinen Statistischen Archiv). Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 37-66.
- Schwartau, Cord/Vortmann, Heinz, 1989: Die materiellen Lebensbedingungen in der DDR. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 292-307.
- Schwarz, Karl, 1989: Die Bildungsabschlüsse der Frauen und ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt, die Eheschließung und die Familienbildung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 15(4), S. 361-382.
- Schwarz, Karl, 1991: Die Schulabschlüsse der Ehegatten der Akademiker und Akademikerinnen. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(3), S. 315-322.
- Schwarze, Johannes, 1991: Ausbildung und Einkommen von Männern. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24(1), S. 63-69.
- Seel, Barbara, 1991: Ökonomik des privaten Haushalts. Stuttgart: Ulmer.
- Sobel, Michael E., 1981: Lifestyle and Social Structure. Concepts, Definitions, Analyses. New York/London: Academic Press.
- Spies, Veronika und Mitarbeiter, 1992: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen. Wirtschaft und Statistik, S. 418-430.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, o.J.: Methodische Grundlagen zur statistischen Ermittlung der sozialen Gruppen im Rahmen der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. Dezember 1981.
- Staritz, Dietrich, 1985: Geschichte der DDR 1949-1985. Frankfurt: Suhrkamp.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1990: Arbeitsunterlage zum Mikrozensus. Das Erhebungsprogramm des Mikrozensus seit 1957. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1992a: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Sonderausgabe August. Stuttgart: Metzler und Poeschel.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1992b: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Sonderausgabe Dezember. Stuttgart: Metzler und Poeschel.
- Statistisches Bundesamt, 1993: Fachserie 1, Reihe 4.2.1, Struktur der Arbeitnehmer 30. Juni 1992. Stuttgart: Metzler und Poeschel.
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1968: Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), 1986: Ökonomische Rahmenbedingungen der Familien. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle, Heft 15. Stuttgart.
- Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 1975. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I Nr.36 - Ausgabetag: 18. September 1975, S. 639-642.
- Stephan, Helga/Wiedemann, Eberhard, 1990: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR -Ergebnisse der Lohndatenerfassung vom September 1988. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt-und Berufsforschung 23(4), S. 550-562.
- Südfeld, Erwin, 1987: Anonymisierungsstandards und generelle Abwicklungsregelungen für die Anforderungen nach anonymisierten Einzelangaben im Statistischen Bundesamt. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Nutzung von Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik. Band 5 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer, S. 146-164.
- Szelényi, Ivan, 1978: Social inequalities in state socialist redistributive societies. International Journal of Comparative Sociology XIX(1-2), S. 63-87.
- Szydlík, Marc, 1992: Arbeitseinkommen in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44(2), S. 292-314.
- Thomas, Rüdiger, 1988: Aspekte des sozialen Wandels in der DDR. In: Timmermann, H. (Hrsg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken-Scheidt: Dadder, S. 27-53.
- Trappe, Heike, 1992: Erwerbsverläufe von Frauen und Männern in verschiedenen historischen Phasen der DDR-Entwicklung. In: Ott, Notburga/Wagner, Gert (Hrsg.), Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch. Berlin: Duncker & Humblot, S. 172-208.
- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985: In Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I Nr.23 - Ausgabetag: 26. August 1985, S. 261-267.
- Voigt, Dieter/Belitz-Demiriz, Hannelore, 1987: Zum Bildungsniveau der Eltern von Promovierten im deutsch-deutschen Vergleich. In: Voigt, D. (Hrsg.), Elite in Wissenschaft und Politik. Berlin: Duncker & Humblot, S. 25-142.
- Voigt, Dieter/Meck, Sabine, 1984: Leistungsprinzip und Gesellschaftssystem. In: Voigt, Dieter (Hrsg.), Die Gesellschaft der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 11-45.
- Vortmann, Heinz, 1985: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. DIW Beiträge zur Strukturforchung, Heft 85. Berlin: Duncker & Humblot.
- Vortmann, Heinz, 1989: Die soziale Sicherheit in der DDR. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 326-341.
- Voß, Gerd-Günter, 1991: Lebensführung als Arbeit. Stuttgart: Enke.
- Waterkamp, Dietmar, 1987: Handbuch zum Bildungswesen der DDR. Berlin: Berlin Verlag A. Spitz.
- Waterkamp, Dietmar, 1990: Schule in der DDR - eine Bilanz. In: Rolff, H.-G./Bauer, K.-O./Klemm, K./Pfeiffer, H.(Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung. Band 6. Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa.
- Weber, Max, 1924: Methodologische Einleitung für die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung (Berufswahlen und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. In: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen: Mohr, S. 1-60.
- Wedel, Edgar, 1993: Volkszählung 1981: Inhalt und ausgewählte Ergebnisse. In: Lüttinger, Paul/Wirth, Heike (Hrsg.), Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften. Tagungsdokumentation. Mannheim: ZUMA, S. 27-45.
- Weidacher, Alois, 1992: Die Einkommenssituation von Familien. In: Bertram, Hans (Hrsg.), Die Familie in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, S. 287-312.
- Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), 1989: Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weidig, Rudi, 1984: Zur Dialektik der Annäherung der Klassen und Schichten im Sozialismus. Probleme des Friedens und des Sozialismus 27(3), S. 367-376.

- Weigandt, Susanne, 1989: Frauen in der DDR: Präsenz ohne Macht. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken-Scheidt: Daddar, S. 117-133.
- Wendt, Hartmut, 1991: Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten - zwischen Konvergenz und Divergenz. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17(3), S. 251-280.
- Wiegand, Erich, 1991: Die Bedeutung der Einkommens- und Verbrauchsstichproben sowie der Laufenden Wirtschaftsrechnungen als Datenbasis für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung. In: Pierenkemper, Toni (Hrsg.), Zur Ökonomik des privaten Haushalts. Frankfurt/New York: Campus, S. 76-84.
- Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Soziologie, 1977. Berlin: Dietz.

## **IV. ANHANG\***

### **1. Zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Erhebungseigenschaften**

\* Die folgenden Tabellen wurden unter Mitarbeit von Christa Sutter erstellt.

***Einkommensstichprobe in Arbeiter und Angestelltenhaushalten***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
<b>Erhebungszeitraum:</b>	<i>August 1988</i>
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt; Person
<b>Auswahlverfahren:</b>	systematische Zufallsauswahl
<b>Zielpopulation:</b>	Arbeiter- und Angestellte Volkseigener Betriebe und Einrichtungen der Konsumgenossenschaften (inklusive Haushalte erwerbstätiger Rentner) ohne: X-Bereich
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Betriebslisten auf Basis des Betriebsregisters der SZS
<b>Erhebungsdesign:</b>	geschichtete zweistufige Zufallsauswahl erste Stufe: Auswahl der Betriebe und Einrichtungen zweite Stufe: Auswahl der Arbeiter und Angestellten (-haushalte)
<b>Erhebungsumfang:</b>	30 000 Haushalte
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	94.8%
<b>realisierter Erhebungsumfang:</b>	28.428 Haushalte, 79 153 Personen
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Doppelung von Sätzen nach Randanpassung an Strukturdaten
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Schlüsselverzeichnis zur Signierung der zur Zeit ausgeübten Tätigkeiten (1983 - 1988)
<b>Feldarbeit:</b>	Angehörige statistischer Dienststellen (Betriebsverantwortliche), eingesetzt durch die Bezirkszählbüros
<b>Datenbeschreibung:</b>	König 1992, 1993a, b, c, f.



### ***Statistik des Haushaltsbudgets***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
<b>Erhebungszeitraum:</b>	1.11.1988 - 31.10.1989
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt
<b>Auswahlverfahren:</b>	Quotenauswahl (Jahres- und Rotationsstichprobe)
<b>Zielpopulation:</b>	Private Haushalte von Arbeitern, Angestellten, (inklusive Haushalte erwerbstätiger Rentner bis 2 Personen) LPG-Mitgliedern, nicht berufstätigen Rentnern ohne: X-Bereich
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Bevölkerungsstatistik, insbesondere Berechnungen (nicht Einzeldaten) aus dem Einwohnerdatenspeicher, der Einkommensstichproben 1985 und 1988, der Landwirtschaftsstatistik, der volkswirtschaftlichen Geldbilanz, der Lohnstatistik
<b>Erhebungsdesign:</b>	geschichtete Quotenstichprobe (Rotationsstichprobe; entsprechend dem Auswahlprinzip der Einkommensstichprobe)
<b>Erhebungsumfang:</b>	3800 Haushalte (incl. 400 Haushalte in Rotationsstichprobe), Auswahlsatz: 0,06%
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	98,7% bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 96,4% bei LPG-Mitgliederhaushalten 100% bei Rentnerhaushalten (Rentner ohne Arbeitseinkommen)
<b>realisierter Erhebungsumfang:</b>	2566 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte 771 LPG-Mitgliederhaushalte 400 Rentnerhaushalte (Rentner ohne Arbeitseinkommen)
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Doppelung von Sätzen nach Randanpassung an Strukturdaten
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Nomenklatur der Geldeinnahmen und -ausgaben für den Zeitraum 1985/1986 bis 1990/1992
<b>Feldarbeit:</b>	ehrenamtliche Beauftragte, angeworben durch Bezirkszählbüros
<b>Datenbeschreibung:</b>	König 1992, 1993a, b, d, f.

### ***Zeitbudgeterhebung 1985***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
<b>Erhebungszeitraum:</b>	18.4.1985 - 24.4.1985
<b>Analyseeinheit:</b>	Person
<b>Auswahlverfahren:</b>	Quotenauswahl
<b>Zielpopulation:</b>	16 bis unter 60 jährige, weibliche Mitglieder und 16 bis unter 65 jährige, männliche Mitglieder von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten (inklusive Haushalte erwerbstätiger Rentner bis 2 Personen) ohne: X-Bereich
<b>Auswahlgrundlage:</b>	entspricht Haushaltsbudget
<b>Erhebungsdesign:</b>	kein gesonderter Stichproben- und Auswahlplan spezifisch: Sortierung nach Haushaltsgröße Wahl nach Wochentagen, gleichmäßige Besetzung der Wochentage
<b>Erhebungsumfang:</b>	nicht mehr nachvollziehbar
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	nicht mehr nachvollziehbar
<b>realisierter Erhebungs- umfang:</b>	4125 Personen
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Doppelung von Sätzen nach Randanpassung an Strukturdaten
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Systematiken weitgehend identisch mit der Statistik des Haushaltsbudgets
<b>Feldarbeit:</b>	wie Statistik des Haushaltsbudgets
<b>Datenbeschreibung:</b>	König 1992, 1993a, e, f.

### ***Zeitbudgeterhebung 1990***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Statistisches Amt der DDR
<b>Erhebungszeitraum:</b>	7.5.1990 - 13.5.1990
<b>Analyseeinheit:</b>	Person
<b>Auswahlverfahren:</b>	Quotenauswahl
<b>Zielpopulation:</b>	16 bis unter 60 jährige, weibliche Mitglieder und 16 bis unter 65 jährige, männliche Mitglieder von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten und Rentnerhaushalte ohne: X-Bereich
<b>Auswahlgrundlage:</b>	entspricht Haushaltsbudget
<b>Erhebungsdesign:</b>	kein gesonderter Stichproben- und Auswahlplan spezifisch: Sortierung nach Haushaltsgröße Wahl nach Wochentagen, gleichmäßige Besetzung der Wochentage
<b>Erhebungsumfang:</b>	nicht mehr nachvollziehbar
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	94,2% bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 98,5% bei Haushalten nicht berufstätiger Rentner
<b>realisierter Erhebungs- umfang:</b>	2 360 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit 4 172 Personen im Alter von 16 bis unter 60/65 Jahren, 396 Haushalte nicht berufstätiger Rentner mit 546 Personen im Rentenalter, inklusive übrige Personen insgesamt ca. 5400 Personen
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Doppelung von Sätzen nach Geschlecht und Wochentag
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Systematiken weitgehend identisch mit der Statistik des Haushaltsbudgets
<b>Feldarbeit:</b>	wie Statistik des Haushaltsbudgets
<b>Datenbeschreibung:</b>	König 1992, 1993a, e, f.

***Erhebung zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
<b>Erhebungszeitraum:</b>	1.11.1987 - 31.10.1988
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt, Person
<b>Auswahlverfahren:</b>	Die Erhebung wurde im Rahmen der Statistik des Haushaltsbudgets 1988 durchgeführt
<b>Zielpopulation:</b>	Sämtliche in privaten Haushalten von Arbeitern- und Angestellten lebenden Personen, die an der Statistik des Haushaltsbudgets 1988 teilnahmen
<b>Auswahlgrundlage:</b>	entspricht Haushaltsbudget
<b>Erhebungsdesign:</b>	kein spezieller Stichproben- und Auswahlplan entspricht Haushaltsbudget
<b>Erhebungsumfang:</b>	2600 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte (inkl. 400 Haushalte in Rotationsstichprobe)
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	circa 99%
<b>realisierter Erhebungsumfang:</b>	durchschnittlich pro Monat 2 574 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit 7 385 Personen
<b>Gewichtung/ Hochrechnung:</b>	Doppelung von Sätzen nach Anpassung an Strukturdaten
<b>Schlüsselverzeichnis:</b>	-
<b>Feldarbeit:</b>	siehe Statistik des Haushaltsbudget
<b>Datenbeschreibung:</b>	König 1993k.

### ***Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung***

<b>Land:</b>	Deutsche Demokratische Republik (DDR)
<b>Institution:</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
<b>Erhebungszeitpunkt:</b>	1981 ( <i>Zählungstichtag 31.12.1981</i> )
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt; Person; Wohnung; Gebäude
<b>Auswahlverfahren:</b>	Totalerhebung
<b>Zielpopulation:</b>	gesamte Wohnbevölkerung (=wohnberechtigte Bevölkerung), ohne: Mitglieder ausländischer diplomatischer Missionen und berufskonsularischer Vertretungen sowie ausländischer (sowjetischer) Streitkräfte und deren Angehörige
<b>weitere Zieleinheit:</b>	Wohnungen; Gebäude mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften, ohne: Gebäude ohne Wohnfunktion
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Gemeindeverzeichnisse (Straßen) in Verbindung mit amtliche Wohnungsunterlagen, wie zum Beispiel: Unterlagen der Wohnungsämter Unterlagen über die Bauzustandsermittlung aktuelle Grundstücksverzeichnisse
<b>Erhebungsdesign:</b>	-
<b>Erhebungsumfang:</b>	-
<b>Ausschöpfungsquote: realisierter Erhebungs- umfang:</b>	-  17 160 077 Personen, 6 555 681 Haushalte, 2 386 705 Gebäude mit Wohnraum, 6 562 467 Wohneinheiten (vgl. Wedel 1993)
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	-
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Sozialer Gruppierungsschlüssel (ausgewählte Berufe/Tätigkeiten)
<b>Feldarbeit:</b>	ca. 200 Zählkommissionen; ca. 800 Organisationsbüros; 400000 ehrenamtliche Zähler und Zählinstruktoren
<b>Datenbeschreibung:</b>	(Schilling 1993a, b)

***Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung***

<b>Land:</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>Institution:</b>	Statistisches Bundesamt
<b>Erhebungszeitraum:</b>	<b>1987 (Zählungstichtag 25.5.1987)</b>
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt; Person; Wohnung; Gebäude; Arbeitsstätten
<b>Auswahlverfahren:</b>	Totalerhebung
<b>Zielpopulation:</b>	alle Personen
<b>weitere Zieleinheiten:</b>	Wohnungen (einschl. leerstehende) Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Einwohnermelderegister (§11 Volkszählungsgesetz)
<b>Erhebungsdesign:</b>	-
<b>Erhebungsumfang:</b>	-
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	-
<b>realisierter Erhebungsumfang:</b>	61 077 042 Personen
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Systematik der Wirtschaftszweige; Ausgabe 1979; Fassung für die Arbeitsstättenzählung Klassifizierung der Berufe; Ausgabe 1975
<b>Feldarbeit:</b>	von den Erhebungsstellen bestellte ehrenamtliche Zähler (§ 10 Abs. 1 Volkszählungsgesetz, 1987)
<b>Datenbeschreibung:</b>	siehe: Wirtschaft und Statistik sowie Fachserien (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden)

### ***Mikrozensus***

<b>Land:</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>Institution:</b>	Statistisches Bundesamt
<b>Erhebungszeitraum:</b>	<i>seit 1975 jährlich (nur Grundprogramm, Zusatzprogramme nicht jährlich)</i> 1983 und 1984 nur EG-Arbeitskräftestichprobe
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt; Familie; Person
<b>Auswahlverfahren:</b>	Flächenstichprobe
<b>Zielpopulation:</b>	Gesamtbevölkerung ohne: Angehörige Ausländischer Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen, diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Ergebnisse der Volkszählungen ab 1990 Aktualisierung anhand Bautätigkeitsstatistik
<b>Erhebungsdesign:</b>	geschichtete Klumpenstichprobe (mit jährlicher, partieller Rotation) ab 1990 tiefere Regionalisierbarkeit durch Verkleinerung der Auswahlbezirke und Beschränkung ihrer Variabilität sowie die Bildung kleinerer regionaler Schichten und Schichtuntergruppen
<b>Erhebungsumfang:</b>	1% der Gesamtbevölkerung Zusatzprogramme z.T. mit reduziertem Auswahlatz
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	96,4% der Haushalte im Jahr 1991
<b>realisierter Erhebungsumfang:</b>	ca. 798 290 Personen (1991)
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Anpassung an Eckdaten aus der "fortgeschriebenen Wohnbevölkerung" nach deutsch/nichtdeutsch und Geschlecht durch Doppeln und Streichen; freie Hochrechnung ab 1990 variabler Kompensations-Algorithmus nach verfügbaren Kompensationsmerkmalen innerhalb regionaler Anpassungsschichten; Anpassung nach fachlicher Schichtung; freie Hochrechnung
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Klassifizierung der Berufe; Ausgabe 1975; Stand: Mai 1985 Systematik der Wirtschaftszweige; Ausgabe 1979; Fassung für den Mikrozensus 1984
<b>Feldarbeit:</b>	durch die Erhebungsstellen bestellte Interviewer, die nicht in unmittelbarer Nachbarschaft eingesetzt werden (§8 Abs. 1 und 3; Mikrozensusgesetz vom 10.6.1985)
<b>Datenbeschreibung:</b>	siehe: Wirtschaft und Statistik sowie Fachserien (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden)



### ***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe***

<b>Land:</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>Institution:</b>	Statistisches Bundesamt
<b>Erhebungszeitraum:</b>	1988
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt
<b>Auswahlverfahren:</b>	Quotenstichprobe
<b>Zielpopulation:</b>	Haushalte deren Mitglieder über ein oder mehrere Einkommen gemeinsam verfügen ohne: Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand Anstaltsbevölkerung Haushalte mit besonders hohem Einkommen
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Mikrozensusauswertungen
<b>Erhebungsdesign:</b>	Quotenauswahl
<b>Erhebungsumfang:</b>	variable Auswahlsätze zwischen 0,25%- ca.0,50%
<b>Ausschöpfungsquote:</b>	-
<b>realisierter Erhebungs- umfang:</b>	-
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	schichtenspezifische Hochrechnung auf Verteilungen des Mikrozensus
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Systematische Verzeichnisse und Codeverzeichnisse jeweils für Einnahmen und Ausgaben
<b>Feldarbeit:</b>	ehrenamtliche Interviewer
<b>Datenbeschreibung</b>	siehe: Wirtschaft und Statistik sowie Fachserien (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden)

### ***Zeitbudgeterhebung 1991/1992***

<b>Land:</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>Institution:</b>	Statistisches Bundesamt
<b>Erhebungszeitraum:</b>	1991/1992
<b>Analyseeinheit:</b>	Haushalt; Person (ab 12 Jahre)
<b>Auswahlverfahren:</b>	Quotenstichprobe
<b>Zielpopulation:</b>	Gesamtbevölkerung ohne: Anstaltsbevölkerung Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand
<b>Auswahlgrundlage:</b>	Mikrozensusauswertungen
<b>Erhebungsdesign:</b>	Quotenauswahl
<b>Erhebungsumfang:</b>	ca. 6000 Haushalte
<b>Ausschöpfungsquote: realisierter Erhebungs- umfang:</b>	- -
<b>Gewichtung/Hochrechnung:</b>	Hochrechnung auf Verteilungen des Mikrozensus
<b>Schlüsselverzeichnisse:</b>	Klassifizierung der Berufe zur Signierung der Frage nach der ausgeübten Berufstätigkeit in der Zeitbudgeterhebung 1991/92; Liste 5: Wirtschaftszweige
<b>Feldarbeit:</b>	ehrenamtliche Interviewer
<b>Datenbeschreibung:</b>	Zeitbudgeterhebung - Ziele, Methoden und neue Konzepte, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 13; Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik, Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen der Bundesstatistik, Heft 17

## **2. Tabellarische Darstellung der Erhebungsmerkmale**

## **2.1**

### **Statistik des Haushaltsbudgets (Ost) 1988/1989**

#### **Einkommensstichprobe in Arbeiter und Angestelltenhaushalten (Ost) 1988**

#### **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (West) 1988**

**Haushaltsbudget 88/89**

Angaben über Haushalt:

Altersgruppe:

Haupteinkommensbezieher/Ehepartner

Soziale Stellung des Haushaltes:

- Arbeiter
- Angestellter
- LPG-Mitglied
- Produktionsarbeiter
- Berufstätige Rentner/Arbeiter
- Berufstätige Rentner/Angestellte
- Berufstätige Rentner/LPG-Mitglied
- Rentner ohne Arbeitseinkommen

**Einkommensstichprobe 88**Haushaltsmitglieder mit und ohne eigenes  
Geldeinkommen

Geburtsdatum (Monat, Jahr)

Geschlecht

Stellung zum Haupteinkommensbezieher (HEB)

- HEB
- Ehepartner des HEB
- Kind des HEB
- übrige

Familienstand

- ledig
- verheiratet
- verwitwet
- geschieden

Soziale Stellung der Personen

- Arbeiter
- Angestellter
- LPG-Mitglied
- übriges Genossenschaftsmitglied
- Selbständiger
- Lehrling
- Direktstudent
- Nichtberufstätiger
- Rentner
- Mütter mit Freistellung (Babyjahr)
- übrige Personen ohne Einkommen

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**Personen und Haushaltsstruktur  
Grundinterview 1.-12. Person:

Geburtsjahr

Geschlecht

Stellung innerhalb des Haushalts

- Bezugsperson (BP)
- Ehegatte des BP
- Kind der BP oder des Ehegatten
- Sonstige Person

Familienstand

- Ledig
- Verheiratet
- Verwitwet
- Geschieden
- Dauernd getrennt lebend

Soziale Stellung der Personen

- Selbst. Landwirt
- Selbst. Gewerbetreibender/Freiberufl. - Tätiger
- Beamter, Beamtin
- Angestellte(r)
- Arbeiterin, Arbeiter
- Arbeitslose(r)
- Nichterwerbstätiger
- Mithelfende(r) Familienangehörige(r)
- Student(in)

---

**Haushaltsbudget 88/89**

---

**Gemeindegrößengruppe**

unter 2000 Einwohner  
2000 bis unter 5000 Einwohner  
5000 bis unter 20000 Einwohner  
20000 bis unter 100000 Einwohner  
100000 und mehr Einwohner

---

**Einkommensstichprobe 88**

---

**Gemeindegrößengruppe**

Berlin  
Bezirksstadt  
Kreisstadt  
Kreisangehörige Stadt  
Land

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

**Gemeindegrößenklasse**

- Unter 5.000 Einwohner
- 5.000 b. u. 20.000 Einwohner
- 20.000 b. u. 100.000 Einwohner
- 100.000 b. u. 500.000 Einwohner
- 500.000 Einwohner und mehr



---

**Haushaltsbudget 88/89**

---

**Personen im Haushalt:**

**Zahl Personen im Haushalt**

**Zahl der Erwachsenen**

- Zahl d. erwachsenen Frauen
- Zahl d. Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter
- Zahl der erwachsenen Frauen im arbeitsfähigen Alter
- Erwachsene im Rentenalter

**Zahl der Kinder insgesamt:**

- Kinder unter 3 Jahren
- Kinder 3 - unter 6 Jahre
- Kinder 6 - unter 10 Jahre
- Kinder 10 - unter 17 Jahre

**Anzahl Personen nach Art des Einkommens:**

**Zahl Arbeitseinkommensbezieher (o. Rentner)**

- Arbeiter/Angestellte
- weibliche Arbeiter/Angestellte
- mitarbeitende LPG-Mitglieder
- mitarbeitende LPG-Mitglieder im persönl. Haushalt tätig
- weibliche mitarbeitende LPG-Mitglieder
- Zahl der übrigen Arbeitseinkommensbezieher

---

**Einkommensstichprobe 88**

---

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

**Lehrlinge****Rentenbezieher insgesamt**

- Rentenbezieher mit Arbeitseinkommen
- Rentenbezieher weiblich mit Arbeitseinkommen
- Rentenbezieher ohne Arbeitseinkommen
- Rentenbezieher weiblich ohne Arbeitseinkommen

**übrige Personen im Haushalt insgesamt**

- Erwachsene
- Studenten
- Kinder

**Gründungsjahr des Haushalts****Geschlecht HEB (auch alleinstehende Personen)****Geschlecht Ehepartner des HEB****Altersgruppe HEB (auch alleinstehende Personen)**

- 18 J. bis unter 30 J.
- 30 J. bis unter 45 J.
- 45 J. bis unter 55/60 J.
- 55/60 J bis unter Rentenalter
- Rentenalter

**Altersgruppe Ehepartner des HEB**

- 18 J. bis unter 30 J.
- 30 J. bis unter 45 J.
- 45 J. bis unter 55/60 J.
- 55/60 J bis unter Rentenalter
- Rentenalter

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

---

**Haushaltsbudget 88/89**

---

**Junge Ehen (beide Ehepartner unter 30)**

- keine junge Ehe
- HH zählt als junge Ehe
- beide Ehepartner unter 26 Jahre
- ein Ehepartner unter 30 Jahre
- ein Ehepartner unter 26 Jahre
- beide Ehepartner über 25 Jahre u. unter 30 Jahre

**Berufstätigkeit der Ehefrau/Lebensgefährtin**

- vollbeschäftigt
- teilzeitbeschäftigt über 30 h wöchentl.
- teilzeitbeschäftigt bis 30 h wöchentl.
- nicht berufstätig (einschl. Babyjahr)

---

**Einkommensstichprobe 88**

---

**Eheschließungsjahr****Berufstätigkeit**

- vollbeschäftigt
- teilzeitbeschäftigt
- nicht berufstätig

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

Bezugsperson verheiratet oder getrennt lebend  
Eheschließungsjahr der bestehenden Ehe

---

**Haushaltsbudget 88/89**

---

**Tätigkeit des HEB in LPG-Haushalten**

- Leitung und Verwaltung
- Mitglieder in der Tierproduktion
- Mitglieder in der Pflanzenproduktion
- Sonstige Mitglieder

---

**Einkommensstichprobe 88**

---

**Tätigkeit:**

- Berufe für Kraftanlagen u. Hebe- u. Transportmechanismen
- Bergbauberufe
- Berufe der Metallurgie u. Metallarbeiter
- Berufe der Elektrotechn./Feinmech./Optik
- Berufe der Herstell. v. Baumaterial., Glas-, Porzellan-, Keramikerzeugn.
- Holzverarbeitungsberufe
- Berufe von Chemikern u. Papierverarbeitern
- Polygrafische Berufe
- Textil- u. Näherberufe
- Berufe der Lederarbeiter u. Schuhmacher
- Berufe der Arbeiter in d. Lebensmittelindustrie
- Bauberufe
- Land- u. Forstwirtschaftl. Berufe
- Berufe im Transport- u. Nachrichtenwesen
- Berufe im Handel, in Gemeinschaftsverpflegung u. Messen
- Berufe der Haushalts-, kommunalen u. wirtschaftl. Betreuung
- Sonstige Arbeiterberufe mit körperlicher Arbeit
- Leiter v. Staats u. wirtschaftsleitenden Organen, gesellschaftl. Organi./Betrieben u. Mitarbeiter der Planung, Statistik u. Erfassung
- Ingenieur-technisches Personal
- Medizinisches Personal
- Wissenschaftler, Kultur- u. Kunstschaffende, pädagogisches Personal
- Juristisches Personal
- Verwaltungsberufe u. sonstige geistige Berufe

---

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**

---



**Haushaltsbudget 88/89**

**Einkommensstichprobe 88**

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**

**Wirtschaftsbereich/-sektor:**

- Energie- u. Brennstoffindustrie
- Chemische Industrie
- Metallurgie (einschl. Erzbergbau)
- Baumaterialienindustrie
- Wasserwirtschaft
- Maschinen- u. Fahrzeugbau
- Elektrotechnik/Elektronik/-gerätebau
- Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)
- Textilindustrie
- Lebensmittelindustrie
- Bauwirtschaft
- Land- u. Forstwirtschaft
- Verkehr, Post- u. Fernmeldewesen
- Handel
- Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs
- Dienstleistende Wirtschaft
- Einrichtungen der Wissenschaft, Bildung, Kultur und des Gesundheits- u. Sozialwesens
- Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen
- Unbekannt

Schichtarbeit (ja, nein)

**Haushaltsbudget 88/89**

**Einkommensstichprobe 88**

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**

**Abgeschlossene Berufsausbildung**

- ohne (un-/angelernt)
- Facharbeiter
- Meister
- Fachschulabschluß
- Hochschulabschluß

**Art der gegenwärtigen Aus- u. Weiterbildung**

- ohne
- Fernstudium u.a. Aus- u. Weiterbildung an Hoch- u. Fachschulen
- Erwachsenenqualifizierung in betriebl. Einrichtungen
- Lehrgänge an Volkshochschulen

Haushaltsbudget 88/89

Nettoeinkommen HH. gesamt (Jahresanschreibung.)

Bargeldbestand am Monatsanfang:

Arbeitsrechtsverhältnis d. Arb. u. Angestellt.:

- Nettolohn incl. Lohn- u. Sonderzuschläge
- .frei w. Zusatzrentenvers.
- Prämien u. Jahresendprämien

LPG-Mitgliedschaft:

- Vorschüsse für AE und Prämien
- Jahresendauszahlungen

andere Berufstätigkeit:

- Nettoarbeitseinkommen, Prämien, Honorare u.ä.

Ausbildungsverhältnisse

- Lehrlingsentgelt netto
- Stipendium

Renten

- Altersrente
- Witwen-, Invalid- u. Unfall- und sonstige Renten aus frei w. Zusatzrentenversorgung

Einkommensstichprobe 88Summe der Geldeinnahmen d. Haushalts (Netto)  
(Anschreibungsmonat = An.Mon.)Nettolohn/-gehalt (einschl. Lohn- u.  
Sonderzuschläge) (An.Mon)Übriges Arbeitseinkommen (Netto) (nicht  
Netto Gehalt, Prämie, Neuerer vergütung) (An.Mon)Prämie aus Arbeitsverhältnis (An.Mon)  
Neuerer vergütung (An.Mon)Lehrlingsentgelt (Netto) (An.Mon)  
Stipendium (An.Mon)Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88

Monatl. HH.nettoeinkommen aller HHmitglieder

Einkommen aus Aushilfs-, Gelegenheitsarbeit,  
Ferienjob o.ä.Renten aus privater Lebens- u. Rentenvers.  
Renten d. gesetzl. Unfallvers.(auch Witwen u.  
Waisenrente)  
Art u. Höhe sonstiger Renten aus öffentl. Kassen

Haushaltsbudget 88/89

## Soziale Zuwendungen

- Krankengeld
- Kindergeld staatl.
- Geburtenbeihilfe, Schwangerschafts- u. Wochengeld
- Erziehungsbeihilfen f. Schüler
- Ausfüllerentschädigung, Mütterunterstützung

## Geldeinn. aus Banken, Versicher., Lotterien

- Abhebungen von Spar- und sonst. Konten aller Art
- Zinsen aller Art
- Aufnahme von Krediten

## Andere Zuwendungen u. Einnahmen

- Verkauf von Sekundärrohstoffen
- Verkauf von Gebrauchsgütern
- Untermiete, Alimente u. a.

Geldeinnahmen des Haushalts gesamt (einschl. Bargeldbestand Monatsanfang)

Einkommensstichprobe 88

Krankengeld (Anschreibungsmonat= An.Mon)

Schwangerschafts- u. Wochengeld (An.Mon)  
Geburtenhilfen HH (An.Mon)

## Mütterunterstützung

- bei Erkrankung der Kinder (An.Mon)
- für bezahlte Freistellung (Babyjahr) u. bei fehlendem Krippenplatz (An.Mon)

Übrige Geldeinnahmen wie z.B. aus Mieten u. Pachten aus Verkauf von Sekundärrohstoffen, Versicherungen u. Lotterien, Trinkgelder u. a. HH (An.Mon)

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88

Kindergeld (ohne im öffentl. Dienst gezahlt)

Mutterschaftsgeld  
Erziehungsgeld

Abhebungen von Spartbuch

Zinsen

Dividenden

Privatentnahmen v. Selbständigen (bar od.

Abhebung)

Aufnahme v. Ratenkrediten (Diff. zw. Kaufpreis u. geleist. Anzahlung)

(Brutto)-Einnahmen a. Vermietung u. Verpachtung

Haushaltsbudget 88/89

Geldeinn. aus Verkauf v. Produk. aus eig. Ernte,  
Tierhalt., LPG-, VEG-Prod

- Eier
- Schlachtgeflügel
- andere

Einkommensstichprobe 88

Geldeinnahmen aus Unterhaltszahlungen f. Kinder

Geldeinnahmen aus betrieblichen Fonds wie z. B.  
Auslösung, Tage- u. Wegegelder, Trennungs- u.  
Aufwandsentschädigung, Umzugskostenvergütung  
u. a.

Zurwendungen des FDGB bei längerer Krankheit,  
Unterstützg. von Veteranen, sonst. gesellschaftl.  
Zurwendungen wie z.B. von der Volkssolidarität  
u. a.

Geldeinnahmen aus Gartenbau u. Kleintierhaltung

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88

Unterhaltszahlungen, laufende Unterstützung durch

- Verwandte o. ä.
- Wohngeld (vom Staat)
- Arbeitslosengeld
- Arbeitslosenhilfe
- Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld
- Sozialhilfe
- Beihilfen i. öffentl. Dienst (i. Krankheits-,  
Geburts-, Todesfall)
- Sonstige Einnahmen (Krankengeld,  
Unterhaltszahl., Gewinne etc.)

**Haushaltsbudget 88/89**

**Einkommensstichprobe 88**

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**

Einmalige Geldeinkommen der Haushaltsmitglieder  
1988 bzw. 1987

Jahresendprämie f. 1987

Zusätzliche Belohnung aufgrund langjähriger  
Betriebszugehörigkeit, zusätzl. Vergütung in der  
Volksbildung, im Gesundheits- u. Sozialwesen u.a.  
Bereichen 1988 bzw. 1987

Summe Jahresendprämie u. ähnliches

Einmalige Geldeinnahmen des Haushalts 1988 bzw.  
1987

Zinsen aus Sparkonten

Auszahlungen Lebensversicherungen

Konsumrückvergütung 1987

Haushaltsbudget 88/89Einkommensstichprobe 88Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88

Bruttolohn/-gehalt (einschl. Lohn- u.  
Sonderzuschläge) (An.mon)

Rente (ohne Waisenrente u.  
Sozialfürsorgeunterstützung) (An.Mon.)

Staatliches Kindergeld HH (An.Mon.)

Bruttoeink. (Anschreibungsmonat=An.mon)

Bruttoeink. je HHmitglied u. Monat (bzw.  
angegebener Zeitraum)

- Bruttobezüge (ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialvers., ohne vermögenswirksame Leistungen d. Arbeitgebers, ohne Sparzul. ohne Krankengeld i. öffentl. Dienst)
  - Lohn
  - Gehalt
  - Rente ( gesetzl. Rentenversich.)
  - Pension (nur an ehemal. Beamte u. deren Hinterbliebene)

Renten d. Zusatzversorgungskassen des öffentl. Dienstes

Betriebsrenten

Renten d. landwirtschaftl. Altersklasse

Arbeitgeberzuschuß z. befreienden Lebensvers.

Arbeitgeberzuschuß zur freiw. KV (gesetzl. o. private KV)

Vermögenswirks. Leistungen d. AG

Arbeitnehmersparzulage

Kindergeld (nur im öffentlichen Dienst)



Haushaltsbudget 88/89

Anzahl der im HH vorhanden Konsumgüter

Zahl der PKWs

Zahl der s/w-Fernseher

Zahl der Farbfernseher

Zahl der Rundfunkgeräte

Zahl der Kühlschränke

Zahl der Gefrierschränke/Kühltruhen

Zahl der elektr. Waschmaschinen

Zahl der Waschvoll- und Halbautomaten

Staubsauger

Einkommensstichprobe 88

Bestand an Konsumgüter

Personenkraftwagen

Fernsehempfänger

- schwarz/weiß

- Farbe

Stereoheimrundfunkgerät einschl. Kombination  
Radiorecorder

Plattenspieler einschl. Kombination

Tonbandgerät (Spule u. Kassette) einschl.

Kombination ohne Radiorecorder

Elektrischer Kühlschrank

Gefrierschrank/Gefriertruhe

Elektrische Waschmaschine

einfach

automatisch

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88

Ausstattung des HH (Jahresanschreibung)  
(jeweils Anzahl/Anschaffungsjahr/ Preis)

PKW neu /neu/geleast

Motorrad /Kleinkraftad /Fahrrad

Schwarz-Weißfernseher

Farbfernsehgerät

Stereo-Rundfunkgerät als Einzelgerät

Plattenspieler als Einzelgerät

Tonaufnahmegerät, Kassetten- u. Radiorec. als

Einzelgerät

Stereoturm

CD-Player

Kühlschrank

Gefrierschrank,-truhe

Kühl- u. Gefrierkombination

Waschmaschine

Wäschetrockner

**Haushaltsbudget 88/89**

Anzahl der Tiere in der persönlichen Wirtschaft,  
Kleintierhaltung

Anzahl Rinder  
Anzahl Schweine  
Anzahl Schafe  
Anzahl Ziegen  
Anzahl Geflügel  
Kaninchen  
Hunde  
Katzen

Wochenendgrundstück

Eigenverbrauch der HH mit persönl. Wirtsch. bzw.  
Kleingarten u. Kleintierhaltung

Speisekartoffeln  
Frischgemüse  
Frischobst einschl. Weintrauben  
Verarb. Gemüse, Säfte  
Verarb. Obst, Säfte  
Schweinefleisch  
Rindfleisch  
Geflügel  
übriges Frischfleisch einschl. Wild  
Fleisch u. Wurstwaren einschl. Konserven  
Eier, Trinkvollmilch  
Schmalz, Butter

**Einkommensstichprobe 88**

Gartenbesitz/-nutzung

Besitz bzw. Nutzung von Garten bzw.  
Wochengrundstück (ja, nein)  
ohne Gartenlaube, Bungalow u. ä.  
mit Gartenlaube, Bungalow u. ä.

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88**

Pers. in HH mit Nutzgarten außerh. eines  
landwirtschaftl. Betriebs ja, nein  
Bewirtsch. des Nutzgartens ja, nein

Kaufwert des Eigenverbrauchs der genutzten Fläche  
Art der Anpflanzung od. Ernte von dieser Fläche

- Gemüse
- Obst
- Kartoffeln
- andere Erzeugnisse

---

**Haushaltsbudget 88/89**

---

**Gesetzliche Abzüge****Abzüge einzelner HH-Mitglieder****Steuern f. Berufstätigkeit**

- Lohnsteuer der Arb./Angest.
- Lohnsteuer übriger Berufstätiger bzw. für  
übriges Arbeitseink.

**SV-Pflichtbeiträge (ohne Lehrlinge)**

- SV-Pflichtbeiträge der Arb./Angest.
- SV-Pflichtbeiträge der LPG-Mitglieder
- SV-Pflichtbeiträge der übrigen Berufstätigen

---

**Einkommensstichprobe 88**

---

**Lohnsteuer****Sozialversicherungs-Pflichtbeitrag**

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

Abzüge v. Brutto (An.Mon)

Lohnsteuer

Abzüge v. Bruttogehalt je HHmitglied u. Monat  
(bzw. angegeb. Zeitraum)

Kirchensteuer

Pflichtbeiträge z. gesetzl.Krankenvers.

Pflichtbeiträge z. Rentenversicherung

Arbeitslosenversicherung

Freiwillige Vers. i. d. gesetzl. KV

Private Krankenkasse

Befreiende Lebensvers.

Zahlung nach dem Vermögensbildungsgesetz (624,-  
936,-DM-Gesetz)

Sonst. Abzüge (einzeln, z.B. Miete f. Werkswoh-  
nung, Kleidergeld., Pfändung u.ä.)

Abschlagszahlungen, Restpfennige

**Geldausgaben, -verbrauch Nahrungs- und  
Genußmittel (detailliert siehe Fragebogen = FB)**

**Bekleidung detailliert (siehe Fragebogen)**  
**Schuhe detailliert (siehe Fragebogen)**  
**Haushaltsgegenstände detailliert (siehe FB)**  
**Gebrauchsgegenstände detailliert (siehe FB)**  
**Dienstleistungen detailliert (siehe FB)**  
**Tierbedarf detailliert (siehe FB)**  
**Instandhaltung/Reparatur (siehe FB)**  
**Mieten**  
**kulturelle Ausgaben**  
**Energieausgaben**  
  
**sonstige Ausgaben**

---

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 88***

---

**Ausgaben für Nahrungsmittel, Genußmittel,  
Mahlzeiten außer Haus (detailliert siehe  
Fragebögen)**

**Bekleidung detailliert (siehe Fragebogen)  
Schuhe detailliert (siehe Fragebogen)  
Haushaltsgegenstände detailliert (siehe FB)  
Gebrauchsgegenstände detailliert (siehe FB)  
Dienstleistungen detailliert (siehe FB)  
Tierbedarf detailliert (siehe FB)  
Instandhaltung/Reparatur (siehe FB)  
Mieten  
kulturelle Ausgaben  
Energieausgaben  
  
sonstige Ausgaben**

## 2.2

**Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (Ost) 1981**

**Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung (West) 1987**

**Mikrozensus-Grundprogramm (West)**



***Volkszählung 1981 (Ost)***

Gemeinde/Wohnbezirk

Anzahl Personen im Haushalt(HH)

Ist HH in Whg.

- Mieter
- Eigentümer
- Untermieter
- Mitglied Whg.baugenossenschaft

Angabe Hauptwohnung, Nebenwohnung der Personen

Geschlecht

Geburtsjahr/-monat

Familienstand

- ledig
- verheiratet
- verwitwet
- geschieden

Eheschließungsjahr

Anzahl der geborenen Kinder (Frauen)

Mutter/Kindbeziehung

***Volkszählung 1987 (West)***

Gemeinde/Gemeindeteil

Bewohnt HH Wohnung. als:

- Hauptmieter
- Eigentümer
- Untermieter

Bewohnen einer weiteren Wohnung in BRD/Berlin West

Geschlecht

Geburtsjahr/-monat

Familienstand

- ledig
- verheiratet
- verwitwet
- geschieden

***MZ-Grundprogramm***

Land/Regierungsbezirk/Kreis/Gemeinde

Anzahl Personen in HH

Weitere Wohnung bzw. Unterkunft vorhanden

Geschlecht

Geburtsmonat/Geburtsjahr

Familienstand

- ledig
- verheiratet
- verwitwet
- geschieden

Eheschließungsjahr der jetzigen bzw. letzten Ehe

---

***Volkszählung 1981 (Ost)***

---

Stellung zum Ausfüller:

- Ehefrau/-mann
- Kinder
- Eltern
- sonstiges

---

***Volkszählung 1987 (West)***

---

---

**MZ-Grundprogramm**

---

**Stellung innerhalb HH**

- Haushaltsvorstand
- Ehegatte des Haushaltsvorstands (HV)
- (Schwieger-) Sohn, Tochter des HV oder des Ehegatten
- Enkel, Urenkel des HV oder des Ehegatten
- Vater Mutter des HV oder des Ehegatten
- Großvater, - mutter des HV oder des Ehegatten
- andere mit dem HV oder dem Ehegatten
- verwandte oder verschwägte Person
- mit dem HV oder dem Ehegatten nicht verwandte Person

**Volkszählung 1981 (Ost)**

**Art des Einkommens**

- aus Berufstätigkeit
- aus Lehrlingsentgelt/Stipendium
- aus Altersrente/-versorgung
- aus Invalidenrente/-versorgung
- aus sonstigen Rentenarten
- kein eigenes Einkommen
- andere Arten

**Volkszählung 1987 (West)**

**Überwiegender Lebensunterhalt:**

- Erwerbs-, Berufstätigkeit
- Arbeitslosengeld, -hilfe
- Rente, Pension
- Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil
- Zuwendungen, Unterhalt d. Eltern, Ehegatten u.s.w.
- sonstige Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAFÖG)

**MZ-Grundprogramm**

**Überwiegender Lebensunterhalt aus**

- Erwerbstätigkeit
- Arbeitslosengeld/-hilfe
- Rente, Pension
- Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw.
- Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil
- Sozialhilfe und sonstige Unterstützungen, -BAFÖG
- Soldat (einschl. BGS, Bereitschaftspolizei)

**Eink. außer Erwerbstätig./Arbeitslosengeld/-hilfe:**

1. u. 2. eigene /Witwen-, Waisen-Arbeiterrentenversicherung  
Knappschaftliche Rentenvers.  
Angestelltenrentenversicherung  
Pension (aus öff. Kassen)  
Kriegsopfer-(KB)rente  
Unfallversicherung  
Übrige öffentliche Rente, BAFÖG  
Sozialhilfe

1. u. 2. Private Eink., Unterstützungen, Renten usw.  
Altenteil  
Eig. Vermögen, Zinsen  
Betriebsrente  
Leistungen aus der Lebensversicherung  
Priv. Unterstützungen  
Vermietungen, Verpachtungen  
Rente aus dem Ausland  
Wohngeld

---

**Volkszählung 1981 (Ost)**

---

**In Ausbildung:**

- Schüler
- Lehrling
- Direktstudent

**Abgeschlossene Schulbildung:**

- Abschluß 8. Klasse
- Abschluß 10. Klasse
- Abschluß Abitur

**Abgeschlossene Berufsbildung**

- Teilfacharbeiter
- Facharbeiter
- Meister
- Fachschulabschluß (Fachrichtung)
- Hochschulabschluß (Fachrichtung)
- andere

---

**Volkszählung 1987 (West)**

---

**höchster allgemeiner Schulabschluß (nur Personen von 15 bis 65)**

- Volks-, Hauptschule
- Realschule/gleichwertiger Abschluß - Fachhochschulreife
- Hochschulreife (Abitur),

**höchster berufsbildender Abschluß oder Hochschulabschluß (nur Personen von 15 bis 65):**

- Berufsfachschule (z.B. Handels- Verwaltungsschule)
- Fachschule
- Fachhochschule (Ing., Schule, höhere Fachschule)
- Hochschule (einschl. Lehrerbildung)
  - Welche Hauptfachrichtung?
- Welche Ausbildung in einem Lehrberuf?
  - Dauer dieser Ausbildung

---

**MZ-Grundprogramm**

---

**Gegenwärtig Besuch von:**

- Kindergarten
- Integrierte Gesamtschule
- Grund-, Haupt-/Volksschule
- Real-/Mittelschule u. dergleichen.
- Gymnasium
- Berufsfach-/Fachschule
- Fachhochschule
- Hochschule/Universität
- Berufsschule

**Letzter allgemeinbild. Schulabschluß**

- Volks-/Hauptschulabschluß
- Realschule/Gleichwertiger Abschluß
- Fachhochschulreife
- Allgemeine o. fachgebundene -Hochschulreife

**Letzter beruflicher Ausbildungsabschluß:**

- keinen
- Lehre/Anlernausbildung
- Berufliches Praktikum
- Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluß
- Fachhochschulabschluß/Ingenieur
- Hochschulabschluß

Volkszählung 1981 (Ost)

Erlerner Beruf  
(341 Berufe siehe Schlüssel)

Stellung im Betrieb

- Arbeiter/Angestellter
- LPG-Mitglied
- Anderes Genossenschaftsmitglied
- Freiberuflich Tätiger
- Selbständiger
- Mithelfender Familienangehöriger
- nicht berufstätig

Nicht mehr Erwerbstätige/letzte Tätigkeit

- Arbeiter/Angestellter
- LPG-Mitglied
- Anderes Genossenschaftsmitglied
- Freiberufliche Tätigkeit
- Selbständiger
- Mithelfender Familienangehöriger

Volkszählung 1987 (West)

Derzeitige Tätigkeit

- Facharbeiter
- sonstiger Arbeiter
- Angestellter
- Auszubildender
- Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstleistender
- Selbständiger mit bezahlten Beschäftigten
- Selbständiger, ohne bezahlte Beschäftigte
- Mithelfender Familienangehöriger

ausgeübte Nebentätigkeit (Erwerbstätige)

- landwirtschaftliche
- nicht landwirtschaftliche

MZ-Grundprogramm

1. bzw. 2. Tätigkeit wird ausgeübt als

- Selbständiger ohne Beschäftigte
- Selbständiger mit Beschäftigten
- Mithelfender Familienangehöriger
- Beamter, Richter, Soldat
- Angestellter
- Arbeiter, Heimarbeiter
- Kaufm./techn. Auszubildender
- Gewerbl. Auszubildender

Volkszählung 1981 (Ost)

Ausgeübte Tätigkeit  
(443 Tätigkeiten lt. Systematik)

Gemeindennummer des Pendlerziels

Volkszählung 1987 (West)

Ausgeübte Tätigkeit, ausgeübter Beruf  
(siehe Schlüssel)

MZ-Grundprogramm

Gegenwärtige erste und zweite Tätigkeit  
(ausgeübter Beruf) (siehe Schlüssel)



**Volkszählung 1981 (Ost)****Art des Gebäudes:**

- Wohngebäude
- Nichtwohngebäude
- Behelfsunterkunft

**Eigentumsform des Gebäudes**

- volkseigen
- genossenschaftlich
- privat
- sonstiges Eigentum

**Geschoßzahl des Wohngebäudes**

- 1,2,3,4,5,6 Geschosse
- 7-11 Geschosse
- 12 u. mehr Geschosse

**Bauzustand des Gebäudes**

- gut erhalten
- geringe Schäden
- schwerwiegende Schäden
- Wohngebäude für seine Funktion unbrauchbar

**Volkszählung 1987 (West)****Gebäudeart:**

- Wohngebäude (mind. 50 % zu Wohnzwecken genutzt)
- sonstiges Gebäude mit Wohnraum
- bewohnte Unterkunft (z.B. Baracke)

**bei Wohnheimen (Gebäude als Wohnheim genutzt)**

- vollständig
- teilweise

**Eigentümer(in), Erbbauberechtigte(r), Kaufanwärter des Gebäudes**

- Einzelperson od. Ehepaar
- Erbgemeinschaft od. ähnliche Personengemeinschaft
- Gemeinschaft von Wohnungseigentümer (bei Eigentumswohnung)
- gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Genossenschaft der staatl. Wohnungspolitik
- freies Wohnungsunternehmen
- sonstige Eigentümer

**MZ-Grundprogramm**

**Zur Wohnsituation, Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte vgl. die Mikrozensusergänzungserhebungen (1980, 1982, 1985, 1987).**

**Zu Wohnverhältnissen (Größe, Ausstattung der Wohnung, Miete, Bauzeit, Wohnumfeld) vgl. die Wohnungstichproben im Rahmen des Mikrozensus (1972, 1978)**

---

**Volkszählung 1981 (Ost)**

---

**Rekonstruktionsjahresgruppe des Gebäudes**

- 1946-1960
- 1961-1965
- 1966-1970
- 1971-1975
- 1976-1980
- 1981

**Art der Abwasserbehandlung**

- durch öffentliches Kanalisationsnetz
- durch grundstückseigene Anlagen
- auf sonstige Weise

**Art der Wasserversorgung**

- öffentliches Netz
- Hausanlage
- auf sonstige Weise

**Anzahl der Wohnungen im Gebäude**

---

**Volkszählung 1987 (West)**

---

**Gebäudeangaben/Ausstattung**

---

***MZ-Grundprogramm***

---

**Zur Wohnsituation, Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte vgl. die Mikrozensusergänzungserhebungen (1980, 1982, 1985, 1987).**

**Zu Wohnverhältnissen (Größe, Ausstattung der Wohnung, Miete, Bauzeit, Wohnumfeld) vgl. die Wohnungstichproben im Rahmen des Mikrozensus (1972, 1978)**

**Volkszählung 1981 (Ost)**

**Nutzung der Wohnung**

- bewohnt
- nicht zu Wohnzwecken genutzt
- leerstehend wegen Umzug/Neubelegung
- leerstehend wegen Instandsetzung/Modernisierung
- leerstehend wegen schwerer Vermietbarkeit
- leerstehend wegen Sperrung und anderer Gründe

**Hauptbewohner (Geschlecht/Anzahl)**

**Anzahl Wohnräume**

- 1,2,3,4,5,6,7
- 7 oder mehr

**Fläche der Wohnräume insgesamt in qm**

**Fläche der Küche in qm**

**Fläche der Nebenräume insgesamt in qm**

**Art der Heizung**

- Ofenheizung
- Fernheizung
- Etagen-/Zentralheizung
- Gasheizung
- Elektrospeicherheizung

**Volkszählung 1987 (West)**

**Nutzung der Wohnung:**

- Wohnung steht leer (seit wann)
- Wohnung von Angehörigen ausl. Streitkräften, Diplomaten etc. privatrechtlich gemietet
- Freizeitwohnung
- Untervermietung oder gewerbl. Nutzung von Räumen mit mehr als 6 m<sup>2</sup>
- Anzahl untervermietete Räume
- Anzahl gewerblich genutzte Räume

**Fläche der gesamten Whg. (einschl. Flur, Mansarde u. ähnliches sowie oder gewerblich genutzter Räume der**

**Anzahl der Räume mit mindestens 6 qm (ohne Küche, Bad, Wc, Flur)**

**Art der Heizung (überwiegend)**

- Fern-, Blockheizung
- Zentralheizung
- Etagenheizung
- Einzel- oder Mehrträumeöfen (auch \$?)

**Brennstoff, Wärmequelle**

(Gas, Heizöl, Strom, Kohle, Holz, Fernwärme, Sonnenenergie, Wärmepumpe)

**MZ-Grundprogramm**

**Zur Wohnsituation, Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte vgl. die Mikrozensusergänzungserhebungen (1980, 1982, 1985, 1987).**

**Zu Wohnverhältnissen (Größe, Ausstattung der Wohnung, Miete, Bauzeit, Wohnumfeld) vgl. die Wohnungstichproben im Rahmen des Mikrozensus (1972, 1978)**

---

**Volkszählung 1981 (Ost)**

---

**Art der Wasserleitung**

- in der Wohnung (Whg)
- außerhalb der Whg, aber im Gebäude
- andere Arten

**Art der Toilette**

- WC in der Whg
- WC ausserhalb der Whg, aber im Gebäude
- WC ausserhalb des Gebäudes
- Trockentoilette in der Whg
- Trockentoilette ausserhalb der Whg, aber im Gebäude
- Trockentoilette ausserhalb des Gebäudes

**Art von Bad/Dusche**

- in der Whg
- ausserhalb der Whg, aber im Gebäude
- nicht vorhanden

**Art des Gasanschlusses**

- an das öffentliche Netz
- Propangas
- nicht vorhanden

**Art der Warmwasserversorgung**

- Gasdurchlauferhitzer
- Elektroboiler
- zentrale Warmwasserversorgung
- Warmwasserversorgung nicht -vorhanden

---

**Volkszählung 1987 (West)**

---

**Ausstattung der Wohnung mit**

- Küche
- Kochnische
- Bad/Dusche
- WC

---

***MZ-Grundprogramm***

---

**Zur Wohnsituation, Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte vgl. die Mikrozensusergänzungserhebungen (1980, 1982, 1985, 1987).**

**Zu Wohnverhältnissen (Größe, Ausstattung der Wohnung, Miete, Bauzeit, Wohnumfeld) vgl. die Wohnungstichproben im Rahmen des Mikrozensus (1972, 1978)**

---

***Volkszählung 1981 (Ost)***

---

**Ist Haushalt Hauptbewohner**

**Anzahl der Haushalte in der Wohnung**

**Ist Haushalt in Wohnung**

- Mieter
- Mitglied Wohnungsbaugenossenschaft
- Eigentümer
- Untermieter

---

***Volkszählung 1987 (West)***

---

**Bewohnen der Wohnung als**

- Eigentümer
- Hauptmieter
- Untermieter

***Wohnungsangaben***



---

---

***MZ-Grundprogramm***

---

---

---

**Volkszählung 1981 (Ost)**

---

**Art der Gemeinschaftseinrichtung**

- Wohn-/Ledigenheim
- Wohnheim für Studenten, Lehrlinge, Schüler
- Einrichtung der Kinder- und Jugendpflege
- Sonstige Genossenschaftseinrichtung

**Personen mit Hauptwohnung**

- Geschlecht/Anzahl

**Personen mit Nebenwohnung (Anzahl)****Kurzfristig gemeldete Personen (Anzahl)****Gebäudeangaben, Art**

- Wohngebäude
- Nicht Wohngebäude
- - (Wohnungsbautypen)
- sonstige Nichtwohngebäude
- Behelfsunterkunft

**Gebäude, Eigentumsform**

- volkseigen
- genossenschaftlich
- privat
- sonstige Eigentumsformen

**Wohnräume**

- Anzahl insgesamt
- Fläche aller Wohnräume in m<sup>2</sup>

**Anzahl der Wohnungen nach Größe  
(Anzahl der Wohnräume)**

---

**Volkszählung 1987 (West)**

---

**Gemeinschaftseinrichtungen**

---

---

***MZ-Grundprogramm***

---

---

## **2.3**

**Zeitbudgeterhebung (Ost) 1985**

**Zeitbudgeterhebung (Ost) 1990**

**Zeitbudgeterhebung (Ost/West) 1991/92**

**Sondererhebung (Ost) 1987/88**

---

**Zeübudget 1985**

---

**Bezirk****Gemeindegroßengruppe**

unter 2000 EW

2000 b. u. 10000 EW

10000 b. u. 50000 EW

50000 b. u. 100000 EW

100000 b. u. mehr EW

**Alter****Geschlecht****Familienstand**

verheiratet

nicht verheiratet

---

**Zeübudget 1990**

---

**Bezirk/Kreis****Gemeindegroßengruppe**

unter 2000 EW

2000 b. u. 10000 EW

10000 b. u. 50000 EW

50000 b. u. 100000 EW

100000 b. u. mehr EW

**Geburtsjahr****Geschlecht****Familienstand**

verheiratet

nicht verheiratet, keine Le-  
bensgemeinschaft

Lebensgemeinschaft

**Allgemeine Angaben**

---

**Zeitbudget 1992**

---

**Land/Bezirk**

**Geburtsjahr /Geburtsmonat**

**Geschlecht**

**Familienstand**

verheiratet

ledig

geschieden

verwitwet

dauernd getrennt lebend

**Eheschließungsjahr der jetzigen Ehe**

**Leben Haushaltsmitglieder in einer  
nichtehelichen Gemeinschaft**

falls ja: seit wann

---

**Sondererhebung 1988**

---

**Bezirk**

**Gemeindegrößengruppe**

unter 2000 EW

2000 b. u. 5000 EW

5000 b. u. 20000 EW

20000 b. u. 100000 EW

100000 b. u. mehr EW

**Geburtsjahr**

**Geschlecht**

---

**Zeibudget 1985**

---

**Zahl der zum Haushalt gehörenden  
Personen**

**Soziale Zuordnung des Haushalts**  
Arbeiterhaushalt  
Angestelltenhaushalt

**Kennzeichnung des Haupt-  
einkommensbezieher**  
Haupteinkommensbezieher  
Ehepartner  
übrige

**Kinder unter 17 J. insgesamt:**  
darunter Kinder unter 6 Jahren  
darunter Kinder von 6 bis unter 10  
Jahren

**Zahl der Personen im Haushalt, die am  
Werkküchenessen und an der Schul- u.  
Kinderspeisung teilnehmen**

**Zahl der Kinder im Haushalt, die in der  
Kinderkrippe, im Kindergarten und im  
Schulhort betreut werden**

**Läßt der Haushalt die große Wäsche in  
einer Wäscherei waschen?**

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Jahr der Haushaltsentstehung**

**Personen im Haushalt insgesamt**

**Bevölkerungsgruppe (keine Kategorien  
vorgegeben)**

**Stellung innerhalb des Haushalts**  
HEB  
Ehegatte d. HEB  
Lebenskamerad d. HEB  
sonst. Person

**Kinder unter 17 J. insgesamt davon:**  
unter 6 J.  
von 6 bis unter 10 J.  
von 10 bis unter 17 J.

**Zahl der Personen im Haushalt, die an  
der betrieblichen Gemeinschafts-  
verpflegung, an der Schul- und Kinder-  
speisung teilnehmen**

**Zahl der Kinder im Haushalt, die durch  
Kinderkrippe, Kindergarten und Schul-  
hort betreut werden**

**Läßt der Haushalt die große Wäsche in  
der Wäscherei waschen?**

**Haushaltshilfe vorhanden (mit u. ohne  
Entgelt)**

***Haushaltsbezogene Angaben***

---

***Zeitbudget 1992***

---

**Anzahl der Personen im HH**

**Verwandtschaft der Haushaltsmitglieder  
zu Bezugsperson (BP) oder deren  
Ehegatten:**

Ehegatte der BP  
(Schwieger-)Sohn/Tochter  
Enkel, Urenkel  
Eltern  
Großeltern  
sonstige verwandte oder  
verschwägte Person  
nicht verwandte oder ver-  
schwägte Person

**Anzahl Kinder der BP oder deren  
Ehegatten die nicht mehr im Haushalt  
leben**

---

***Sondererhebung 1988***

---

**Anzahl der Personen im HH**

**Haushaltszusammensetzung indirekt  
erfaßt (über Geschlecht)**

**Zahl der Kinder im Haushalt, die durch  
Kinderkrippe, Kindergarten und Schul-  
hort betreut werden**



---

**Zeitbudget 1985**

---

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Haushaltsbezogene Angaben**

---

***Zeitbudget 1992***

---

**Pflegebedürftige Haushaltsmitglieder**  
(ja/nein)

**Art der Pflegebedürftigkeit**

Person dauernd bettlägrig

Person nicht bettlägrig, braucht Hilfe  
im täglichen Leben

Person nicht bettlägrig, braucht Hilfe  
bei Haushaltsführung

**Krankheit während Tagebuchführung**  
(ja/nein)

**Welche Haushaltsmitglieder krank**

**In Notlagen Hilfe von Verwandten,  
Freunden für Haushalt vorhanden**

ja

ja, auch über längeren Zeitraum

nein

**Hilfeleistungen**

**Erhaltene Hilfe (von nicht zum HH  
gehörenden Personen)**

Hilfe im Haushalt

Pflege und Betreuung von Kindern

handwerkliche Hilfe

**Geleistete Hilfe (an nicht zum HH  
gehörende Personen)**

Hilfe im Haushalt

Pflege und Betreuung von Kindern

Pflege und Betreuung von Erwach-  
senen

handwerkliche Hilfe

---

***Sondererhebung 1988***

---

---

**Zeitbudget 1985**

---

**Bildungsabschluß**

Abschluß d. 10. Klasse/Abitur  
Facharbeiter/Meister  
Fachschul-/Hochschulabschluß  
ohne einen d. genannten  
Abschlüsse

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Höchster Bildungsabschluß**

bis 8. Klasse  
10. Klasse  
Abitur

**Abgeschloss. Berufsausbildung  
(Höchster Abschluß)**

un-/angelernt  
Facharbeiter  
Meister  
Fachschulabschluß  
Hochschulabschluß

---

**Zeitbudget 1992**

---

Besuch von Kinderbetreuungstätten  
Kindergarten/-hort/-krippe  
Tagesmutter/Pflegemutter

Besuch von Schulen  
Allgemeinbildende Schule  
Berufliche Schule  
Fachhochschule  
Hochschule

Höchster allgemeinbildender Schul-  
abschluß

- Haupt-(Volks-)schulabschluß
- Realschulabschluß (mittlere Reife)  
oder gleichwertiger Abschluß
- Abschluß der allgemeinbildenden  
polytechnischen Oberstufe der  
ehemaligen DDR
- Fachhochschulreife
- Allgemeine oder fachgebundene  
Hochschulreife (Abitur)
- ohne Abschluß

Letzter beruflicher Ausbildungsabschluß

- keinen beruflichen Ausbildungs-  
abschluß
- Abschluß einer Lehr-  
/Anlernausbildung oder gleich-  
wertiger Berufsfachabschluß
- berufliches Praktikum
- Meister-/Techniker- oder gleich-  
wertiger Fachschulabschluß
- Abschluß einer Fachschule in der  
DDR  
Fachhochschulabschluß (auch  
Ingenieurabschluß)
- Hochschulabschluß

---

**Sondererhebung 1988**

---

Besuch von Schulen  
POS  
EOS  
Sonderschule

Bildungsabschluß

bis 8. Klasse  
10. Klasse  
Abitur

Abgeschloss. Berufsausbildung

Facharbeiter  
Meister  
Fachschulabschluß  
Hochschulabschluß

---

**Zeitbudget 1985**

---

**Soziale Zugehörigkeit der befragten Person**

Arbeiter  
Angestellter  
sonstige Berufstätige  
Direktstudent  
Lehrling  
Schüler  
Rentner (nicht berufstätig)  
Hausfrau  
Produktionsarbeiter

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Soziale Stellung**

Arbeiter (ohne Prod.Arbeiter)  
Produktionsarbeiter  
Angestellter  
sonstiger Berufstätiger  
Direktstudent  
Lehrling  
Schüler  
Rentner o. Arbeitseinkommen  
Nichtberufstätig  
Arbeitslos

**Zeitbudget 1992**

**Erwerbstätig-/Berufstätigkeit in der  
vergangenen Woche**

- regelmäßige Tätigkeit
- gelegentliche Tätigkeit
- z. Zt. im Erziehungsurlaub
- z. Zt. im Diensturlaub

**Geringfügige weitere Beschäftigung  
während der vergangenen Woche**

- 1. Tätigkeit
- 2. Tätigkeit
- nein

**erste Erwerbstätigkeit**

- Selbständige(r) ohne Beschäftigte
- Selbständige(r) mit Beschäftigten
- Beamter/Beamtin, Richter(in)
- Angestellte(r)
- Arbeiter(in), Heimarbeiter(in)
- Kaufm./techn. Auszubildende(r)
- Gewerbl. Auszubildende(r)
- Berufs-/Zeitsoldat(in)
- Grundwehr-/Zivildienstleistender
- Mithelfende(r) Familienangehörige(r)

**Sondererhebung 1988**

**Soziale Stellung**

- Arbeiter /Angestellter
- sonstige Berufstätige
- Student/Fachschule
- Student/Hochschule
- Lehrling
- Schüler
- Rentner o. Arbeitseinkommen
- Hausfrau
- Kind (bis zum Schuleintritt)

---

**Zeithubudget 1985**

---

**Berufstätigkeit**

vollbeschäftigt  
teilzeitbesch., unter 30 Std.  
wöchentl.  
teilzeitbesch., über 30 Std.  
wöchentl.  
nicht berufstätig

---

**Zeithubudget 1990**

---

**Berufstätigkeit**

vollbeschäftigt  
teilzeitbesch., unter 30 Std.  
wöchentl.  
teilzeitbesch., ab 30 Std.  
wöchentl.

---

**Zeitbudget 1992**

---

**zweite Erwerbstätigkeit**

Selbständige(r)  
Mithelfende(r) Familien-  
angehörige(r)  
Angestellte(r)  
Arbeiter(in), Heimarbeiter(in)

Soziale Stellung (v. Pers. mit LU nicht  
aus Erwerbs-, Berufstätigkeit,  
Rente, Pension, Arbeitslosen-  
geld/-hilfe)  
Rentner(in)/Pensionär(in)  
Arbeitslose(r)  
Hausfrau/-mann  
Schüler(in)/Student(in)  
nicht schulpflichtiges Kind  
sonstige

**Art der 1. Erwerbstätigkeit**

- Vollzeit
- Teilzeit, da Vollzeit nicht gefunden
- Teilzeit, da gleichzeitige Aus- und  
Fortbildung
- Teilzeit, da keine  
Kinderbetreuungsmöglichkeit
- Teilzeit, da mehr Zeit für  
Partner(in)/Familie/Kinder
- sonstige Gründe

Anzahl der Wochenarbeitsstunden in 1.  
bzw. 2. Erwerbstätigkeit

Anzahl der Wochenarbeitstage in 1.  
bzw. 2. Erwerbstätigkeit

Anzahl der Minuten für Arbeitshin- und  
-rückweg (insgesamt) (1. Erwerbstätig-  
keit)

---

**Sondererhebung 1988**

---

**Art der Berufstätigkeit**

vollbeschäftigt  
teilzeitbeschäftigt



---

**Zeitbudget 1985**

---

**Schichtsystem**

Normalschicht  
2-Schichtsystem  
3-Schichtsystem  
durchgängige Schicht

---

**Zeitbudget 1990**

---

Tätigkeit (siehe Signierschlüssel)

Zugehörigkeit Arbeitsstätte:

Produzierender Bereich  
Sonstiger Bereich

Eigentumsform des Betriebs:

Volkseigen  
Genossenschaftlich  
Privat  
Sonstige

**Schichtsystem**

Normalschicht  
2-Schichtsystem  
3-Schichtsystem  
durchgängige Schicht

**Tätigkeit/Arbeitszeit**

---

**Zeitbudget 1992**

---

Gegenwärtiger Beruf (siehe Signierschlüssel)

Wirtschaftszweig des Betriebes (siehe Signierschlüssel)

Form der Arbeitszeit in 1. Erwerbstätigkeit

Schichtarbeit:

nur Frühschicht

nur Spätschicht

Wechselschicht

Übrige Schichtarbeit

Gegenwärtiger Beruf

Gleitzeit

fixe Anfangs- und Schlußzeiten

sonstige

---

**Sondererhebung 1988**

---

---

**Zeibudget 1985**

---

---

**Zeibudget 1990**

---

**Lebensunterhalt/Einkommen**

---

*Zeitbudget 1992*

---

Unterhalt, Einkommen

Überwiegende Mittel für Lebensunterhalt aus

- Erwerbs-, Berufstätigkeit
- Rente, Pension
- Arbeitslosengeld/-hilfe
- Unterhalt durch Ehemann/Ehefrau
- Unterhalt durch Eltern oder andere Angehörige
- Sozialhilfe
- Eigenes Vermögen, Vermietung und Verpachtung, Zinsen, Altenteil
- sonstige staatliche Transferzahlungen (z.B. BafÖG, Wohngeld)
- sonstige nichtstaatliche Transferzahlungen (z.B. Vorruhestandsgeld, Zahlungen v. nicht Verwandten o. verschwäg. Pers.)

Höhe des Nettoeinkommens des  
vergangenen Monats

---

*Sondererhebung 1988*

---

Haushaltsnettoeinkommensgruppe

---

**Zeütbudget 1985**

---

Besitzt der Haushalt einen Wasch-  
automaten?

Besitzt der Haushalt einen Tiefkühl-  
schrank?

Besitzt der Haushalt einen PKW?

---

**Zeütbudget 1990**

---

Besitz von Konsumgütern:

Waschvoll- und/oder -halb-  
automat

Gefrierschrank/Kühltruhe/Kühl-  
schrank mit Gefrierteil

Fernseheempänger

PKW

---

*Zeitbudget 1992*

---

Ausstattung mit ausgewählten  
Gebrauchsgütern

Personenkraftwagen  
Krafttrad  
Fahrrad  
Kühlschrank  
Gefrierschrank, -truhe  
Geschirrspülmaschine  
Mikrowellengerät  
Nähmaschine  
Bügelmaschine  
Waschmaschine  
Wäschetrockner  
Fernseher  
Videorekorder  
Homecomputer, PC  
elektr. Heimwerkergeräte  
Telefon

---

*Sondererhebung 1988*

---

## **Zeitbudget 1985**

**Zeitaufwand für hauswirtschaftl. Tätigk. von Pers. unter 16 Jahren, weibl. Pers. über 60 J. u. männl. Pers. über 65 J.**

**Hauswirtschaftliche Tätigkeiten gesamt:**

- Zubereitung von Mahlzeiten (einschl. Geschirrspülen u.ä.)
- Reinigung, Pflege u. Reparatur der Wäsche u. Kleidung
- Neuanfertigung von Gegenständen
- Reinigung und Pflege der Whg und ähnliche Arbeiten außerh. d. Whg
- Reparaturen und Instandhaltung der Whg. bzw. des eigenen Hauses
- Reparatur und Pflege von Hausrat und technischen Konsumgütern
- Heizung
- Gartenarbeit und Tierpflege
- Einkäufe
- Aufsuchen von Dienstleistungseinrichtungen
- Aufsuchen von Verwaltungseinrichtungen
- Sonstige Hausarbeiten

## **Zeitbudget 1990**

**Zeitaufwand für hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Gartenarbeit von Personen unter 16 Jahren, weibl. Pers. über 60 J. u. männl. Pers. über 65 J.**

- Vor- und Zubereiten von Mahlzeiten
- Geschirr abwaschen und ordnen
- Reinigung und Pflege von Wäsche und Kleidung
- Neuanfertigung von Textilien und Bekleidung
- Neuanfertigung von Gegenständen (Heimwerkerarbeit)
- Reinigung der Wohnung
- Reinigung des Wohngrundstücks, des Vorgartens, Treppenreinigung
- Reparatur und Instandhaltung der Wohnung und des Hauses
- Reparatur und Pflege von Hausrat und technischen Konsumgütern (z.B. Auto)
- Anwesenheit bei Hausrep. d. Handwerker
- Heizungsarbeiten
- Gartenarbeit z. Versorgung der Fam. u. Pflege v. Nutztieren
- Einkäufe v. Waren d. täglichen Bedarfs
- Sonstige Einkäufe Bekleidung, langlebige Konsumgüter usw.)
- Aufsuchen v. Dienstleistungseinrichtungen (hauswirtschaftl. Dienstleist., Banken, Post usw.)
- Aufsuchen v. Verwaltungseinrichtungen (staatl. Dienststellen, Gerichte u.a.)
- sonstige Hausarbeiten
- Reparatur von Wäsche und Bekleidung

***Zeitaufwand/Aktivitäten im Rahmen von Arbeits- und Schulzeit***

***Zeitbudget 1992***

***Sondererhebung 1988***



---

**Zeitbudget 1985**

---

**Zahl der Wohnräume des Haushaltes**

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Zahl der Wohnräume (ohne Küche und andere Nebenräume)**

**Besitz/Nutzung von**

**Garten/Wochenendgrundstück:**

**vowiegend f. Erholungszwecke**

**vorwiegend als Nutzgarten**

**teils f. Erholungszwecke, teils**

**als Nutzgarten**

**Wohnverhältnisse/Grundbesitz**

---

**Zeitbudget 1992**

---

**Wohnverhältnisse/Wohnumfeld****Wohnverhältnis**

Eigentümer (auch Miteigentümer)  
des Hauses  
Eigentümer (auch Miteigentümer)  
der Wohnung  
Mieter

Anzahl der Quadratmeter der Wohn-  
fläche insges. (einschl. Küche, Bad,  
Toilette, Flur, Mansarde, anrechenbarer  
Balkonfläche, untervermieteter, gewerb-  
licher Räume)

**Ausstattung der Wohnung**

Küche  
Kochnische  
Bad/Dusche  
WC

Anzahl der Wohn- und Schlafräume  
(6 qm und mehr) (ohne Küche, Bad,  
Toilette, Flur)

Garten (auch Pacht- oder Schreber-  
garten) vorhanden

ja  
nein

Größe des Gartens (in qm)

Ziergarten  
Nutzgarten

---

**Sondererhebung 1988**

---

---

**Zeitbudget 1985**

---

---

**Zeitbudget 1990**

---

**Tätigkeiten d. Pers. mit Zeitprotokoll**

jeweils Anfang/Ende/Dauer

jeweils gleichzeitige weitere Tätigkeiten

jeweils Ort d. Tätigkeit

jeweils weitere Anwesende

Kinder im HH

andere HHmitglieder

Verwandte, Freunde,

Nachbarn

Kollegen, Mitschüler,

Kommilitonen

andere Personen

allein

## ***Zeitaufwand/Aktivitäten im Rahmen von Arbeits- und Schulzeit***

### ***Zeitbudget 1992***

**Tätigkeit der Personen im Tagebuch  
(siehe Signierschlüssel)**

**jeweils Anfang/Ende der Hauptaktivität**

**jeweils gleichzeitige Aktivität**

**Hauptaktivität ausgeführt für**  
eigenen Haushalt  
anderen Haushalt  
eigenen und anderen Haushalt  
soziale Dienste/Ehrenamt

**Ort der Tätigkeit**  
zu Hause  
nicht zu Hause

**jeweils weitere Anwesende**  
Kinder  
andere Haushaltsmitglieder  
Verwandte, Nachbarn,  
Freunde  
Kollegen, Mitschüler  
sonstige Personen  
alleine

### ***Sondererhebung 1988***

## Zeitbudget 1985

### **Zeitverwendung (Haupttätigkeit) für**

#### **Arbeitszeit gesamt:**

- hauptberufliche Tätigkeit
- Qualifizierung während der Arbeitszeit
- bezahlte Arbeitspausen
- nebenberufliche Tätigkeit
- Besuch von Schulen, Studium (Schüler, Studenten, Lehrlinge)
- Arbeitsgebundene Zeit
- Umziehen, Waschen u. dergleichen.
- unbezahlte Arbeitspausen
- Wegezeiten zw. Wohnung. u. Betrieb bzw. Schule (einschl. Wartezeiten)

## Zeitbudget 1990

### **Arbeitszeit**

#### **hauptberufl. Tätigkeit**

##### **Überstundenarbeit**

##### **Qualifizierung in der Arbeitszeit**

##### **Gesellschaftspol. Tätigkeit**

##### **während der Arbeitszeit**

##### **bezahlte Arbeitspausen**

##### **Wartezeiten bei der Essensausgabe**

##### **Einnahme von Mahlzeiten**

##### **sonst. Tätigk. in d. bezahlten**

##### **Arbeitszeit**

#### **nebenberufl. Tätigkeiten gegen Entgelt**

##### **handwerkli. Tätigkeiten, hauswirtschaftl. u. Betreuungsarbeiten**

##### **intellektuelle Tätigkeiten**

#### **Besuch von Schulen, Studium (nur f.**

##### **Schüler, Direktstud., Lehrl.)**

##### **Lehrveranstaltungen**

##### **Selbststudium, Hausaufgaben**

#### **Arbeitsgebundene Zeit**

##### **zur und von der Arbeitsstätte**

##### **(Fahrt, Fußweg)**

##### **Wartezeiten auf Verkehrsmittel**

##### **während des Arbeitsweges**

#### **Erledigungen während des Arbeitsweges**

##### **Aufenthalt in Kinderbetreuungseinrichtungen**

##### **Einkäufe und Aufenthalt in**

##### **Dienstleistungseinrichtungen**

##### **sonstiges**

#### **Unbezahlte Arbeitspausen**

##### **Wartezeiten bei der Essensausgabe**

##### **Einnahme von Mahlzeiten**

##### **sonst. Tätigkeiten**

***Zeitaufwand/Aktivitäten im Rahmen von Arbeits- und Schulzeit***

---

***Zeitbudget 1992***

---

---

***Sondererhebung 1988***

---

## ***Zeitbudget 1985***

### **Hauswirtschaftliche Tätigkeiten gesamt:**

- Zubereitung von Mahlzeiten (einschl. Geschirrspülen u.ä.)
- Reinigung, Pflege u. Reparatur der Wäsche u. Kleidung
- Neuanfertigung von Gegenständen
- Reinigung und Pflege der Whg und ähnliche Arbeiten außerh. d. Whg
- Reparaturen und Instandhaltung der Whg. bzw. des eigenen Hauses
- Reparatur und Pflege von Hausrat und technischen Konsumgütern
- Heizung
- Gartenarbeit und Tierpflege
- Einkäufe
- Aufsuchen von Dienstleistungseinrichtungen
- Aufsuchen von Verwaltungseinrichtungen
- Sonstige Hausarbeiten

## ***Zeitbudget 1990***

### **Hauswirtschaftliche Tätigkeiten:**

- Vor- u. Zubereiten von Mahlzeiten
- Geschirr abwaschen und ordnen
- Reinigung, Pflege u. Reparatur der Wäsche u. Kleidung
- Neuanfertigung von Textilien u. Bekleidung
- Neuanfertigung von anderen Gegenständen
- Reinigung der Wohnung
- Reing. des Hauses und des Wohngrundstücks
- Reparatur und Instandhaltung der Wohnung u. des Hauses
- Reparatur und Pflege von Hausrat und technischen Konsumgütern
- Heizungsarbeiten
- Gartenarbeit zur Versorgung d. Fam., Pflege von Nutztieren
- Einkäufe von Waren d. tägl. Bedarfs sonst. Einkäufe (Bekleidung, langlebige Konsumgüter u.ä.)
- Aufsuchen von Dienstleistungseinrichtungen, Reparaturstätten, Post usw.
- Aufsuchen von Verwaltungseinrichtungen
- Sonstige Hausarbeiten
- Anwesenheit bei Haus- bzw. Wohnungsreparaturen durch Handwerker

# ***Zeitaufwand hauswirtschaftliche Aktivitäten***

---

***Zeibudget 1992***

---

---

***Sondererhebung 1988***

---



---

### ***Zeibudget 1985***

---

**Pflege, Betreuung zum Haushalt  
gehörender Personen :**

- Pflege, Betreuung und Beschäftigung mit den Kindern
- Pflege erwachsener Personen

**Befriedig. vorwiegend physiolog.  
bedingter Bedürfnisse :**

- Einnahme von Mahlzeiten
- Körper- u. Gesundheitspflege
- Schlafenszeit

**Zeitaufwand für Nebentätigkeit:**

**Pflege, Betreuung und Beschäftigung  
mit den Kindern**

**Zeitaufwand für Nebentätigkeit:**

**Einnahme von Mahlzeiten**

---

### ***Zeibudget 1990***

---

**Pflege, Betreuung von Personen**

- Pflege, Betreuung von Säugl. u. Kleinkindern
- Erziehung u. Betreuung v. Kindern
- Pflege u. Betreuung erwachsener Personen in u. außerhalb. d. eigenen Wohnung

**Befriedig. vorwiegend physiolog.  
Bedürfnisse**

- Einnahme von Mahlzeiten zu Hause
- Körper- u. Gesundheitspflege
- Körperhygiene
- Schlaf
- Arztkonsult. u. med. Behandl.
- Sauna, Massage, Solarium
- Friseur u. Kosm., Fußpflege
- sonstige pers. Verrichtungen

***Zeitaufwand/Pflegerische Aktivitäten/Physiologische Bedürfnisse***

Zeitbudget 1992

Sondererhebung 1988

**Gesundheitliche Betreuung**

Anzahl der Arztkonsultationen in

-staatlichen Einrichtungen

-betrieblichen Einrichtungen

Anzahl der Zahnarztkonsultationen in

-staatlichen Einrichtungen

-betrieblichen Einrichtungen

Anzahl der Laboruntersuchungen, EKG,

Röntgen, Impfungen usw. in

-staatlichen Einrichtungen

-betrieblichen Einrichtungen

Anzahl der eingelösten Rezepte für

-Arzneimittel

-Brillen, orthop. Hilfsmittel,

Kurzwelle etc.

Stationäre Behandlung (Tage)

Kuren (Tage)

---

## Zeitbudget 1985

---

### Freizeit gesamt

- Persönliche Bildung und Qualifizierung (außerhalb der bezahlten Arbeitszeit)
- Gesellschaftl. Tätigkeit
- Besuch von Kulturveranstaltungen und kultureller Einrichtungen
- Künstlerische Selbstbetätigung und Hobbys
- Aktive Sportausübung
- Spaziergänge
- Besuch von Sportveranstaltungen
- Empfang von Fernsehsendungen
- Anhören von Schallplatten und Tonbändern
- Lesen von Büchern, Zeitschriften u. Zeitungen (ohne Fachliteratur)
- Erholungszeit (ohne besondere Tätigkeiten)
- Teilnahme an geselligen Zusammenkünften
- Empfang von Rundfunksendungen
- Sonstige Freizeitaktivitäten (Gespräche, Briefeschreiben u. ä.)

### Zeitaufwand für Nebentätigkeiten

- Empfang von Rundfunksendungen
- Empfang von Fernsehsendungen
- Anhören von Schallplatten und Tonbändern

---

## Zeitbudget 1990

---

### Freizeit

- Pers. Bildung und Qualifizierung (außerhalb der bezahlten Arbeitszeit)
- Gesellschaftspol./gemeinnütz. Tätigkeit
- Besuch von kulturellen Einrichtungen und Kulturveranstaltungen
- Besuch v. Gaststätten
- Künstlerische Selbstbetätigung und Hobbys
- Aktive Sportausübung
- Spaziergänge, (einschl. Wandern)
- Besuch von Sportveranstaltungen
- Empfang von Fernsehsendungen, Videofilmen
- Anhören von Schallplatten, Tonbändern, -Kassetten
- Lesen Zeitschriften
- Lesen
  - Lesen von Büchern
  - Lesen von Zeitungen
- Erholungszeit (ohne besondere Tätigkeiten)
- Teilnahme an geselligen Zusammenkünften
- Empfang von Rundfunksendungen
- Fotografieren, Aufn. v. Video, Tonb. u. Kassetten
- Kommunikationszeit
- Religiöse Veranstaltungen, Grabpflege
- Gartenarbeit u. Tierpflege
- Sonstige Freizeitaktivitäten

## Zeitaufwand/Freizeitaktivitäten

---

*Zeitbudget 1992*

---

Ausübung eines Ehrenamtes

---

*Sondererhebung 1988*

---

Freizeit (Kultur und Sport)

- Anzahl der Kinobesuche
- Anzahl der Theaterbesuche
- Anzahl der Konzertbesuche
- Anzahl der Museums- und  
Ausstellungsbesuche
- Anzahl der Kultur- und  
Klubhäuserbesuche  
    statlich  
    betrieblich
- Anzahl der Zoo- und Tiergarten-  
besuche
- Sonstige Kulturveranstaltungen
- Ausgeliehene Bücher (Anzahl) aus  
    staatlichen Bibliotheken  
    betrieblichen Bibliotheken
- Organisierte sportliche Betätigung  
(Tage) in  
    staatliche Einrichtungen  
    betrieblichen Einrichtungen
- Besuch von Sportveranstaltungen  
(Anzahl)

---

**Zeibudget 1985**

---

---

**Zeibudget 1990**

---

**Zeiaufwand/Freizeitaktivitäten**

---

**Zeibudget 1992**

---

---

**Sondererhebung 1988**

---

**Urlaub und Erholung**

- **Urlaubsanspruch im Jahr (Tage)**
- **Ausflüge und Kurzreisen (Anzahl)**
  - **ohne Übernachtung**
  - **mit Übernachtung**

**Innlandreise/Ferienaufenthalt**

**Art der Reise**

- **FDGB-Reise**
- **Reisebüro-Reise**
- **Jugendtourist-Reise**
- **Camping**
- **Jugendherberge**
- **Ferienspiele**
- **Betriebskinderferienlager**
- **Zentrales Pionierlager**
- **Reise von der Ausbildungs-**  
**stätte bzw. vom Betrieb**
- **andere Reise**

**(Tage)**

---

***Zeübudget 1985***

---

---

***Zeübudget 1990***

---

***Zeüaufwand/Auslandsreisen***

**Zeibudget 1992**

**Sondererhebung 1988**

**Auslandsreise**

**Art der Reise**

- FDGB-Reise
- Reisebüro-Reise
- Jugendtourist-Reise
- Reise von der Ausbildungs-  
stätte bzw. vom Betrieb
- andere Reise

(Tage)

**Gemeinschaftsverpflegung**

**Werkküchenessen**

- Tage
- Monatsbetrag (M ohne Dez.)

**Schulessen**

- Tage
- kostenlos

**Trinkmilch**

- Tage
- kostenlos



## ***Zeibudget 1985***

## ***Zeibudget 1990***

### **Beurteilung des protokollierten Tages**

#### **Es war ein Tag**

- wie jeder andere Wochentag, d.h. ein Tag o. besondere Vorkomm.
- mit wesentl. kürz. o. läng. Arbeitszeiten als an vergleichbaren Wochentagen
- der allgemein ein arbeitsfreier Tag war, an dem Sie nicht gearbeitet gearbeitet haben
- der ein Hausarbeitstag war
- der ein Urlaubstag war
- mit einer Familienfeier
- der sich durch Teilnahme an politischen, religiösen Zusammenk. v. anderen Tagen unterscheidet
- der d. Prüfungsvorbereitung o. Prüfungsablegung bestimmt war an dem Sie verweist sind
- weg. Besuch v. Kultur. o. Sportveranst. ein besond. Tag war
- der durch ein nicht genanntes Ereignis besonders war
- an dem Sie auf Dienstreise waren

## ***Zusatzfragen***

---

***Zeitbudget 1992***

---

---

***Sondererhebung 1988***

---

---

## **Zeübudget 1985**

---

---

## **Zeitbudget 1990**

---

### **Zusatzfragen**

**Ausübung folgender Tätigkeiten (s.u.):**

oft  
manchmal  
selten  
nie

**ich würde mit folg. Tätigk. gerne mehr  
Zeit verbringen ja, nein:**

- mit Freunden, Verwandten im privaten Kreis zusammen sein
- Ins Theater, Konzert gehen
- Kurse besuchen, privat weiterbilden
- Sportveranstalt. besuchen
- Mit Fam beschäftigen
- Mit Kindern beschäftigen
- Fernsehen, Radio hören
- Bücher lesen
- Basteln
- Einfach nichts tun, faulenzen
- Aktiv Sport treiben
- Spaziergehen, wandern, Ausflüge machen
- In ein Restaurant essen gehen
- In ein Kino gehen, Tanz o. Unterhaltungsveranstalt. besuchen
- Urlaubsreise ins Ausland machen
- Urlaubsreise im Inland machen
- Kurzreisen machen (2-5 Tage)
- Etwas aktiv für die Gesundheit tun
- Einen Einkaufsbummel machen
- An gesellschaftspol. Aktivitäten teilnehmen (Demos, Versamml. etc.)
- Etwas zur Erhaltung o. Verschönerung d. Wohnung tun

### **Zusatzfragen**

---

***Zeitbudget 1992***

---

---

***Sondererhebung 1988***

---

---

**Zeitbudget 1985**

---

---

**Zeitbudget 1990**

---

Beurteil. eigener Zufriedenheit mit folgenden gesellschaftlichen Lebensbereichen:

- Arbeit
- Umweltsituation
- Wohnung u. Wohnumgebung
- Gesundheitswesen
- Weiterbildung u. Qualifikation
- Freizeitgestaltung
- Urlaubswesen/Tourismus
- Kinderbetreuung
- Dienstleist./Reparaturen
- öffentl. Verkehrsnetz
- gesellschaftspol. Betätigung
- Rechtssystem

**Zusatzfragen**

---

***Zeitbudget 1992***

---

Dienstleistungsangebote und Einrichtungen:

- Einkaufsmöglichkeiten, Geschäfte  
f.d. tägl. Bedarf
- Märkte f. d. Lebensmittel-Großein-  
kauf
- Hausarzt
- Sozialstation (ambulante soziale  
Dienste)
- Altenagesstätte
- Grundschule (1-4 Klasse)
- weiterführende Schule

wird genutzt (Entfernung

/Verkehrsmittel)

wird nicht genutzt (Gründe)

Kinderbetreuung (f. Fam. mit K. unter  
15 J):

- Kinderkrippe
- Kindergarten
- Kinderhort
- Tagesmutter/Pflegemutter (öffentl.  
Vermittl)
- Tagesmutter/Pflegemutter (private  
Initiative)
- Krabbelgruppe/Spielkreis (priv.  
Initiative)

wird genutzt (Entfernung

/Verkehrsmittel)

wird nicht genutzt (Gründe)

Zufriedenheit mit Möglichkeit der

Kinderbetreuung insgesamt

sehr zufrieden

zufrieden

weniger zufrieden

nicht zufrieden

---

***Sondererhebung 1988***

---



## ZUMA-Arbeitsberichte

- 80/15 Gerhard Arminger, Willibald Nagl, Karl F. Schuessler  
Methoden der Analyse zeitbezogener Daten. Vortragsskripten der ZUMA  
Arbeitstagung vom 25.9. bis 5. 10. 79
- 81/07 Erika Brückner, Hans-Peter Kirschner, Rolf Porst, Peter Prüfer, Peter Schmidt  
Methodenbericht zum "ALLBUS 1980"
- 81/19 Manfred Küchler, Thomas P. Wilson, Don H. Zimmerman  
Integration von qualitativen und quantitativen Forschungsansätzen
- 82/03 Gerhard Arminger, Horst Busse, Manfred Küchler  
Verallgemeinerte Lineare Modelle in der empirischen Sozialforschung
- 82/08 Glenn R. Carroll  
Dynamic analysis of discrete dependent variables: A didactic essay
- 82/09 Manfred Küchler  
Zur Messung der Stabilität von Wählerpotentialen
- 82/10 Manfred Küchler  
Zur Konstanz der Recallfrage
- 82/12 Rolf Porst  
"ALLBUS 1982" - Systematische Variablenübersicht und erste Ansätze zu einer  
Kritik des Fragenprogramms
- 82/13 Peter Ph. Mohler  
SAR - Simple AND Retrieval mit dem Siemens-EDT-  
Textmanipulationsprogramm
- 82/14 Cornelia Krauth  
Vergleichsstudien zum "ALLBUS 1980"
- 82/21 Werner Hagstotz, Hans-Peter Kirschner, Rolf Porst, Peter Prüfer  
Methodenbericht zum "ALLBUS 1982"
- 83/09 Bernd Wegener  
Two approaches to the analysis of judgments of prestige: Interindividual  
differences and the general scale
- 83/11 Rolf Porst  
Synopsis der ALLBUS-Variablen. Die Systematik des ALLBUS-  
Fragenprogramms und ihre inhaltliche Ausgestaltung im ALLBUS 1980 und  
ALLBUS 1982
- 84/01 Manfred Küchler, Peter Ph. Mohler  
Qualshop (ZUMA-Arbeitstagung zum "Datenmanagement bei qualitativen  
Erhebungsverfahren") - Sammlung von Arbeitspapieren und -berichten,  
Teil I + II
- 84/02 Bernd Wegener  
Gibt es Sozialprestige? Konstruktion und Validität der Magnitude-Prestige-  
Skala
- 84/03 Peter Prüfer, Margrit Rexroth  
Erfahrungen mit einer Technik zur Bewertung von Interviewerverhalten
- 84/04 Frank Faulbaum  
Ergebnisse der Methodenstudie zur internationalen Vergleichbarkeit von  
Einstellungsskalen in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der  
Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1982



- 84/05 Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik  
Wohnquartiersbeschreibung. Ein Instrument zur Bestimmung des sozialen Status von Zielhaushalten
- 84/07 Gabriele Hippler, Hans-Jürgen Hippler  
Reducing Refusal Rates in the Case of Threatening Questions: The "Door-in-the-Face" Technique
- 85/01 Hartmut Esser  
Befragtenverhalten als "rationales Handeln" - Zur Erklärung von Antwortverzerrungen in Interviews
- 85/03 Rolf Porst, Peter Prüfer, Michael Wiedenbeck, Klaus Zeifang  
Methodenbericht zum "ALLBUS 1984"
- 86/01 Dagmar Krebs  
Zur Konstruktion von Einstellungsskalen im interkulturellen Vergleich
- 86/02 Hartmut Esser  
Können Befragte lügen? Zum Konzept des "wahren Wertes" im Rahmen der handlungstheoretischen Erklärung von Situationseinflüssen bei der Befragung
- 86/03 Bernd Wegener  
Prestige and Status as Function of Unit Size
- 86/04 Frank Faulbaum  
Very Soft Modeling: The Logical Specification and Analysis of Complex Process Explanations with Arbitrary Degrees of Underidentification and Variables of Arbitrary Aggregation and Measurement Levels
- 86/05 Peter Prüfer, Margrit Rexroth (Übersetzung Dorothy Duncan)  
On the Use of the Interaction Coding Technique
- 86/06 Hans-Peter Kirschner  
Zur Kessler-Greenberg-Zerlegung der Varianz der Meßdifferenz zwischen zwei Meßzeitpunkten einer Panel-Befragung
- 86/07 Georg Erdmann  
Ansätze zur Abbildung sozialer Systeme mittels nicht-linearer dynamischer Modelle
- 86/09 Heiner Ritter  
Einige Ergebnisse von Vergleichstests zwischen den PC- und Mainframe-Versionen von SPSS und SAS
- 86/11 Günter Rothe  
Bootstrap in generalisierten linearen Modellen
- 87/01 Klaus Zeifang  
Die Test-Retest-Studie zum ALLBUS 1984 - Tabellenband
- 87/02 Klaus Zeifang  
Die Test-Retest-Studie zum ALLBUS 1984 - Abschlußbericht
- 87/04 Barbara Erbslöh, Michael Wiedenbeck  
Methodenbericht zum "ALLBUS 1986"
- 87/05 Norbert Schwarz, Julia Bienias  
What Mediates the Impact of Response Alternatives on Behavioral Reports?
- 87/06 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Gesine Müller, Brigitte Chassein  
The Range of Response Alternatives may determine the Meaning of the Question: Further Evidence on Informative Functions of Response Alternatives
- 87/07 Fritz Strack, Leonard L. Martin, Norbert Schwarz  
The Context Paradox in Attitude Surveys: Assimilation or Contrast?

- 87/08 Gudmund R. Iversen  
Introduction to Contextual Analysis
- 87/09 Seymour Sudman, Norbert Schwarz  
Contributions of Cognitive Psychology to Data Collection in Marketing Research
- 87/10 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Denis Hilton, Gabi Naderer  
Base-Rates, Representativeness, and the Logic of Conversation
- 87/11 George F. Bishop, Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz, Fritz Strack  
A Comparison of Response Effects in Self-Administered and Telephone Surveys
- 87/12 Norbert Schwarz  
Stimmung als Information. Zum Einfluß von Stimmungen und Emotionen auf evaluative Urteile
- 88/01 Antje Nebel, Fritz Strack, Norbert Schwarz  
Tests als Treatment: Wie die psychologische Messung ihren Gegenstand verändert
- 88/02 Gerd Bohner, Herbert Bless, Norbert Schwarz, Fritz Strack  
What Triggers Causal Attributions? The Impact of Valence and Subjective Probability
- 88/03 Norbert Schwarz, Fritz Strack  
The Survey Interview and the Logic of Conversation: Implications for Questionnaire Construction
- 88/04 Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz  
"No Opinion"-Filters: A Cognitive Perspective
- 88/05 Norbert Schwarz, Fritz Strack  
Evaluating One's Life: A Judgment of Subjective Well-Being
- 88/06 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Gerd Bohner, Uwe Harlacher, Margit Kellenbenz  
Response Scales as Frames of Reference: The Impact of Frequency Range on Diagnostic Judgments
- 88/07 Michael Braun  
Allbus-Bibliographie (7. Fassung, Stand: 30.6.88)
- 88/08 Günter Rothe  
Ein Ansatz zur Konstruktion inferenzstatistisch verwertbarer Indices
- 88/09 Ute Hauck, Reiner Trometer  
Methodenbericht International Social Survey Program - ISSP 1987
- 88/10 Norbert Schwarz  
Assessing frequency reports of mundane behaviors: Contributions of cognitive psychology to questionnaire construction
- 88/11 Norbert Schwarz, B. Scheuring (sub.)  
Judgments of relationship satisfaction: Inter- and intraindividual comparison strategies as a function of questionnaire structure
- 88/12 Rolf Porst, Michael Schneid  
Ausfälle und Verweigerungen bei Panelbefragungen - Ein Beispiel -
- 88/13 Cornelia Züll  
SPSS-X. Anmerkungen zur Siemens BS2000 Version
- 88/14 Michael Schneid  
Datenerhebung am PC - Vergleich der Interviewprogramme "internerv+" und "THIS"

- 88/15 Norbert Schwarz, Bettina Scheuring  
Die Vergleichsrichtung bestimmt das Ergebnis von Vergleichsprozessen: Ist -  
Idealdiskrepanzen in der Partnerwahrnehmung
- 88/16 Norbert Schwarz, Bettina Scheuring  
Die Vergleichsrichtung bestimmt das Ergebnis von Vergleichsprozessen: Ist-  
Idealdiskrepanzen in der Beziehungsbeurteilung
- 89/01 Norbert Schwarz, George F. Bishop, Hans-J. Hippler, Fritz Strack  
Psychological Sources of Response Effects in Self-Administered And Telephone  
Surveys
- 89/02 Michael Braun, Reiner Trometer, Michael Wiedenbeck  
Methodenbericht. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften -  
ALLBUS 1988
- 89/03 Norbert Schwarz  
Feelings as Information: Informational and Motivational Functions of Affective  
States
- 89/04 Günter Rothe  
Jackknife and Bootstrap: Resampling-Verfahren zur Genauigkeitsschätzung von  
Parameterschätzungen
- 89/05 Herbert Bless, Gerd Bohner, Norbert Schwarz und Fritz Strack  
Happy and Mindless? Moods and the Processing of Persuasive Communications
- 89/06 Gerd Bohner, Norbert Schwarz und Stefan E. Hormuth  
Die Stimmungs-Skala: Eine deutsche Version des "Mood Survey" von  
Underwood und Froming
- 89/07 Ulrich Mueller  
Evolutionary Fundamentals of Social Inequality, Dominance and Cooperation
- 89/08 Robert Huckfeldt  
Noncompliance and the Limits of Coercion: The Problematic Enforcement of  
Unpopular Laws
- 89/09 Peter Ph. Mohler, Katja Frehsen und Ute Hauck  
CUI - Computerunterstützte Inhaltsanalyse. Grundzüge und  
Auswahlbibliographie zu neueren Anwendungen
- 89/10 Cornelia Züll, Peter Ph. Mohler  
Der General Inquirer III - Ein Dinosaurier für die historische Forschung
- 89/11 Fritz Strack, Norbert Schwarz, Brigitte Chassein, Dieter Kern, Dirk Wagner  
The Salience of Comparison Standards and the Activation of Social Norms:  
Consequences for Judgments of Happiness and their Communication
- 89/12 Jutta Kreiselmaier, Rolf Porst  
Methodische Probleme bei der Durchführung telefonischer Befragungen:  
Stichprobenziehung und Ermittlung von Zielpersonen, Ausschöpfung und  
Nonresponse, Qualität der Daten
- 89/13 Rainer Mathes  
Modulsystem und Netzwerktechnik. Neuere inhaltsanalytische Verfahren zur  
Analyse von Kommunikationsinhalten
- 89/14 Jutta Kreiselmeier, Peter Prüfer, Margrit Rexroth  
Der Interviewer im Pretest. Evaluation der Interviewerleistung und Entwurf  
eines neuen Pretestkonzepts. April 1989
- 89/15 Henrik Tham  
Crime as a Social Indicator

- 89/16 Ulrich Mueller  
Expanding the Theoretical and Methodological Framework of Social Dilemma Research
- 89/17 Hans-J. Hippler, Norbert Schwarz, Elisabeth Noelle-Neumann  
Response Order Effects in Dichotomous Questions: The Impact of Administration Mode
- 89/18 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler, Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Münkelt  
Response Order Effects in Long Lists: Primacy, Recency, and Asymmetric Contrast Effects
- 89/19 Wolfgang Meyer  
Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland
- 89/20 Michael Braun, Reiner Trometer  
ALLBUS Bibliographie (8. Fassung, Stand: 30.6.1989)
- 89/21 Günter Rothe  
Gewichtungen zur Anpassung an Statusvariablen. Eine Untersuchung am ALLBUS 1986
- 89/22 Norbert Schwarz, Thomas Münkelt, Hans-J. Hippler  
What determines a "Perspective"? Contrast Effects as a Function of the Dimension Tapped by Preceding Questions
- 89/23 Norbert Schwarz, Andreas Bayer  
Variationen der Fragenreihenfolge als Instrument der Kausalitätsprüfung: Eine Untersuchung zur Neutralisationstheorie devianten Verhaltens
- 90/01 Norbert Schwarz, Andreas Bayer  
Assimilation and Contrast Effects in Part-Whole Question Sequences: A Conversational Logic Analysis
- 90/02 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Hans-J. Hippler, George Bishop  
The Impact of Administration Mode on Response Effects in Survey Measurement
- 90/03 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Gerd Böhner  
Mood and Persuasion: Affective States Influence the Processing of Persuasive Communications
- 90/04 Michael Braun, Reiner Trometer  
ALLBUS-Bibliographie 90
- 90/05 Norbert Schwarz, Fritz Strack  
Context Effects in Attitude Surveys: Applying Cognitive Theory to Social Research
- 90/06 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Fritz Strack, Gisela Klumpp, Annette Simons  
Ease of Retrieval as Information: Another Look at the Availability Heuristic
- 90/07 Norbert Schwarz, Fritz Strack, Hans-J. Hippler  
Kognitionspsychologie und Umfrageforschung: Themen und Befunde eines interdisziplinären Forschungsgebietes
- 90/08 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler  
Response Alternatives: The Impact of their Choice and Presentation Order
- 90/09 Achim Koch  
Externe Vergleichsdaten zum ALLBUS 1984, 1986, 1988
- 90/10 Norbert Schwarz, Bärbel Knäuper, Hans-J. Hippler, Elisabeth Noelle-Neumann, Leslie Clark  
Rating Scales: Numeric Values May Change the Meaning of Scale Labels

- 91/01 Denis J. Hilton  
Conversational Inference and Rational Judgment
- 91/02 Denis J. Hilton  
A Conversational Model of Causal Explanation
- 91/03 Mood Effects on Interpersonal Preferences: Evidence for Motivated Processing Strategies
- 91/04 Joseph P. Forgas  
Affective Influences on Interpersonal Perception
- 91/05 Norbert Schwarz, Herbert Bless  
Constructing Reality and Its Alternatives: An Inclusion/Exclusion Model of Assimilation and Contrast Effects in Social Judgment
- 91/06 Herbert Bless, Roland F. Fellhauer, Gerd Bohner, Norbert Schwarz  
Need for Cognition: Eine Skala zur Erfassung von Engagement und Freude bei Denkaufgaben
- 91/07 Norbert Schwarz, Bärbel Knäuper, E. Tory Higgins  
Der Einfluß von Rangordnungsaufgaben auf nachfolgende Denkprozesse: Zur Aktivierung prozeduraler Sets
- 91/08 Bettina Scheuring, Norbert Schwarz  
Selbstberichtete Verhaltens- und Symptommhäufigkeiten: Was Befragte aus Antwortvorgaben des Fragebogens lernen
- 91/09 Norbert Schwarz, Herbert Bless  
Scandals and the Public's Trust in Politicians: Assimilation and Contrast Effects
- 91/10 Rolf Porst  
Ausfälle und Verweigerungen bei einer telefonischen Befragung
- 91/11 Uwe Blien, Heike Wirth, Michael Müller  
Identification risk for microdata stemming from official statistics
- 91/12 Petra Beckmann  
Methodological Report ISSP 1989
- 91/13 Martina Wasmer, Achim Koch, Michael Wiedenbeck  
Methodenbericht zur "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (Allbus) 1990
- 91/14 Uwe Blien, Oded Löwenbein  
Einkommensanalysen auf der Grundlage amtlicher Daten und Umfragedaten: Ergebnisse zur betrieblichen Seniorität und Arbeitslosigkeit
- 91/15 Petra Beckmann, Peter Mohler, Rolf Uher  
ISSP Basic Information on the ISSP Data Collection 1985 -1994
- 91/16 Norbert Schwarz  
In welcher Reihenfolge fragen? Kontexteffekte in standardisierten Befragungen
- 91/17 Ellen D. Riggle, Victor C. Ottati, Robert S. Wyer, Jr., James Kuklinski, Norbert Schwarz  
Bases of Political Judgments: The Role of Stereotypic and Non-stereotypic Information
- 91/18 Dagmar Krebs  
Was ist sozial erwünscht? Der Grad sozialer Erwünschtheit von Einstellungsitems
- 91/19 Michael Braun, Reiner Trometer  
ALLBUS-Bibliographie
- 91/20 Michael Schneid  
Einsatz computergestützter Befragungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland

- 91/21 Rolf Porst, Michael Schneid  
Software-Anforderungen an computergestützte Befragungssysteme
- 91/22 Ulrich Mueller  
The Reproductive Success of the Elites in Germany, Great Britain, Japan and the USA during the 19th and 20th Century
- 92/01 P.H. Hartmann, B. Schimpl-Neimanns  
Zur Repräsentativität sozio-demographischer Merkmale des ALLBUS - multivariate Analysen zum Mittelschichtbias der Umfrageforschung
- 92/02 Gerd Bohner, Kimberly Crow, Hans-Peter Erb, Norbert Schwarz  
Affect and Persuasion: Mood Effects on the Processing of Message Content and Context Cues and on Subsequent Behavior
- 92/03 Herbert Bless, Gerd Bohner, Traudel Hild, Norbert Schwarz  
Asking Difficult Questions: Task Complexity Increases the Impact of Response Alternatives
- 92/04 Wolfgang Bandilla, Siegfried Gabler, Michael Wiedenbeck  
Methodenbericht zum DFG-Projekt Allbus Baseline-Studie
- 92/05 Frank Faulbaum  
Von der Variablenanalyse zur Evaluation von Handlungs- und Prozeßzusammenhängen
- 92/06 Ingwer Borg  
Überlegungen und Untersuchungen zur Messung der subjektiven Unsicherheit der Arbeitsstelle
- 92/07 Ingwer Borg, Michael Braun  
Arbeitsethik und Arbeitsinvolvement als Moderatoren der psychologischen Auswirkungen von Arbeitsunsicherheit
- 92/08 Eleanor Singer, Hans-Jürgen Hippler, Norbert Schwarz  
Confidentiality Assurances in Surveys: Reassurance or Threat?
- 92/09 Herbert Bless, Diane M. Mackie, Norbert Schwarz  
Mood Effects on Attitude Judgments: The Independent Effects of Mood before and after Message Elaboration
- 92/10 Ulrich Mueller, Carola Schmid  
Ehehäufigkeit und Fruchtbarkeit weiblicher Mitglieder der deutschen Elite
- 92/11 Herbert Bless, Fritz Strack, Norbert Schwarz  
The Informative Functions of Research Procedures: Bias and the Logic of Conversation
- 92/12 Norbert Schwarz, Herbert Bless, Michaela Wänke  
Subjective Assessment and Evaluation of Change: Lessons from Social Cognition Research
- 92/13 Norbert Schwarz, Hans-J. Hippler  
Buffer Items: When Do They Buffer and When Don't They?
- 92/14 Hans-J. Hippler, Norbert Schwarz  
The Impact of Administration Modes on Response Effects in Surveys
- 92/15 Michaela Wänke, Norbert Schwarz  
Comparative Judgments: How the Direction of Comparison Determines the Answer
- 92/16 Michael Braun, Reiner Trometer  
ALLBUS-Bibliographie (11. Fassung, Stand: 30.6.1992)
- 92/17 Anke Nau, Rolf Porst  
Projektbericht ZUMA-Methodenpanel Teil 1: Konzeption, Vorbereitung und Durchführung

- 92/18 Michael Schneid  
Handbuch ZUMA-Feldsteuerungsprogramm
- 92/19 Paul Lüttinger, Bernhard Schimpl-Neimanns  
Amtliche Bildungsstatistik und empirische Sozialforschung
- 92/20 Rolf Porst, Michael Schneid  
Fragebogenschreiben mit Microsoft WORD 5.0: Druckformate, Textbausteine und Makros zur effizienten Gestaltung von Fragebogen
- 92/21 Michael Braun, Jacqueline Scott, Duane F. Alwin  
Economic Necessity or Self-Actualization? Attitudes toward Women's Labor-force Participation in the East and West
- 92/22 Duane F. Alwin, Michael Braun, Jacqueline Scott  
The Separation of Work and the Family: Attitudes Towards Women's Labour-Force Participation in Germany, Great Britain, and the United States
- 92/23 Michaela Wänke, Norbert Schwarz, Herbert Bless  
The Availability Heuristic Revisited: Experienced Ease of Retrieval in Mundane Frequency Estimates
- 93/01 Michael Braun, Carmen Eilinghoff, Siegfried Gabler, Michael Wiedenbeck  
Methodenbericht zur Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 1992
- 93/02 Michael Häder, Sabine Novossadeck  
Einstellungsdynamik in Ostdeutschland. Auswertung von Wiederholungsuntersuchungen zur individuellen Bewältigung des sozialen Wandels
- 93/03 Norbert Schwarz  
Judgment in a Social Context: Biases, Shortcomings, and the Logic of Conversation
- 93/04 Norbert Schwarz, Michaela Wänke, Herbert Bless  
Subjective Assessments and Evaluations of Change: Some Lessons from Social Cognition Research
- 93/05 Norbert Schwarz  
Context Effects in Attitude Measurement
- 93/06 Reiner Trometer  
Die Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS
- 93/07 Carola Schmid  
Der Zugang zu den Daten der Demographie
- 93/08 Michael Schneid  
Fragebogenschreiben mit Word für Windows
- 93/09 Achim Koch  
Die Nutzung demographischer Informationen in den Veröffentlichungen mit Allbus-Daten
- 93/10 Helmut Schröder  
Über den Zusammenhang zwischen Aktivitäten und Zufriedenheit: "Eine kommunale Seniorenbefragung"
- 93/11 Michael Braun, Reiner Trometer  
ALLBUS-Bibliographie, 12. Fassung, Stand: 30.9.93
- 93/12
- 93/13 Steven E. Finkel, Peter R. Schrott  
Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990

- 93/14 Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik, Dagmar Krebs  
Subjektive Statuszuweisung; Objektive Schichtmessung
- 93/15 Dagmar Krebs  
Richtungseffekte von Itemformulierungen
- 93/16 Dagmar Krebs  
Social Desirability: The collective conscience? Judging the degree of social desirability in attitude items
- 93/17 Bernhard Krüger, Heiner Ritter, Cornelia Züll  
SPSS Einsatz auf unterschiedlichen Plattformen in einem Netzwerk: Daten und Ergebnisaustausch
- 94/01 Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, Michael Wiedenbeck  
Überlegungen zu Sampling, Qualitätsprüfung und Auswertung von Daten aus Teilpopulationen
- 94/02 Michael Häder, Sabine Häder  
Die Grundlagen der Delphi-Methode: - Ein Literaturbericht -
- 94/03 Sabine Häder  
Auswahlverfahren bei Telefonumfragen
- 94/04 Peter Prüfer, Margrit Rexroth  
Ein Verfahren zur Erfassung von Erhebungsproblemen bei Interviews der Hauptstudie
- 94/05 Michael Häder, Sabine Häder  
Ergebnisse einer Experimentellen-Studie zur Delphi-Methode